

Bevölkerungs- schutz

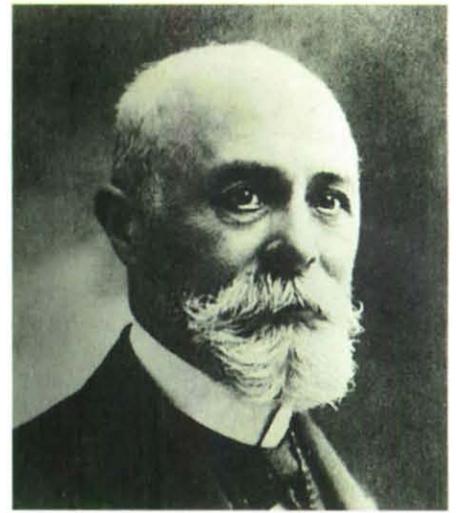


Magazin für Zivil- und
Katastrophenschutz



Kennen Sie Herrn Becquerel?

Namen, die zu Maßeinheiten wurden



Die Sensibilität der Menschen gegenüber den im Atomkern schlummernden Kräften hat seit dem Unfall von Tschernobyl im Jahre 1986 eine neue Dimension erreicht. Viele der damaligen Tagesmeldungen quollen über von Meßwerten, die hier am Boden oder dort im Salat gemessen wurden. Nur wenige Leser kannten zu diesem Zeitpunkt Maßeinheiten wie das Bq (Becquerel) oder das Ci (Curie), welche ein Maß für die Aktivität eines radioaktiven Stoffes sind. Das Bq geht auf den französischen Physiker Becquerel zurück, der zusammen mit dem Ehepaar Curie wesentliche Beiträge zum Verständnis der natürlichen Radioaktivität zum Ende des letzten Jahrhunderts geliefert hat.

Henri Antoine Becquerel wird am 15. Dezember 1852 als Sproß einer ausgesprochenen Physikerfamilie geboren. In die Fußstapfen seines Vaters und Großvaters steigend, studiert er an der Ecole Polytechnique in Paris. Er wird Professor am Naturhistorischen Museum und übt zeitweilig die Funktion des Präsidenten der Pariser Akademie aus. Von 1895 bis zu seinem Tod am 25. August 1908 in Le Croisic (Bretagne) lehrt er Physik als Professor der Ecole Polytechnique.

Noch während seines Studiums setzt er ab 1876 die Studien seines Vaters Alexandre Edmond Becquerel über die Deutung der Schwingungsrichtung (Polarisation) des sichtbaren Lichtes in Gasen fort. Fast gleichzeitig untersucht Becquerel die Absorption des Lichtes in Kristallen, für seine Erkenntnisse darüber erhält er 1888 die Doktorwürde. In den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts beschäftigt er sich mit dem Nachleuch-

ten von verschiedenen Stoffen. Gängiges Hilfsmittel bei diesen Untersuchungen sind Fotoplatten, auf denen das zurückgestrahlte Licht eine Schwärzung erzeugt. Fotoplatten sind teuer, und so ärgert er sich darüber, daß einige scheinbar unsachgemäß behandelt wurden. Sie zeigen eine Schwärzung, obwohl sie in einer Schublade und zudem mit Papier umhüllt gelagert werden. Trotz aller Vorsicht wiederholt sich dieser Vorfall. Bei genauer Untersuchung stellt Becquerel fest, daß dieser Effekt von den zu diesem Zeitpunkt von ihm untersuchten Uransalzen ausgehen muß: Eine fotografische Platte, obwohl sie durch schwarzes Papier vor Licht geschützt wird, zeigt nach ihrer Entwicklung die Umrisse des auf sie gelegten Uransalzes.

Zunächst sieht Becquerel die Ursache in der Einwirkung von Sonnenstrahlen auf den Mineralbrocken, ein Vorgang, den er aus seinen Untersuchungen des Nachleuchtens von Kristallen her kennt. Im Verlauf seiner Versuche erkennt er, daß auch ohne vorherige Einwirkung von Sonnenstrahlen die Uransalze zur Schwärzung der fotografischen Platte führen. Mit unterschiedlich abschirmenden Materialien versucht er, die Stärke der Strahlung zu bestimmen. Die unbekannte unsichtbare Strahlung erweist sich als erheblich durchdringender als die Röntgenstrahlung, die Konrad Röntgen gerade entdeckt hatte. Doch hat sie ähnliche Eigenschaften. Gase werden elektrisch leitend, wenn sie von den neuen Strahlen durchdrungen werden. Die Physik

ist um einen neuen Forschungsgegenstand bereichert, die natürliche Radioaktivität.

Das befreundete Ehepaar Curie greift Becquerels Erkenntnisse auf und vertieft seine Forschungen. Es bestimmt die beiden Bestandteile Alpha- und Beta-Strahlung. Becquerel weist gleichzeitig die (heute als negativ bezeichnete) Ladung des Beta-Teilchens nach. In einem magnetischen wie auch einem elektrischen Feld werden die Betastrahlen abgelenkt. Er identifiziert den Atomkern als Ursprungsort der Betastrahlung.

Das Atomzeitalter ist angebrochen. Becquerel ist einer der Begründer der modernen Atomphysik. Im Andenken an seine Verdienste wird die Einheit der Aktivität radioaktiver Substanzen nach ihm benannt.

(Foto: Deutsches Museum)

Die Einheit der Aktivität einer radioaktiven Substanz ist das Becquerel. 1 Bq ist gleich einer Umwandlung (oder eines isomeren Übergangs) in einer Substanz in einer Sekunde.*

** Einheit = aus den Basiseinheiten des international gültigen Maßsystems abgeleitete Maßeinheit.*

Umschau 2

Aktuelles im Blickpunkt

Schutzsystem aus integriertem Gefahrenmanagement und bürgerzentriertem Selbstschutz 11

ARKAT-Bundesvorsitzender Klaus-Dieter Kühn im Dialog

Auf dem richtigen Weg 18

Aufbauarbeit des Malteser-Hilfsdienstes in Sachsen

Tage der Freude und Freundschaft 21

Internationale Feuerwehrwettkämpfe in Berlin

Arbeitsschutz zum Anfassen 28

Die Deutsche Arbeitsschutzausstellung in Dortmund

Das Anfangschaos bei der internationalen Katastrophenhilfe mindern 31

Erster UNDAC-Standby-Team-Lehrgang

Mehr Sicherheit durch kontrollierte Abrüstung 33

Karl-Ludwig Haedge zu einem aktuellen Thema – 3. Teil

Bundesverband für den Selbstschutz 38

Technisches Hilfswerk 42

Warndienst 45

Deutsches Rotes Kreuz 46

Arbeiter-Samariter-Bund 50

Johanniter-Unfall-Hilfe 52

Malteser-Hilfsdienst 54

Deutscher Feuerwehrverband 55

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft 58

Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e. V. 61

Wissenschaft und Technik 63

Bücher 64

Termine 10

Minimagazin U 3

Anschrift der Redaktion:
53131 Bonn
Postfach 200161, Ruf (0228) 940-0
Telefax (0228) 9402702

Impressum:
Herausgegeben im Auftrag des
Bundesministeriums des Innern vom
Bundesverband für den Selbstschutz
Deutscherherrenstraße 93, 53177 Bonn

Verlag:
Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint
monatlich;
zweimal im Jahr als Doppelnummer

Chefredakteur:
Peter Eykmann

Redaktion:
Sabine Matuszak-Faßbender
Günter Sers, Paul Claes

Layout:
Paul Claes

**Druck,
Herstellung und Vertrieb:**
Druckhaus Neue Presse
Postfach 2563
96414 Coburg
Tel. 09561/647-0, Telefax 647199

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60,
Abonnement jährlich DM 33,60
zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet, Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllungsort und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Bundesinnenminister Kanther würdigte THW-Einsatz

Der neue Bundesinnenminister Manfred Kanther begrüßte am 6. August 1993 auf dem Frankfurter Flughafen 25 THW-Helfer, die von einem mehrwöchigen humanitären Einsatz aus dem somalischen Bosaso zurückgekehrt waren. Die THW-Helfer aus den Landesverbänden Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen hatten im Rahmen einer technisch-humanitären Soforthilfe Wasserleitungen repariert und die Notstromversorgung wieder sichergestellt.

Kanther dankte den Helfern im Namen der Bundesregierung für die ausgezeichnete Arbeit. Ihr Engagement sei beispielhaft gewesen, so der Minister. „Ich weiß, daß der Einsatz bei der dortigen Bevölkerung und auch bei den Verantwortlichen der Vereinten Nationen volle Anerkennung gefunden hat“, erklärte Kanther, „Sie haben einen humanitären Einsatz geliefert, der für uns alle rühmlich ist“.

Es war dies der erste Besuch des neuen Bundesinnenministers beim Technischen Hilfswerk, der am 12. Juli 1993 das Amt von Rudolf Seiters übernommen hatte. Minister Kanther machte durch seine Anwesenheit in Frankfurt deutlich, daß er als neuer Dienstherr ebenso wie sein Amtsvorgänger auf das Engagement und die Leistungsfähigkeit der ehrenamtlichen THW-Helfer setzt. Der Minister würdigte in seiner Rede die Leistung aller 300 bislang in Somalia eingesetzten Helfer, die eine gute und wichtige Rolle als Botschafter der Bundesrepublik Deutschland wahrgenommen hätten. Kanther erinnerte daran, daß das



Bundesinnenminister Manfred Kanther begrüßt die THW-Einsatzmannschaft auf dem Frankfurter Flughafen (Foto: Glass)

THW seit Beginn seines Bestehens in vielen Missionen seine tatkräftige Solidarität mit Notleidenden in aller Welt bewiesen habe. Es unterstreiche damit, so der Minister, seine Bedeutung als unverzichtbarer Stützpfeiler der deutschen humanitären Hilfe im Ausland.

„Mir ist bewußt“, erklärte der Bundesinnenminister, „unter welchen Bedingungen Sie die Trinkwasserversorgung für die Region Bosaso sichergestellt haben“. Er meine damit nicht nur das tropische Klima, den Staub und das ständige Risiko, an einer Infektion zu erkranken, erklärte Kanther, sondern vor allem die Unsicherheit, die Bürgerkriegswirren könnten sich auch auf das bislang friedliche Bosaso erstrecken. Der neue Minister erkundigte sich nach den Erfahrungen, die die heimgekehrten

THW-Helfer in ihrem Einsatz gewonnen hatten. Werner Mertes, der als THW-Helfer zwölf Wochen in Somalia verbrachte und davon einen großen Teil als Einsatzleiter in Bosaso tätig war, erwähnte dabei insbesondere die Dankbarkeit der Somalis und schilderte dem Minister deren Wunsch nach weiterer deutscher Hilfe.

In diesem Zusammenhang griff der Innenminister die Diskussion um einen THW-Einsatz im Gebiet von Belet Uen auf, wo die Bundeswehr inzwischen mit ihrer Arbeit begonnen hat. Bevor hier eine Entscheidung falle, meinte Kanther, müßten zunächst die Voraussetzungen eines möglichen Auftrages sorgfältig geprüft werden – und letztlich müsse auch feststehen, ob die erforderlichen Haushaltsmittel bereitgestellt werden könnten.

Usbekische Katastrophenschutzexperten in Bonn und Berlin

Vom 28. Juni bis 7. Juli 1993 besuchte eine Delegation aus Usbekistan, bestehend aus Prof. Iouldachbaev, Leiter des wissenschaftlichen Koordinierungsrates der Staatlichen Kommission für Notstandssituationen und Direktor des Astronomischen Instituts der Usbekischen Akademie der Wissenschaften, Prof. Usmanov, stellvertr. Vorsitzender der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik, K. N. Abdullabekov, Mitglied des wissenschaftlichen Koordinierungsrates der Staatlichen Kommission für Notstandssituationen und Direktor des Seismologischen Instituts der Usbekischen Akademie



Die usbekische Delegation mit dem Vorsitzenden des Deutschen IDNDR-Komitees, Bundesminister a. D. Hans-Jürgen Wischniewski (2. v. l.), und deutschen Experten.

der Wissenschaften und S. A. Khakimov, Vertreter des Staatlichen Komitees für Bauwesen, die Bundesrepublik Deutschland. Sie verhandelten mit einer Vielzahl von Gesprächspartnern in Bonn, Berlin und Potsdam über eine deutsch-usbekische Zusammenarbeit im Bereich der Wissenschaft, der Katastrophenvorbeugung und -abwehr sowie strukturbildender Maßnahmen.

Zu den größten Naturkatastrophenrisiken zählen in Usbekistan Erdbeben, Überschwemmungen, Hangrutschungen sowie ökologische Katastrophen. Vor diesem

Hintergrund waren dann u. a. erdbebenresistente Bautechniken sowie die Aufklärung der Bevölkerung über Katastrophenrisiken, Möglichkeiten des Selbstschutzes, Verhalten im Katastrophenfall sowie einfache Baumaßnahmen zur Sicherung von Häusern besondere Gesprächspunkte.

Ende November werden sechs Experten aus Usbekistan an einem Seminar in Deutschland teilnehmen, dessen Schwerpunkt im Bereich des Katastrophenmanagement (Organisation der Katastrophenhilfe, Aufbau von Katastrophenschutzeinrichtungen) liegen wird.

Verbesserung des Rettungsdienstes gefordert

Die Ärztekammer Niedersachsen (ÄKN) hat die Träger des Rettungsdienstes, die Landkreise und die kreisfreien Städte, aufgefordert, für die Planung und Durchführung medizinischer Hilfeinsätze bei größeren Schadensereignissen Leitende Notärzte (LNA) zu bestellen, da nur diese Ärzte wegen ihrer speziellen Qualifikation in der Lage sind, den besonderen Bedingungen bei Massenunfällen zu entsprechen. Das Vorstandsmitglied der ÄKN, der Rotenburger Narkosefacharzt Dr. med. Lothar Sause, verwies in diesem Zusammenhang auf

entsprechende Schreiben der Ärztekammer Niedersachsen, in denen der niedersächsische Sozialminister, Walter Hiller, und der niedersächsische Innenminister, Gerhard Glogowski, um Unterstützung der ärztlichen Forderung im Interesse einer qualifizierten Patientenversorgung gebeten werden.

Nach Angaben Dr. Sauses gibt es in Niedersachsen derzeit 300 Ärzte, die sich nach den Fortbildungsempfehlungen der Bundesärztekammer und der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensivmedizin für diese Aufgabe qualifiziert haben. Vor-

aussetzungen für eine LNA-Tätigkeit sind:

- langjährige Erfahrung im Rettungsdienst mit umfassenden Kenntnissen der Notfall- und Intensivmedizin,
- die Zusatzbezeichnung Rettungsmedizin, ggf. der Fachkundenachweis Rettungsdienst oder eine gleichwertige Weiter- oder Fortbildung einer anderen Landesärztekammer,
- die Teilnahme an 40stündigen Fortbildungsseminaren, die im Auftrage des ÄKN von der Akademie für ärztliche Fortbildung Niedersachsen regelmäßig angeboten werden.

Der LNA als gleichberechtigtes Mitglied der örtlichen Einsatzleitung hat neben den technischen Leitern die Beurteilung der Lage nach Art, Umfang, Intensität und Entwicklung des Schadens sowie der Verletzungen und Erkrankungen zu beurteilen (taktische Lage). Daneben stellt er die vorhandenen personellen, materiellen und versorgungstechnischen Möglichkeiten fest (eigene Lage). Ferner hat er Schwerpunkt und Art des medizinischen Einsatzes durch Sichtung, Festlegung der Versorgung und des möglichen Transports festzustellen und die Durchführung der sich hieraus ergebenden Maßnahmen zu leiten, zu koordinieren und zu überwachen. Er ist gegenüber dem medizinischen Personal vor Ort weisungsberechtigt. Für sinnvoll hält es Dr. Sause, „Leitende Notarzt-Gruppen“ für jeden Rettungsdienstbereich zu nominieren, damit eine dauernde Einsatzbereitschaft und schnelle Präsenz am Einsatzort gewährleistet ist. Als Honorarleistung für die LNA-Funktion schlägt die Ärztekammer Niedersachsen eine Vergütung der Einsatzzeit nach der tariflichen Überstundenregelung für Krankenhausärzte vor.

Handlungsbedarf sieht die Ärztekammer Niedersachsen auch für den „Landesausschuß Rettungsdienst“, der nach den Bestimmungen des Niedersächsischen Rettungsdienstes wesentliche Grundsatzent-



Als BVS-Direktor bestätigt

Der Bundesminister des Innern hat Direktor Helmut Schuch mit Wirkung vom 1. August 1993 für eine weitere Amtszeit von sechs Jahren als Direktor des Bundesverbandes für den Selbstschutz bestätigt. Schuch, der auch Geschäftsführendes Vorstandsmitglied ist, leitet den Verband seit 1981. Seine letzte Amtsperiode war insbesondere von der Umstrukturierung des Zivilschutzes und der damit verbundenen inhaltlichen und organisatorischen Neustrukturierung des BVS geprägt. Hierzu gehört auch das Tätigwerden des BVS in den neuen Bundesländern. Die neue Amtsperiode von Direktor Schuch steht unter dem Zeichen der personellen und materiellen Umsetzung der Neukonzeption.

(Foto: Sers)

scheidungen über die Rettungsdienststrukturen in Niedersachsen zu treffen hat. Als einen Skandal bezeichnete Dr. Sause die Mißachtung des ärztlichen Sachverständigen in Fragen des Rettungsdienstes durch die verantwortlichen Politiker und den Vorstand des Landesausschusses Rettungsdienst, der es sogar ablehnt, Vertreter der Ärztekammer Niedersachsen als Sachverständige in dieses Gremium zu berufen.

Der gesetzliche Auftrag der ÄKN, „für eine ausreichende

ärztliche Versorgung zu sorgen“, wozu natürlich auch der Rettungsdienst gehört, werde „sträflich kontakariert“. Nicht nur die Qualität des Rettungsdienstes in Niedersachsen sei dadurch ernsthaft gefährdet, sondern unter Umständen auch das Leben vieler Bürger in Notfallsituationen, weil der ärztliche Sachverstand bei den Vorsorgeplanungen nicht gefragt war, sagte Dr. Sause.

(Ärztliche Pressestelle
Niedersachsen)

Schweiz: Zivilschutzreform entspricht den Vorstellungen der Bevölkerung

Mit der stärkeren Ausrichtung auf die Katastrophen- und Nothilfe ist der Zivilschutz auf dem richtigen Weg. Eine im Frühjahr 1993 im Auftrag des Bundes durchgeführte repräsentative Meinungsumfrage hat ergeben, daß zwei Drittel der Befragten eine Förderung

der Hilfeleistung durch den Zivilschutz in Friedenszeiten befürworten. Die Umfrage bestätigte im übrigen die Ergebnisse einer früheren Befragung. Danach wissen 80 von 100 Schweizern, daß sie bei einem Sirenenalarm zuerst Radio hören sollten. Über 70 % der Befragten wissen auch, wo sich ihr Schutzplatz befindet.

Die repräsentative Meinungsumfrage hat ergeben, daß 43 % der über 1000 befragten Personen aus der Deutsch- und Westschweiz von der laufenden Zivilschutzreform Kenntnis hatten. Zwei Drittel davon wußten zudem, daß die Reform unter anderem vermehrte Hilfeleistung bei außerordentlich schweren Ereignissen in Friedenszeiten vorsieht. Aber auch von jenen Befragten, die noch nichts von der Zivilschutzreform gehört hatten, wünschten sich zwei Drittel eine gezielte Förderung der Katastrophen- und Nothilfe. Diese Ergebnisse, die im Multiple-Choice-Verfahren ermittelt wurden, bestätigen somit die Stoßrichtung der laufenden Zivilschutzreform.

Diese mißt u. a. der Bewältigung von Notlagen in Friedenszeiten besondere Bedeutung bei.

Die Umfrage ergab im weiteren, daß rund die Hälfte der Befragten die mit der Zivilschutzreform angestrebte vermehrte Zusammenarbeit mit andern Einsatzorganisationen bejahen. 35 % wußten von einer Verjüngung des Zivilschutzes. Allerdings war fast ein Viertel fälschlicherweise auch der Meinung, der Zivilschutz werde mit der Reform in die Armee eingegliedert und leiste Einsätze überall auf der Welt oder werde auf wenig professionelle Helfer reduziert.

In zwei zentralen Fragen des Bevölkerungsschutzes ergab die Meinungsumfrage einen ähnlich hohen Wissensstand wie bei einer gleichlautenden Umfrage vor zwei Jahren. 80 % (1991: 84 %) aller Befragten tippten auf die Fragestellung „Wissen Sie, was Sie beim Ertönen des Sirenenzeichens ‚allgemeiner Alarm‘ als erstes tun müssen?“ richtig auf „Radio hören“. 14 % (10 %) würden den Schutzraum oder Keller aufsuchen. Die restlichen 6 % würden fälschlicherweise die Polizei oder die Gemeindeverwaltung anrufen oder sich ins Freie begeben.

Auf die Frage „Wissen Sie, wo sich Ihr Schutzraum befindet“ antworteten 73 % mit „Ja“ (1991: 77 %), 26 % mit „Nein.“

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Informations- und
Pressedienst

BMZ-Beauftragter für Nothilfe und Flüchtlingsfragen

Flüchtlingsbewegungen, Naturkatastrophen, Bürgerkriege und sonstige Krisen führen in weiten Teilen der Welt zu Dauernotständen. Neben der kurzfristig wirksamen Katastrophenhilfe sind zunehmend längerfristige, nachhaltige Lösungen der Entwicklungspolitik gefragt: Kata-

strophenvorbeugung, Gesundheitsvorsorge, Wiederaufbaumaßnahmen, Reintegration von Flüchtlingen und Vertriebenen. Die fließenden Grenzen zwischen humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit erfordern eine frühzeitige Abstimmung.

Um diesen Erfordernissen Rechnung zu tragen, hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) am 1. Juli 1993 den Unterabteilungsleiter Ulrich Popp als Beauftragter für Nothilfe und Flüchtlingsfragen eingesetzt. Unterstützt von einer ständigen Arbeitsgruppe, wird er in erster Linie die BMZ-interne Koordinierung für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit in Nothilfefällen übernehmen. Daneben ist er Ansprechpartner für andere Ressorts, für Hilfsorganisationen und für die Öffentlichkeit.

(Quelle: E + Z 8/93)

Neues Meßnetz für UV-Strahlung

Seit diesem Sommer gibt es in Deutschland ein fest eingerichtetes Meßnetz für ultraviolette Strahlung. In München, Offenbach, Zingst (Ostsee) und auf dem Schauinsland im Schwarzwald bei Freiburg wurden Stationen eingerichtet, die kontinuierlich die örtliche UV-Belastung bestimmen. Die Messungen der Stationen beginnen eine halbe Stunde vor Sonnenaufgang und werden den ganzen Tag über im Fünf-Minuten-Takt bis eine halbe Stunde vor Sonnenuntergang weitergeführt. Ein Rechner speichert die Meßergebnisse, die schließlich in München und Offenbach archiviert werden. Das Bundesamt für Strahlenschutz und das Umweltbundesamt versprechen sich von den regelmäßigen Messungen neue Erkenntnisse darüber, in welchem Umfang sich die Abnahme der Ozonschicht in der Hochatmosphäre der Erde auf die Strahlung am Boden auswirkt.

Das Ozon, ein Molekül aus drei Sauerstoff-Atomen, wirkt

Neuer Rettungshubschrauber in Dienst gestellt

Ein neuer Rettungshubschrauber der Björn-Steiger-Stiftung wurde am 25. Juni 1993 auf dem Flugplatz Hartenholm im Kreis Segeberg in Dienst gestellt. Der Hub-

schrauber, der mit einem Piloten, einem Notarzt und einem Sanitäter fliegt, erreicht eine Geschwindigkeit von 250 km/h und kann zwei Patienten befördern.



Zwei Patienten kann der Hubschrauber befördern.

(Foto: dpa)

in der Atmosphäre als Filter für den hochenergetischen, kurzwelligen Anteil des Sonnenlichts, zu dem die UV-Strahlung gehört. Durch menschliche Einflüsse aber wird es dort immer mehr reduziert. Besonders die Fluorchlorkohlenwasserstoffe, die vor allem als Kältemittel, Treibgas, Blähmittel zur Kunststoffverschäumung oder als Reinigungsmittel verwendet wurden, tragen zum Rückgang des Gases bei. Für Wissenschaftler, die die biologischen Auswirkungen der UV-Belastung auf Organismen studieren, seien die Daten des neuen deutschen Netzes, so das Bundesamt für Strahlenschutz, ebenfalls interessant. In Australien und Neuseeland, wo die Ozonschicht erheblich dünner ist als über Europa, gibt es die Strahlen-Meßstationen schon länger. (df)

Gründung eines Bayerischen Landesfeuerwehrverbandes

Anfang Oktober 1993 soll in Gunzenhausen wieder ein Bayerischer Landesfeuerwehrverband gegründet werden. Eine so große Organisation, wie sie die bayerischen Feuerwehren mit ihren 350 000 Aktiven darstellen, läßt sich nach Aussage des Geschäftsführenden Sprechers der Freiwilligen Feuerwehren Bayerns, Waldemar Ehm, nicht mehr ausschließlich ehrenamtlich führen.

Innenstaatssekretär Hermann Regensburger begrüßt diese Gründung und hat bei seinem ersten Gespräch mit den sieben Sprechern der Freiwilligen Feuerwehren Bayerns die finanzielle Unterstützung dieses Verbandes ausdrücklich zugesichert. Bis November 1938 hatte es schon einmal einen Feuerwehrverband gegeben, der dann durch Reichsrecht aufgelöst wurde.

Bezüglich der Umstrukturierung im Zuschußwesen für die Feuerwehren und der ge-

planten Auslösung des Landesamts für Brand- und Katastrophenschutz bot Regensburger den Feuerwehrsprechern an, nach einem angemessenen Erfahrungszeitraum Bilanz zu ziehen und nach weiteren Verbesserungen zu suchen.

Für die Erweiterung der Feuerweherschule in Regensburg stellt Innenstaatssekretär Regensburger einen Baubeginn im Jahr 1995 in Aussicht. Die Maßnahme wird von den Feuerwehrsprechern für dringend notwendig erachtet, da damit eine Erhöhung der Ausbildungskapazität erreicht werden soll. Auch die geplanten Verbesserungen an der Feuerweherschule Würzburg kommen zügig voran.

Schließlich konnte Regensburger die Bedenken der Freiwilligen Feuerwehren bezüglich einer Reduzierung des ihnen zufließenden Zuschußvolumens durch den bevorstehenden Wegfall der Brandmonopolversicherung zerstreuen. Ein Ausgleich soll durch Erhöhung der Feuerschutzsteuer erfolgen.

Jahresbericht der Thüringer Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule

Ein Blick in die Thüringer Brand- und Hilfeleistungstatistik des Jahres 1992 zeigt, daß sich die Aufgaben der Feuerwehren in ihrem Umfang erweitert haben. Aber auch der Inhalt der Aufgaben unterliegt einer Veränderung in Richtung qualifizierter Hilfeleistungen bei Verkehrsunfällen, Gefahrgutunfällen u. ä. Auch in den Gerätehäusern der Feuerwehren, sind deutliche Veränderungen in bezug auf eine verbesserte technische Ausstattung festzustellen.

Die vielfältigen und teils sehr komplizierten Aufgaben der Feuerwehren des Landes Thüringen können jedoch nicht allein mit einer neuen technischen Ausstattung erfüllt werden. Grundlegende

Erdbeben und Flut in Japan

Das schwerste Beben in Japan seit 15 Jahren forderte am Abend des 12. Juli weit über 100 Menschenleben und zahlreiche Verletzte. Das Zentrum des Bebens lag 70 Kilometer südwestlich der Fischerinsel Okushiri im Japanischen Meer. Bereits fünf Minuten nach dem Beben um 22.17 Uhr Ortszeit (15.17 MESZ) wurde vom japanischen Meteorologischen Institut Flutwarnung für die Küstengebiete der Insel Hokkaido und den Norden der Hauptinsel Honshu gegeben. Zu spät für Okushiri. Auf der von 4600 Menschen bewohnten Insel traf alles zusammen: erst das mit 7,8 auf der Richter-Skala gemessene Beben, dann die bis zu sechs Meter hohe Flutwelle und schließlich Erdbeben und Feuer.

Das Beben zerstörte Hunderte von Häusern, ein Leucht-

turm wurde umgeknickt, Straßen weggerissen. Die nachfolgende Flutwelle riß Menschen, Autos und ganze Häuser ins Meer. Ein abruttschender Berghang begrub ein zweigeschossiges Hotel unter sich. Dabei kamen mindestens zehn Menschen ums Leben. Rund 300 Häuser brannten in der Nacht bis auf die Grundmauern nieder. Die Strom- und Wasserversorgung brach vollkommen zusammen. Trinkwasser, Lebensmittel und Medikamente mußten mit Booten herangebracht werden. Tausende Obdachloser wurden in Notunterkünften untergebracht. 300 Soldaten wurden für Rettungsarbeiten auf die Insel geschickt. Bereits am Tag nach dem Beben wurde mit Aufräumungs- und Instandsetzungsarbeiten begonnen.



Experten untersuchen Schäden nach dem Erdbeben. (Foto: dpa)

Voraussetzung für eine wirksame und effektive Gefahrenabwehr bildet eine qualifizierte Aus- und Fortbildung der Feuerwehrkräfte.

Hierfür hat das Land Thüringen eine zentrale Ausbildungsstätte in Bad Köstritz im Landkreis Gera, die Thüringer Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule (LFKS), errichtet. Im Jahre 1992 wurden an der neu errichteten Einrichtung bereits 1004 Lehrgangsteilnehmer unterrichtet.

Die Lehrgangsdauer betrug dabei zwischen einer und drei Wochen.

Für die kommenden Jahre ist eine bedeutende Ausweitung der Ausbildung (Steigerung der Anzahl der Lehrgangsteilnehmer und Ausweitung der Zahl der Lehrgänge) an der LFKS vorgesehen. Für die Unterbringung der Lehrgangsteilnehmer sind dafür die erforderlichen Kapazitäten (ca. 90 Betten) vorhanden. Nachholbedarf besteht hinge-

gen bei der technischen Ausstattung (derzeit fehlen noch wichtige Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr, Lehrmittel und Ausbildungseinrichtungen wie z. B. eine Atemschutzübungsanlage) sowie beim Lehrpersonal. Der Ausbau erfordert in den nächsten Jahren auch eine Reihe von Neubau- und Modernisierungsmaßnahmen. Es sind jedoch bereits im Haushaltsjahr 1993 einige spürbare Verbesserungen zu erwarten.

Schwerpunkte der Ausbildung werden ab 1994 Gruppenführerlehrgänge, Maschinistenlehrgänge sowie Lehrgänge zur Abwehr von Gefahren durch gefährliche Stoffe und Güter bilden. Durch letztgenannte Lehrgänge trägt die LFKS zur Umsetzung des „Gefahrstoffkonzeptes“ des Thüringer Innenministeriums bei.

Dresden: Innenministerium stiftete Gedenkmedaille

Der sächsische Staatsminister des Innern, Heinz Eggert, hat am 25. Juni 1993 dem tödlich verunglückten Thomas Jung postum die vom sächsischen Innenministerium gestiftete Gedenkmedaille „Waldbrandkatastrophe Weißwasser 1992“ verliehen. Eggert würdigte mit der Übergabe der Medaille an die Eltern des einzigen Todesopfers der Waldbrandkatastrophe im Landkreis Weißwasser, Monika und Gerhard Jung, gleichzeitig den selbstlosen Einsatz aller bei der Bekämpfung des Waldbrandes beteiligten Feuerwehrleute und Helfer im vergangenen Jahr.

Jung war im Verlaufe der Brandbekämpfung bei einem tragischen Verkehrsunfall ums Leben gekommen. Als Angehöriger der Freiwilligen Feuerwehr Gablenz war der 21jährige am 29. Mai 1992 als Kradmelder eingesetzt und während seines Dienstes im Brandgebiet von einem Lkw erfaßt und überrollt worden.

Die vom Sächsischen Staatsministerium anlässlich

des ersten Jahrestages der Brandkatastrophe im März 1993 gestiftete Gedenkmedaille wird allen an der Waldbrandbekämpfung Beteiligten verliehen.

Helferwerbung in Dresden

Freiwillige Feuerwehren, die Hilfsorganisationen und das Sächsische Staatsministerium des Innern mit Unterstützung durch den BVS werben vom 11. bis 15. Oktober 1993 gemeinsam für den freiwilligen und ehrenamtlichen Dienst mit einer Ausstellung im Landtag und mit einem Aktionstag am 16. Oktober in Dresden.

Der Aufbau des Zivil- und Katastrophenschutzes ruht ganz wesentlich auf den Schultern der ehrenamtlichen Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren und aller Hilfsorganisationen. Neben den überkommenen Freiwilligen Feuerwehren der Gemeinden und dem DRK bilden sich in Sachsen Neugründungen des ASB, der Malteser, der Johanniter, der DLRG, des THW und des BVS. Sie alle stehen vor schweren Aufgaben. Ihr Ziel ist, rasch einsatzfähige Einheiten zu schaffen.

Nicht immer ist es leicht, Bürger zur Mitwirkung im Zivil- und Katastrophenschutz zu gewinnen, nicht nur in Sachsen. Das gilt bundesweit. Aber wenn der Aufbau gelingen soll, ist die Mitwirkung der Bürger unentbehrliche Voraussetzung. Also gilt es, hierzu einzuladen. Gefahrenabwehr als Herausforderung und Chance für alle Mitbürger bildet daher den Schwerpunkt gleich mehrerer Veranstaltungen.

Am 11. Oktober 1993 laden der Präsident des Sächsischen Landtages, Erich Iltgen, und der sächsische Staatsminister des Innern, Heinz Eggert, zur Eröffnung der Ausstellung „Wir helfen gemeinsam“ in den Landtag ein. Die Ausstellung, vom Bundesverband für den Selbstschutz produziert und von allen Hilfsorganisationen mitgestaltet, wird dort

eine Woche lang Abgeordnete und Gäste über Leistung und Angebot des Staates und der Organisationen informieren. Die Eröffnung soll ein Zeichen setzen, unter anderem dafür, daß Parlament und Regierung, Kreis und Gemeinden, Unternehmer und Gewerkschaften für den ehrenamtlichen und freiwilligen Dienst zur Gefahrenabwehr eintreten. Die Ausstellung wird anschließend den Kreisen, Gemeinden und Organisationen in Sachsen als Wanderausstellung zur Verfügung stehen. Das Interesse ist bereits jetzt rege.

Ambulanz- flugdienst Köln

„Florian Köln 7841, cleared for take off“. Wenn dieses Rufzeichen ertönt, dann heißt es für die Hubschrauberbesatzung des Ambulanzflugdienstes Köln: Leben erhalten und retten. Mit ihren fliegenden Intensivstationen transportieren die Besatzungen schwer erkrankte Menschen von Nordrhein-Westfalen und den Anrainerstaaten zu Spezialkliniken in Deutschland oder im europäischen Ausland. Diese Dienstleistung hat bundesweiten Vorbildcharakter erreicht, das „Kölner Modell“ findet zahlreiche Nachahmer.

Zum ersten Mal in der Geschichte des Rettungsdienstes haben sich die vier Kölner Hilfsorganisationen, Deutsches Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund, Johanniter-Unfall-Hilfe und Malte-

ser-Hilfsdienst zusammenschlossen und gründeten 1987 den Ambulanzflugdienst Köln. Hierbei sollte erreicht werden, daß der Ambulanzflugdienst an den öffentlich-rechtlichen Rettungsdienst angegliedert wird. So geschehen, denn seit der Gründung betreiben die vier Hilfsorganisationen ihre Einsätze in Zusammenarbeit mit der Berufsfeuerwehr Köln vom Flughafen Köln/Bonn aus. Daß heißt, alle Einsatzaufträge werden über die zuständigen Hubschrauberrettungsleitstellen vergeben. Der Disponent der Rettungsleitstelle der Berufsfeuerwehr Köln entscheidet dann über das jeweilige einzusetzende Fluggerät Rettungshubschrauber oder Ambulanzhubschrauber, und somit ist eine sinnvolle Ergänzung des bestehenden Luftrettungssystems gegeben. Die Ambulanzhubschrauber fliegen unter dem Rufzeichen „Florian“.

Bis 1987 hatten alle vier Kölner Hilfsorganisationen ihre Flüge unkoordiniert durchgeführt. Durch den Zusammenschluß wurde „Ordnung“ in den Luftraum der Rettungsfieger gebracht. Jetzt werden durch die öffentlich-rechtlichen Zentralen die Aufträge vergeben, ob durch den Rettungshubschrauber „Christoph“ oder den Ambulanzhubschrauber die Einsätze geflogen werden. Dieses System wurde von Köln aus auf den westfälischen Raum übertragen.

Seit 1988 besteht der Vertrag mit dem Träger des öf-



Zwei Hubschrauber des Ambulanzflugdienstes Köln.

fentlich-rechtlichen Rettungsdienstes und im gleichen Jahr wurde auch der Vertrag mit den Kostenträgern, den Krankenkassen, geschlossen. Denn wenn die medizinische Notwendigkeit eines Lufttransportes gegeben ist, dann übernehmen die Krankenkassen die Transportkosten.

Der große Vorteil dieser Arbeitsgemeinschaft liegt in der Kostenminimierung, der besseren Versorgung der Patienten durch gemeinsame Standards und dem optimalen Einsatz durch die Landes- und Bundesleitstellen. Ganz im Sinne der Kostendämpfung im Gesundheitswesen.

Der Ambulanzflugdienst Köln ist eine gelungene Ergänzung zu den bekannten Rettungssystemen. Die Ausstattung der Hubschrauber gleicht einer Intensivstation: EKG, Defibrillator, Herzschrittmacher, Beatmungsgeräte zur kontrollierten Beatmung, elektronische Blutdruckmeßgeräte zur unblutigen Druckmessung, Sauerstoffmodule, elektrisch betriebene Absaugpumpen u. v. m.

Die Symbiose aus Hilfsorganisation, Träger des Rettungsdienstes und Flughafen Köln/Bonn ist bundesweit anerkannt und hat als „Kölner Modell“ Vorbildcharakter erreicht. Dies wird daran deutlich, daß in Dortmund, Münster und Hannover nach diesem Modell ebenfalls Ambulanzflugdienste errichtet werden.

Ergänzend zu den Rettungshubschraubern stehen die Ambulanzflieger mit ihren Besatzungen im 24-Stunden-Rotationsprinzip in Köln mit der BK 117 und Bell Long Ranger 3, in Dortmund mit der Long Ranger und in Münster mit der Agusta Max bereit, sich auch in den nächtlichen Himmel zu erheben um Menschen zu retten.

Internationale Anerkennung fanden die Kölner vor kurzem durch die Informationsbesuche einiger Hilfsorganisationen aus europäischen Nachbarländern wie Frankreich und Italien, darunter auch das Italienische Rote Kreuz.

Großbrand im Baumarkt

Durch einen Großbrand wurde am 15. Juni 1993 ein Baumarkt in Köln-Pesch zerstört. Nach Aussagen von Mitarbeitern des Marktes war der Brand in der Campingmöbelabteilung im 1. Obergeschoß ausgebrochen. Eigene Löscharbeiten führten nicht zum Erfolg.

Bereits beim Eintreffen des 1. Löschzuges der Feuerwehr Köln hatte sich der Brand auf das gesamte Obergeschoß ausgebreitet. Außer Campingartikeln lagerten dort Farben, Lacke, Teppichböden, Lampen und Werkzeuge. Über Pesch war eine 100 Meter hohe Rauchwolke zu sehen, die parallel zur Autobahn nach Südosten zog.

Aufgrund der enormen Hitzeentwicklung war zunächst kein Innenangriff möglich. Ein umfassender Außenangriff auf die brennende Dachhaut über sieben Drehleitern führte auch nicht zum Erfolg. Erst durch

den trotz Hitze und Einsturzgefahr vorgetragenen Innenangriff konnte der Brand gelöscht werden.

Insgesamt waren sechs Löschzüge der Berufsfeuerwehr und vier Löschgruppen der Freiwilligen Feuerwehr mit insgesamt 145 Feuerwehrmännern und -frauen eingesetzt. Nach dreistündigem Einsatz war der Brand unter Kontrolle.

Luftmessungen im angrenzenden Wohngebiet ergaben, daß für die Bevölkerung keine Gefahr bestand. Lediglich wegen der enormen Rauchentwicklung wurden die Bewohner aufgefordert, Fenster und Türen zu schließen. Wegen der Verunreinigung des Löschwassers mit Farbe mußten Kanaleinläufe abgedichtet werden. Das so gestaute kontaminierte Löschwasser wurde in Faltbehälter und Saugwagen gepumpt.



Der Löschangriff auf die brennende Dachhaut über Drehleitern.

(Foto: Berufsfeuerwehr Köln)

Umweltinfos – kurzgefaßt

Wen interessiert, wie es um den Rhein bestellt ist, wieviel Radioaktivität aus einem Atomkraftwerk entweicht oder ob die Produktion der ozonschädigenden Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) in den letzten Jah-

ren tatsächlich abgenommen hat, der findet in der kürzlich vom Umweltbundesamt (UBA), Berlin, herausgegebenen Broschüre „Umweltdaten – kurzgefaßt“ Antworten auf seine Fragen. Das Heft bietet dem Leser eine übersichtliche Zusammenstellung verschiedener Daten aus allen wichtigen Umweltbereichen.

(df)

Kommunale Partnerschaften

Das Bundesministerium des Innern hat unter dem Titel „Kommunale Partnerschaften im vereinten Deutschland“ eine Zusammenstellung aller der Bundesregierung bekannten Partnerschaften zwischen Kommunen in den alten und neuen Bundesländern erarbeitet.

Die Schrift listet die kommunale Zusammenarbeit nach ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen auf, gliedert sie nach den fünf neuen Ländern und Berlin und enthält schließlich eine politische Würdigung der Zusammenarbeit.

Die Zusammenstellung kann unentgeltlich beim Bundesministerium des Innern, Referat O II 1, Graurheindorferstraße 198, 53117 Bonn, angefordert werden.

Über 1,2 Millionen Einsätze für Feuerwehren in NRW

Die nordrhein-westfälischen Feuerwehren mußten im vergangenen Jahr zu genau 1 270 986 Einsätzen ausrücken. Die Zahl der Einsätze ist damit in den letzten fünf Jahren um 177 635 oder 16,25 Prozent gestiegen. Dies gab NRW-Innenminister Dr. Herbert Schnoor bei der Vorstellung des „Jahresberichtes 1992 über das Brandschutzwesen im Land Nordrhein-Westfalen“ bekannt.

Das Löschen von Bränden steht hierbei schon lange nicht mehr im Vordergrund: neun von zehn Einsätzen – exakt 1 099 143 Fahrten – waren Notfalleinsätze oder Krankentransporte. „Die Feuerwehr ist somit längst zum Inbegriff der schnellen und fachgerechten Hilfe in allen Notsituationen geworden“, sagte Schnoor.

An zweiter Stelle in der Statistik finden sich die technischen Hilfeleistungen, die 1992 in 88 856 Fällen notwendig wurden. Die Stürme des

vergangenen Jahres haben auch hier ihre Spuren hinterlassen: Die Zahl der Einsätze bei Wasser- und Sturmschäden summierte sich auf 17 576 und hat sich im Vergleich zum Jahr 1991 nahezu verdoppelt. Erst an dritter Stelle stehen die eigentlichen Brandeinsätze, die mit 44 051 Fällen zu Buche schlagen.

Durchgeführt wurden all diese Einsätze von 109 879 Feuerwehrmännern und 999 -frauen, die in 395 Freiwilligen Feuerwehren sowie in 26 Berufs-, 127 Werk- und 178 Betriebsfeuerwehren zusammengeschlossen sind. „Ohne das Engagement dieser Frauen und Männer wäre ein so dichtes Rettungssystem völlig undenkbar“, sagte Schnoor und dankte ihnen für ihren selbstlosen und oftmals gefahrvollen Einsatz. Vor allem die Freiwilligen Feuerwehren lebten Tag für Tag eine Solidarität vor, auf die auch die moderne Industriegesellschaft nicht verzichten könne.

Der Minister hob zugleich den hohen Leistungsstand der Feuerwehren hervor. „Das Niveau ihrer Tätigkeit ist Beruhigung und Ansporn zugleich“, meinte Schnoor. Immerhin haben die Städte und Kreise in NRW im letzten Jahr mehr als 1 Mrd. DM für die Personal-, Sach- und Investitionskosten im Bereich des Feuerschutzes ausgegeben. Ferner wurden die Investitionen mit Zuwendungen in Höhe von rund 70 Mio. DM aus dem Aufkommen der Feuerschutzsteuer bezuschußt.

Pkw-Feuerlöscher sollen EG-weit zur Pflicht werden

Das Europäische Parlament hat in seiner Entschließung A3-0014/93 nachdrücklich gefordert, künftig für alle Kraftfahrzeuge in Europa die Ausrüstung mit Handfeuerlöschern und Nothammer zum Einschlagen der Scheiben nach Verkehrsunfällen zur Pflicht zu machen. Außerdem soll zur Verbesserung der Verkehrssicherheit u. a. ein Verbot

der Benutzung von Kopfhörern am Steuer erlassen werden. Zu den Maßnahmen einer Verbesserung der Verkehrssicherheit gehören weiterhin der generelle Einbau von feuersicheren Kraftstofftanks in den Fahrzeugen, verletzungssichere Lenkungen und Airbags. Darüber hinaus hat das EG-Parlament die zuständige Kommission aufgefordert, „unverzüglich Vorschläge über die Hilfeleistung für die Verletzten bei Verkehrsunfällen vorzulegen“ und dabei insbesondere einen Schwerpunkt zu legen auf ein EG-weit koordiniertes System der Rettungshubschrauber.

Generell hat sich das Parlament dafür ausgesprochen, einen europäischen Verkehrssicherheitsrat zu gründen. Zum gemeinschaftlichen Vorgehen bei der Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr gehöre auch die Verbesserung und Vereinheitlichung des Unfall- und Rettungsdienstes. Jedes Jahr kommen, so der Bericht im Amtsblatt der EG Nr. C 115/261, europaweit mehr als 50 000 Menschen bei Verkehrsunfällen ums Leben, über 1,7 Millionen werden verletzt, 150 000 davon bleiben Dauerinvaliden. In einem grenzenlosen Europa, in dem immer mehr Bürger auch in Nachbarstaaten am Straßenverkehr teilnehmen, ist so eine europäische Regelung der Verkehrssicherheit unabdingbar.

Ökologisches Jahr

Ein freiwilliges ökologisches Jahr können ab Herbst 1993 alle jungen Menschen ableisten, die einen sinnvollen Beitrag zum Umwelt- und Naturschutz erbringen wollen. Ein entsprechendes Gesetz ist am 1. Juli vom Bundestag verabschiedet worden. Interessierte Jugendliche im Alter zwischen 16 und 27 Jahren können für die Dauer von sechs bis zwölf Monaten einmalig das freiwillige ökologische Jahr wahrnehmen. Die soziale Absicherung ist derjenigen der Auszubildenden angeglichen.

5. Internationales Rettungshunde-Symposium

Zum 5. Mal trafen sich im Mai rund 300 Rettungshunde-Experten aus aller Welt zu einem Internationalen Rettungshunde-Symposium. Die bisherigen derartigen Veranstaltungen fanden in Abständen von zwei Jahren in der Schweiz, Italien, Mexico und Deutschland statt, diesmal nun in Rosersberg, rund 40 km nördlich von Stockholm gelegen. Der Organisator, der Svenska Brukshundklubben, sorgte dafür, daß auch dieses Symposium wieder zu einem vollen Erfolg wurde.

Bereits eine Woche vor Beginn fand ein Kurs für ausländische Rettungshundeführer statt, für den wegen der Quarantänebestimmungen keine eigenen Hunde mitgebracht werden konnte. Die Schweden lösten das Problem: Sie stellten ihre eigenen Hunde für die Kursteilnehmer zur Verfügung.

Der Generaldirektor der staatlichen schwedischen Rettungsorganisationen, Lennard Myhlback, der Präsident des „Brukshundklubben“, Lennard Hinfefors, sowie Vertreter des schwedischen Innenministeriums begrüßten die Teilnehmer. Die anschließenden Vorfürungen zeigten einen Querschnitt der schwedischen Gebrauchs-, Militär- und Rettungshundearbeit. Hier wurde deutlich, wie stark die Zusammenarbeit zwischen Zivilschutz, Militär und privaten Rettungsorganisationen in diesem Land ist.

Neben den Referaten, in denen u. a. über die Einsatztaktik von Rettungshunde-Teams in verschiedenen Ländern berichtet wurde, war die Demonstration der Zusammenarbeit zwischen schwedischem Zivilschutz, Feuerwehr, Militär und privaten Hilfsorganisationen ein Höhepunkt der Veranstaltung.

Von einer Tribüne aus verfolgten die Symposiumsteilnehmer die spannende Szenerie, die von den Einsatzleitern über Lautsprecher kommen-

tiert wurde. Die verschütteten „Opfer“ wurden von den Hunden geortet, von den Bergungsmannschaften befreit und zum Sanitätszelt gebracht. Ein Sanitätshubschrauber stand für Kliniktransporte bereit. Am Ende der eindrucksvollen Leistungsschau bestand die Möglichkeit der Diskussion mit den Hilfskräften, was rege genutzt wurde.

Zum Abschluß des Symposiums stellte Jean Brennan aus Los Angeles den Ort des 6. Internationalen Rettungshunde-Symposiums vor: Im August 1995 wird es in Boulder bei Denver in Colorado/USA stattfinden.

Notfallausweis rettet Leben

Alle Risikopatienten, insbesondere solche mit schweren und chronischen Krankheiten, sollten nach Empfehlung des bayerischen Innenministers, Dr. Günther Beckstein, den gelben Europäischen Notfallausweis (ENA) immer mit sich führen. Dieses medizinische Dokument im Personalausweisformat enthält neben Namen und Anschrift beispielsweise Angaben über bestehende Allergien oder Unverträglichkeiten gegenüber Arzneimitteln, chronische Organleiden, Medikamenteneinnahme oder etwa Impfungen gegen Wundstarrkrampf. Natürlich sind darin auch die Blutgruppe sowie Angaben über behandelnde Ärzte erfaßt. „Der Ausweis kann bei Unfällen und Notfällen oder plötzlichen Erkrankungen Leben retten. Deshalb empfehle ich allen dringend, den behandelnden Arzt nach einem solchen Notfallpaß zu fragen und ihn dann auch stets mitzuführen“, so Innenminister Beckstein in einer entsprechenden Pressemitteilung.

Der 1987 eingeführte ENA umfaßt zwölf Seiten mit den wichtigsten medizinischen Daten in neun Sprachen. Damit leistet er auch bei Auslandsaufenthalten und im Urlaub wertvolle Dienste. Wegen

seiner Größe ist er leicht im Geldbeutel oder in der Brieftasche aufzubewahren. Der Ausweisinhaber kann über ein (möglichst aktuelles) Foto im Ausweis sowie mit Hilfe der anderen mitgeführten Dokumente identifiziert werden. Den ENA bekommt man vom behandelnden Arzt. Das Ausweisformular kostet etwa 3,50 DM. Nach einer Empfehlung der Bundesärztekammer nehmen die Ärzte die Eintragung der medizinischen Daten in der Regel kostenfrei vor.

Der ENA wurde auf Initiative des EG-Parlaments von der EG-Kommission in Zusammenarbeit mit den Gesundheitsministern der Mitgliedsländer auf der Grundlage des bisherigen Bundeseinheitlichen Notfall-Ausweises geschaffen und wird in der Bundesrepublik Deutschland ab 1. Juli 1987 als Nachfolger des Bundeseinheitlichen Notfall-Ausweises (BNA) eingeführt. Der ENA ist, wie der bisherige Notfalleusweis, kein amtlicher Ausweis, sondern ein vom Bürger auf freiwilliger Basis mitgeführtes Dokument, das für ihn bei einem Unfall oder einer plötzlichen schweren Erkrankung von lebensretter Bedeutung sein kann.

Der Text des Ausweises in den neun Sprachen der EG-Mitgliedsstaaten gibt ihm eine über die Grenzen der Bundesrepublik hinausgehende praktische Bedeutung. Seine Einführung ist nicht nur von Nutzen für alle die ihn verwenden, sondern er soll gleichzeitig ein Symbol für das weitere Zusammenwachsen der EG-Mitgliedsstaaten darstellen. Darüber hinaus soll er der Beginn der Vereinheitlichung und Verbesserung des Rettungswesens innerhalb der EG-Mitgliedsstaaten sein.

Portugal: Feuerwehr- Sonderbriefmarke

Mit einer einfachen Handpumpe, Typ „Esel“, fing vor 125 Jahren alles an. Einflußreiche Bürger der portugiesischen Hauptstadt unter-



stützten den Gedanken nach der Gründung einer Freiwilligen Feuerwehr. Das erste Löschgerät, das am 22. Oktober 1868 seine Feuertaufe bestand, wurde von einem Bürger gestiftet, der nicht genannt sein wollte. Auch Prinz D. Carlos förderte die „Volunteers“, die Freiwilligen. So durften sie sich mit dem Titel „Real“, königlich, schmücken. Die Freiwillige Feuerwehr von Lissabon nahm eine gute Entwicklung, was sich in der Mannschaftsstärke und der Ausrüstung zeigte. Die erfolgreiche Brandbekämpfung brachte ihnen im Laufe der Jahre nicht nur öffentliche Anerkennung, sondern auch zahlreiche Auszeichnungen. Zum 125jährigen Bestehen der Freiwilligen Feuerwehr von Lissabon gab die portugiesische Post eine Sonderbriefmarke heraus. Sie zeigt einen Feuerwehrhelm und ein Stück angebranntes Papier.

Umfang des Unfallversicherungsschutzes für Mitglieder einer Freiwilligen Feuerwehr

Der Unfallversicherungsschutz für Mitglieder einer Freiwilligen Feuerwehr nach Paragraph 539 Abs. 1 Nr. 8 RVO umfaßt nicht nur die unmittelbar zum Feuerwehrdienst gehörenden Tätigkeiten (Brandbekämpfung, Hilfeleistung bei Unglücksfällen, Übungen), sondern auch Verrichtungen, die den Belangen der Feuerwehr wesentlich dienen.

Mitglieder einer Freiwilligen Feuerwehr stehen bei geselligen Veranstaltungen, die

dem kameradschaftlichen Verständnis und Zusammenhalt untereinander dienen, unter Unfallversicherungsschutz.

BSG, Urteil vom 29. 11. 1990 – 2 RU 16/90 – (USK 90179)

Mitglieder einer Freiwilligen Feuerwehr stehen während der Mithilfe bei Veranstaltungen, die der Öffentlichkeitsarbeit und der Werbung neuer Mitglieder dienen, unter Unfallversicherungsschutz.

BSG, Urteil vom 29. 11. 1990 – 2 RU 27/90 – (USK 90177).

Überleben ist nicht alles

Etwa 70 000 Menschen behalten jährlich dauerhafte Behinderungen nach einem Unfall zurück, den sie nur mit schwersten Verletzungen überlebt haben. Die Folgen der mehrfachen Verletzungen beeinträchtigen das Leben der Unfallopfer in der Regel auch dann noch erheblich, wenn sie schon längst wieder aus der Klinik entlassen worden sind. Bestehende Therapiekonzepte müßten daher überdacht und die Patienten über die chirurgische Versorgung hinaus betreut werden. Die Rehabilitation müsse die Lebensqualität der Patienten stärker berücksichtigen. Dies fordert Dr. Ralf Imig, der im Rahmen einer Studie, die am Chirurgischen Lehrstuhl der Universität zu Köln durchgeführt wurde, 69 mehrfach schwerstverletzte Patienten neun Monate nach ihrem Unfall über ihr Leben nach der Entlassung aus der Klinik befragte. Über 80 Prozent der Befragten waren der Meinung, daß die Folgen ihrer Verletzungen ihr gesamtes weiteres Leben bestimmen werden. 40 Prozent berichteten, sie hätten schon einmal daran gedacht, daß es besser gewesen wäre, sie hätten den schweren Unfall gar nicht überlebt. Viele hatten nach dem Unfall mit Gedächtnisstörungen und Konzentrationschwierigkeiten zu kämpfen. Imig kritisierte, wie im

„Kölner Universitäts-Journal“ berichtet wird, daß bisher das Überleben der Patienten einziges Ziel der Ärzte sei. (df)

Interschutz '94 – Der Rote Hahn

Als international bedeutendstes Brancheneignis für alle Technikbereiche, die im Brand- und Katastrophenschutz und bei technischen Hilfeleistungen zum Einsatz kommen, wird die Interschutz '94 – Der Rote Hahn (3. bis 8. Juni) wieder zum Treffpunkt für Hersteller und Anwender.

Die traditionell schon eng Verzahnung zwischen kommerziellen und ideellen Ausstellungsbereichen wird für 1994 noch weiter verstärkt. Repräsentanten aus den Fachbereichen Brandschutz, Katastrophenschutz und Rettungsdienst nutzen die Interschutz '94, um ihre Aufgaben möglichst praxisnah vorstellen zu können und die Leistungsfähigkeit ihrer Mannschaften im Zusammenwirken mit modernster Technik unter Beweis zu stellen. Auch erhalten die Besucher einen Einblick in die notwendige intensive Zusammenarbeit zwischen den drei Fachbereichen.

Themenschwerpunkte für den ideellen Ausstellungsteil der Interschutz '94 sind:

- Zusammenwirken der verschiedenen Organisationen im Katastrophenschutz,
- Aus- und Fortbildung an den Landesfeuerwehrschulen,
- Betrieb einer rechnergestützten Feuerwehrleitstelle,
- Brandbekämpfung auf Bundeswasserstraßen,
- Brandbekämpfung aus der Luft,
- Brandschutz und Brandbekämpfung in Häfen,
- Brandschutzerziehung,
- Datenverarbeitungs- und Informationssysteme und ihre praktische Anwendung,
- die Entwicklung der Feuerwehren in den neuen Bundesländern,
- Gefahrstoffzüge für den Umweltschutz,
- Modellbauer, Sammler und Hobbyisten,

- Rettung von Menschen aus großen Höhen,
- Einsatz von Hunde-Rettungsstaffeln,
- Streßbewältigung im Einsatzdienst der Feuerwehren und

- vorbeugender Brandschutz in besonderen Objekten.
- Erstmals werden zur Interconversion, also der Umrüstung ursprünglich militärischer Geräte zu zivilen Einsatz-

zwecken, präsentiert, so z. B. ein Turbinenlöschfahrzeug auf einem Panzerfahrgestell und Tanklöschfahrzeuge aus dem Bereich der ehemaligen DDR. Die bisherige Ausstellerresonanz ist erfreulich, insbe-

sondere ist mit einer weiteren Steigerung der Internationalität zu rechnen. Erwartet werden in Hannover vom 3. bis 8. Juni 1994 mehr als 600 Aussteller auf 66 000 Quadratmetern Ausstellungsfläche.

Termine

9. und 10. Oktober 1993:
„Rettungsdienst aktuell '93“
Fachkongreß mit begleitender
Fachausstellung
Bergheim (Erfstkreis)
Info: Kongreßbüro, Zeppe-
linstraße 21, 50126 Bergheim

4. bis 8. Oktober 1993: Si-
cherheitsfachmesse „Security“
Utrecht (NL)
Info: Koninglijke Neder-
landse Jaarbeurs, PO-Box
8500, NL-3503 RM Ut-
recht/Holland

11. bis 14. Oktober 1993:
„Security“, Weltmesse der Si-
cherheitstechnik
Essen
Info: Messe Essen GmbH,
Messehaus Ost Norbertstraße,
45131 Essen

26. bis 29. Oktober 1993:
Arbeitsschutz und Arbeitsme-
dizin „A+A 93“ – Fachmesse
und Kongreß
Düsseldorf
Info: Messgesellschaft
mbH, Postfach 320203, 4000
Düsseldorf 30

5. und 6. November 1993:
7. ARKAT-Fachtagung: „Ka-
tastrophenschutz-Führung,
Logistik und Kommunikation
als Schlüsselfaktoren für ein
integriertes Gefahrenmanage-
ment“
Hannover und Lehrte
Info: ARKAT-Bundesge-
schäftsstelle, Postfach 4737,
38037 Braunschweig

23. bis 26. November 1993:
„Sicherheit '93“, 9. Internatio-
nale Fachmesse für Sicherheit
mit Informationstagungen
Zürich (CH)
Info: Blenheim AG, Buck-
hauserstraße 24, CH-8048
Zürich

24. bis 26. November 1993:
Fachmesse für Katastrophen-
schutz und Hilfeleistung „Res-
cue 93“
Utrecht (NL)
Info: Jaarbeurs, Jaarbeurs-
plein 6, NL-3521 Utrecht

24. bis 27. November 1993:
9. Münchner Gefahrstoff-Tage
Info: ecomed Verlagsgesell-
schaft, Postfach 1752, 86887
Landsberg/Lech

3. bis 8. Juni 1994: Inter-
schutz – Der Rote Hahn
Hannover
Info: Deutsche Messe- und
Ausstellungs-AG, Messege-
lände, 30521 Hannover

Seminare und Lehrgänge von Instituten und Firmen

**Technische Akademie
Esslingen, Postfach 1265,
73760 Ostfildern:**
Lehrgänge:
4. bis 6. Oktober 1993: Vor-
beugender und Abwehrender
Brandschutz im Betrieb,
18. Oktober 1993: Ge-
staltungsneuorientierung im
Brandschutz,

15. und 16. November 1993:
Umgang mit gefährlichen Ar-
beitsstoffen,
15. und 16. November 1993:
Brandschadenverhütung.

**Minimax-Schulungszentrum,
Stuttgarter Straße
140, 72574 Bad Urach:**
Seminare:
„Brandschutz-Organisation“
12. bis 15. Oktober 1993,
„Brandschutz aktuell“:
24. bis 26. November und
1. bis 3. Dezember 1993.

**Verband für Sicherheit in
der Wirtschaft Baden-Würt-
temberg, Seelbergstraße 16,
70372 Stuttgart:**
Lehrgänge/Seminare:
9. bis 10. November 1993:
Brandschutz in Unternehmen
(Ladenburg)
11. November 1993: Gefah-
ren- und Brandmeldetechnik
(Ladenburg)

**Verband der Sachversi-
cherer e. V., Pasteurstraße
17, 50735 Köln:**
Fachtagungen:
5. und 6. Oktober 1993:
Brandschutz im Betrieb,
8. und 9. Dezember 1993:
Feuerlöschanlagen,
15. Dezember 1993: Brand-
löschanlagen.

**Technische Universität
Braunschweig, Postfach
3329, 3300 Braunschweig:**
6. und 7. Oktober 1993:
Fachseminar „Brandschutz –
Forschung und Praxis“

**Grecon, Postfach 1234,
3220 Alsfeld:**
7. und 8. Oktober 1993:
Symposium „Sicherheit vor
Staubbränden und -explosionen
in der Industrie“

**Technische Akademie
Wuppertal e. V., Postfach
100409, 42097 Wuppertal:**
14. und 15. Oktober 1993:
Grundlagenseminar Brand-
schutz,
3. und 4. November 1993:
Das große Gefahrgutseminar,
10. November 1993: Grund-
lagen des vorbeugenden
Brandschutzes und DIN 4102,
11. November 1993: Bauli-
che Brandschutzmaßnahmen
und Löschwasserversorgung,
18. und 19. November 1993:
Brand- und Katastrophenschutz
in Krankenhäusern, Al-
ten- und Pflegeheimen.

**Gloria-Werke, Postfach
1160, 4724 Wadersloh:**
Brandschutz-Seminar:
6. bis 8. Oktober 1993

**Total Feuerschutz, Indu-
striestraße 11, 68526 Laden-
burg:**
Brandschutz-Lehrgänge für
Praktiker:
18. bis 20. Oktober 1993.

Dialog

Schutzsystem aus integriertem Gefahrenmanagement und bürgerzentriertem Selbstschutz

Bundvorsitzender der ARKAT
Dipl.-Ing. Klaus-Dieter Kühn
zum Zivil- und Katastrophenschutz

Bevölkerungsschutz: Herr Kühn, wie lange dauert die Amtszeit des Bundesvorsitzenden der ARKAT?

Kühn: Der Bundesvorsitzende wird in einem Turnus von drei Jahren gewählt.

Bevölkerungsschutz: Wann stehen die nächsten Wahlen an?

Kühn: Die satzungsgemäßen Neuwahlen für den Bundesvorstand stehen 1995 an.

Bevölkerungsschutz: Der Bundesvorsitzende der ARKAT arbeitet ehrenamtlich. Kommen Sie völlig ohne hauptamtliches Personal aus?

Kühn: Der Bundesverband, aber auch die Landesverbände der ARKAT arbeiten ausschließlich mit ehrenamtlichem Personal. Es sind überwiegend Führungskräfte, die auch noch aktiv im Katastrophenschutz mitwirken und die zu einem großen Teil ihr hauptberuflich erworbenes Know-how, seien es Juristen, Techniker oder Verwaltungsfachleute, in das Ehrenamt mit einbringen.

Bevölkerungsschutz: So daß Sie niemals vom Bundesrechnungshof gerügt werden könnten, daß Sie zuviel finanzielle Mittel in die Verwaltung stecken?

Kühn: So ist es.

Bevölkerungsschutz: Sind Sie persönlich denn auch noch in einer Einheit tätig?

Kühn: Ich bin hier in Braunschweig Leiter der Technischen Einsatzleitung.

Bevölkerungsschutz: Aus wievielen Mitarbeitern besteht diese Technische Einsatzleitung?

Kühn: Die Technische Einsatzleitung besteht aus zehn Führungskräften und Helfern. Sie kennen das Schema, Leiter der Technischen Einsatzleitung, dann die S-Funktionen für Personal und Versorgung sowie Lage und Führung. Dann folgen die



Dipl.-Ing. Klaus-Dieter Kühn ist seit 1988 Bundesvorsitzender des Verbandes der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (ARKAT).

Der 44jährige widmet sich dieser Aufgabe ganz und gar ehrenamtlich, die Geschicke der ARKAT leitet er quasi von seinem häuslichen Arbeitszimmer in Braunschweig aus. In seinem Hauptberuf ist der engagierte Katastrophenschützer als Oberingenieur des Instituts für

Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik sowie Leiter des CIM-Technologietransferzentrums an der Technischen Universität Braunschweig auf den Gebieten der rechnerintegrierten Konstruktion und Fertigung, der Qualitätssicherung und dem Umweltschutz in der Produktion tätig. Er ist verheiratet und Vater von vier Kindern.

Kühn, der seit 21 Jahren im Katastrophenschutz aktiv ist, bekleidet zudem das Amt des Leiters der Technischen Einsatzleitung in Braunschweig und gehört seit 1992 dem Vorstand des Schutzforums an.

Derzeit sind über 23 000 Helferinnen und Helfer in den alten Bundesländern in Regieeinheiten organisiert. Die Gründung weiterer Landesverbände der ARKAT, vor allem im Beitrittsgebiet, steht ganz oben auf der Wunschliste des Bundesvorsitzenden.

Zur Zeit engagiert er sich im Beirat über die Erweiterung des Katastrophenschutzes beim Bundesminister des Innern in der Diskussion um die Neukonzeption des Zivil- und Katastrophenschutzes.

Fachberater zu den Themen Brandschutz/ABC, Sanitäts- und Betreuungsdienst sowie Bergung und Instandsetzung, die von den jeweiligen Trägerschaften gestellt werden und dann natürlich das Betriebspersonal wie Sprechfunke, Kraftfahrer usw. Diese Einheit ist bei Großunglücksfällen in die organisatorische Leitung bei erweiterten Rettungsdienst-Einsätzen eingebunden.

Bevölkerungsschutz: Wieviel Prozent der Helfer in den Regieeinheiten sind freigestellt nach Paragraph 8,2 KatSG?

Kühn: Also, man muß hier unterscheiden zwischen Führungskräften und Helfern. Bei Führungskräften haben wir teilweise doch schon recht hohe Anteile von nicht mehr freigestellten Helfern. Es ist überwiegend so, daß in den Regieeinheiten zunächst einmal fast ausschließlich freigestellte Helfer mitwirken, die dann aber nach Erfüllung ihrer Mindestverpflichtungszeit, soweit sie Führungspositionen erreicht haben, weiterhin mitwirken – zum Teil über 20 bis 25 Jahre.

Bevölkerungsschutz: Kann man sagen, ein fester Prozentsatz bleibt nach der Verpflichtungszeit?

Kühn: Ich habe keine genauen Daten. Nach meiner Schätzung werden es 20 bis 25 Prozent sein.

Bevölkerungsschutz: Die anderen sagen nach zehn Jahren: Danke, das war es?

Kühn: Ja. Ich kann darin allerdings nichts Nachteiliges erkennen. Eine gewisse Dynamik der Alters- und Führungsstrukturen beurteile ich eher positiv.

Bevölkerungsschutz: Bedeutet dies, daß die Regieeinheiten in stärkerem Maße als Katastrophenschutzorganisationen in ihrer Entstehung auf Freigestellte vom Wehrdienst angewiesen sind?

Kühn: Ja.

Bevölkerungsschutz: Merken Sie denn jetzt die Verkürzung der Wehrdienstzeit und damit die Verkürzung

der Freistellung auf acht Jahre? Meldden sich weniger Helfer?

Kühn: Ja, wir spüren es, wie auch die anderen Hilfsorganisationen. Nach meinem Eindruck ist es allerdings so, daß die Regieeinheiten für viele deshalb attraktiver sind, weil sie nicht soviel Dienstzeiten haben wie die originären Hilfsorganisationen. Denn wenn sie sich heute in einer Hilfsorganisation verpflichten, dann hat diese Hilfsorganisation ja vielfältige Aufgaben über den Katastrophenschutz hinaus. Regieeinheiten und -einrichtungen erfüllen hingegen überwiegend Aufgaben im erweiterten Katastrophenschutz. Demzufolge wird also die zeitliche Inanspruchnahme bei Regieeinheiten für den einzelnen Helfer nicht so groß sein, wie das etwa in der einen oder anderen Hilfsorganisation der Fall sein wird. Allgemein wird die zunehmende private und berufliche Inanspruchnahme der Menschen wohl künftig eher eine weitere Flexibilisierung der Dienstzeiten notwendig machen.

Bevölkerungsschutz: Ist es ökonomisch, daß es Helfer gibt, die nur für den Katastrophenfall da sind und nicht auch im Rettungsdienst oder in anderen friedensmäßigen Bereichen tätig werden?

Kühn: Ich trete ja immer wieder dafür ein, daß wir versuchen, dieses Hilfeleistungspotential aus dem erweiterten Katastrophenschutz weitgehend in die örtliche, in die allgemeine Gefahrenabwehr zu integrieren. Das ist, soweit es die kommunalen Regieeinheiten betrifft, auch in Teilen bereits sehr gut gelungen. Wir haben insbesondere in den Bereichen Führung, Logistik, Kommunikation, im Fernmeldebereich, aber auch im Sanitätsbereich sogenannte Soforteinsatzgruppen gebildet, die heute schon im Bereich der allgemeinen Gefahrenabwehr auf kommunaler Ebene fest eingebunden sind. Das ist natürlich auch ein wesentlicher Faktor der Motivation in bezug auf die Mitwirkungsbereitschaft der Helfer.

Bevölkerungsschutz: Wie ist denn überhaupt das Selbstverständnis eines Helfers in einer Regieeinheit oder, anders gefragt, warum geht einer zu

einer Regieeinheit und nicht zum DRK, zur Feuerwehr oder zum BVS?

Kühn: Wir leben ja in einer pluralistischen Gesellschaft und die Motive, sich dem einen oder dem anderen Hilfeleistungsträger oder einer öffentlich-rechtlichen Organisation zuzuwenden, die sind ja durchaus unterschiedlich. Jemand, der in die Feuerwehr geht, der geht aus Überzeugung in die Feuerwehr, weil er dort auch eine entsprechende gemeinschaftliche Einbindung findet. Es besteht ja häufig auch ein gesellschaftspolitischer Beweggrund – aus Gründen der Verankerung einer Feuerwehr in eine dörfliche Gemeinschaft und dergleichen; und wenn er zum THW geht, dann geht er eben aus Überzeugung zum THW.

Wir haben bei einer Analyse der Berufsgruppen, die sich den kommunalen Regieeinheiten zuwenden, festgestellt, daß diese überwiegend auch von den akademischen Berufen frequentiert werden. D. h. wir haben einen großen Anteil von technisch-naturwissenschaftlich ausgerichteten Helfern: Ingenieure, Physiker, Chemiker, Biologen, von denen ich meine, daß sie nicht ohne weiteres z. B. in eine Freiwillige Feuerwehr gehen würden. Sie würden sich dort auch vielleicht nicht so zu Hause fühlen. Ich glaube, hier kommt uns auch der organisationsneutrale Charakter entgegen, daß wir uns also ausschließlich auf die Fach- und Führungsaufgaben im Katastrophenschutz konzentrieren. Wenn Sie die originären Fachdienste sehen, welche die Regieeinheiten überwiegend stellen, im Bereich von Führung, im Bereich von Kommunikationstechniken und Logistik, dann sind das alles Funktionen, bei denen es auch in besonderer Weise auf die Professionalität des Ehrenamtes ankommt. Professionalisierung des Ehrenamtes eben dadurch, daß Bürgerinnen und Bürger ihre hauptberuflich erworbenen Fähigkeiten hier in das Ehrenamt einbringen können.

Bevölkerungsschutz: Betrachten Sie sich als Konkurrenz zu den anderen Hilfsorganisationen?

Kühn: Wir betrachten uns keineswegs als Konkurrenz, sondern als notwendige Ergänzung zu den ande-

ren Hilfsorganisationen. Regieeinheiten werden nach dem Subsidiaritätsprinzip bundesweit aufgestellt. Das heißt, wenn andere Träger oder Organisationen, aus welchen Gründen auch immer, nicht in der Lage sind, einen Fachdienst zu stellen, dann ist die örtliche Katastrophenschutzbehörde kraft Bundesgesetz gehalten, in eigener Regie geführte Einheiten aufzustellen. Dieses Subsidiaritätsprinzip hat sich auch bei den privaten Hilfsorganisationen durchgesetzt. So haben wir ja dort, z. B. im Sanitätsbereich, nicht nur das DRK.

Ich halte die Möglichkeit der subsidiären Aufstellung von kommunalen Regieeinheiten für eine eigentlich sehr weise Regelung des Gesetzgebers, weil ich meine, daß künftig bei den doch sinkenden Helferzahlen und bei der gegenwärtigen Motivationslage eben auch die klassischen Organisationen Probleme haben werden, hier hinreichend Helferinnen und Helfer zu finden. Es wird weiterhin die Notwendigkeit bestehen, Fachdienste oder Einheiten in kommunaler Regie aufzustellen, welche dann in ihrer Bedeutung eher wachsen werden.



„Wir betrachten uns keineswegs als Konkurrenz, sondern als notwendige Ergänzung zu den anderen Hilfsorganisationen.“

Bevölkerungsschutz: Meinen Sie, daß die kommunale Regie mehr Möglichkeiten hat Helfer zu finden als die Organisationen?

Kühn: Ich glaube nicht, daß wir mehr Möglichkeiten haben als die Or-

ganisationen – aber gleich gute Möglichkeiten.

Bevölkerungsschutz: Sehen die Organisationen die ARKAT genauso positiv wie Sie Ihrerseits die Organisationen gerade geschildert haben?

Kühn: Ich stelle in den Gesprächen, die wir ja jetzt in immer kürzer werdenden Abständen im Zuge der Neukonzeption des Katastrophenschutzes führen, fest, daß hier Positionen der ARKAT weitgehend anerkannt und teilweise sogar übernommen werden. Ich habe den Eindruck, daß wir insbesondere zu den privaten Hilfsorganisationen Deutsches Rotes Kreuz, Malteser-Hilfsdienst, Johanniter-Unfall-Hilfe und dem Technischen Hilfswerk auf der Arbeitsebene gute Kontakte haben entwickeln können. Hier hat sich eine wechselseitige Akzeptanz eingestellt. Ich bin mit der Zusammenarbeit mit den Organisationen zufrieden.

Bevölkerungsschutz: Mit allen? Keine Einschränkung?

Kühn: Keine Einschränkung!

Bevölkerungsschutz: Wieviele Einheiten sind denn zur Zeit bundesweit als Regieeinheiten aufgestellt?

Kühn: Wir haben bundesweit derzeit etwa 7 250 Einheiten und Einrichtungen im erweiterten Katastrophenschutz, davon sind rund 25 Prozent in Regie aufgestellt.

Bevölkerungsschutz: Das ist eine hohe Zahl, das heißt über 20 000 Helferinnen und Helfer.

Kühn: Das sind über 23 000 Helferinnen und Helfer. Allein diese Tatsache belegt hinreichend, daß man auf kommunale Regieeinheiten nicht verzichten kann.

Bevölkerungsschutz: Nun ist ja gerade in der Helferarbeit auch so etwas wie Helferbetreuung notwendig. Wie machen Sie das, wenn Sie nicht organisiert sind?

Kühn: Ich würde nicht sagen, daß wir nicht organisiert sind. Wir gehören keiner Organisation an, aber gleichwohl sind wir organisiert. Nach

Gründung des ersten ARKAT-Landesverbandes im Jahre 1974 haben wir jetzt in fast jedem der Altbundesländer einen Landesverband. Wir werden jetzt einen der nächsten im Saarland gründen und diese Landesverbände arbeiten recht intensiv in ihren jeweils gewachsenen Strukturen. Das geht jetzt bis hinunter in Gruppierungen oder Verbände auf Ortsebene, die sich langsam bilden. Der Gedankenaustausch zwischen Einheitsführern wird in regelmäßigen Einheitsführertagungen gepflegt, die wir jährlich in den einzelnen Bundesländern durchführen. Sie wissen sicherlich auch, daß wir in regelmäßigen Abständen Fachtagungen durchführen. Insofern habe ich durchaus das Gefühl, daß wir auf diese Art und Weise unsere Basis auch erreichen. Im Gegenteil, unsere Arbeit wird ja weitgehend von der Basis bestimmt und getragen. Dies bedeutet, die Fachprobleme werden von der Basis in die Gremien auf Landes- und Bundesebene eingebracht. Wir haben ja gerade in der letzten Zeit hierzu auch sehr viel publiziert und stellen verstärkt fest, daß sich sowohl die fachlichen Aussagen als auch die Arbeit der ARKAT hier profilieren konnten. Die Mitwirkungsrechte der ARKAT an allen die Regieeinheiten betreffenden Fragen sind 1990 vom Bundesgesetzgeber in dem neuen Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes ausdrücklich anerkannt und verankert worden.

Bevölkerungsschutz: Sie haben gerade auf die alten Bundesländer abgestellt. Gibt es in den neuen Bundesländern schon Regieeinheiten?

Kühn: Die gibt es meines Wissens dort derzeit noch nicht. Das liegt aber daran, daß in den neuen Bundesländern zunächst einmal die Fachdienste Brandschutz, Sanitätsdienst, Bergung und Betreuung aufgestellt worden sind und erst jetzt ab 1993 bzw. dann in 1994 hinein die regiebezogenen oder originären Fachdienstkomponenten für Regieeinheiten wie Führung, ABC-Dienst sowie für den Fernmeldebereich aufgestellt werden. Wir haben diesbezüglich bereits erste Gespräche geführt. Ich bin auch in den einzelnen Innenministerien der neuen Bundesländer vorstellig geworden, habe dort den Aufgabenbe-

reich der kommunalen Regieeinheiten erläutert und bin eigentlich sicher, daß sich dort demnächst die ersten kommunalen Regieeinheiten bilden werden. Sobald Helfer vorhanden sind, wird dort die ARKAT auch präsent sein.

Bevölkerungsschutz: Sie leisten also aktive Unterstützung in den neuen Bundesländern?

Kühn: Ja. So sind unter aktiver Mitwirkung von Regieeinheiten Unterstützungen im Rahmen von Ausbildungsgängen an der Brand- und Katastrophenschutzschule Heyrodsberge (Sachsen-Anhalt) geleistet worden. U. a. ist hieraus ein Lehrfilm für die Zugführer Ausbildung im Sanitätsdienst entstanden.

Bevölkerungsschutz: Die Regieeinheiten sind ja mit dem Aufbau des früheren Luftschutzes und des späteren Zivilschutzes entstanden. Sie sind nicht vorrangig friedensbetont, sondern unter sicherheitspolitischen Aspekten zu betrachten. Brauchen wir nach der veränderten Sicherheitslage die Regieeinheiten überhaupt noch?

Kühn: Also zunächst einmal kann ich nicht erkennen, daß die Regieeinheiten in ihrem Aufgabenspektrum anders zu bewerten sind als die Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes anderer Organisationen oder Träger – seien es nun THW, Feuerwehr oder private Hilfsorganisationen.

Der Vorteil der Regieeinheiten liegt zweifellos auch in der Einbindung auf gemeindlicher Ebene. Wir sind überwiegend in den Aufgabenfeldern Führung, Kommunikation und Logistik tätig, wo es besonders auf den unmittelbaren Zugriff der für die Gefahrenabwehr zuständigen Katastrophenschutzbehörden ankommt. Und diese Einbindung in die kommunale Gefahrenabwehr macht deutlich, daß unser Dienst nicht nur V-Fall-spezifisch, sondern hinsichtlich unserer Einsatzmöglichkeiten auch in bezug auf friedensmäßige Gefahrenlagen zu sehen ist.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Bewältigung des Zugunglücks vor kurzem im Landkreis Northeim. Gerade die Regieeinheiten des Sanitätsdien-

stes und der Führung hatten maßgeblichen Anteil an der gesamten Abwicklung dieser Großschadenslage.

Bevölkerungsschutz: Auch für Sie gilt, wie für alle anderen, der Doppelnutzen. Sie trainieren den Verteidigungsfall und nutzen das Know-how heute. Von welcher Seite werden denn die Regieeinheiten finanziert? Voll vom Bund oder tragen die Gemeinden auch noch eigene Kosten?

Kühn: Also überwiegend unterliegen wir bei der Finanzierung natürlich den Regelungen wie Einheiten anderer Träger auch. Hier wird ja bei der bundesanteiligen Finanzierung unterschieden nach Friedensnutzen und Verteidigungsnutzen. Wir haben beispielsweise Einheiten, wie die Technische Einsatzleitung, die voll vom Bund finanziert werden. Wir haben aber auch Einheiten anderer Fachdienste, die nur zu einem gewissen Anteil vom Bund finanziert werden. Wir haben ebenso in einzelnen Städten und auch Landkreisen ein großes finanzielles Engagement der Kommunen. Sei es, daß sie Fahrzeuge und Geräte aus eigenen Mitteln beschaffen. Fahrzeuge, die eigentlich zu beordern wären, die also der Bund hier nicht bereitstellt, seien es Sprechfunkgeräte oder andere Einsatzmittel. Wir erfahren hier von den Kommunen doch eine große, auch finanzielle Unterstützung. Also durchaus ein Engagement der Kommunen für den Bereich des Katastrophenschutzes, welches vielfach unterschätzt wird.

Bevölkerungsschutz: Gibt es Beispiele dafür?

Kühn: Ich sehe es einmal in diesem Kontinuum der Finanzierung Bund, Länder, Kommunen, entsprechend der jeweiligen Aufgabenbezüge. Ich habe des öfteren erwähnt und ange mahnt, daß sich einzelne Bundesländer hier zu wenig engagieren, so daß der Bund für seinen Teil – für seine Verpflichtungen im erweiterten Katastrophenschutz meine ich – bisher in hinreichendem Maße tätig geworden ist, die Länder aber hier starke Defizite aufweisen und die Kommunen versucht haben, durch Geräte oder andere Dinge zu ergänzen und finanziell zu unterstützen, um mit diesen Ein-



„Die Regieeinheiten erfahren von den Kommunen durchaus ein Engagement, welches vielfach unterschätzt wird.“

richtungen und Einheiten auch arbeiten zu können. Ein Beispiel aus dem Bereich der Stadt Braunschweig: Hier wurde vor kurzem mit einem Volumen von 2,5 Millionen Mark in einer ersten Ausbaustufe ein Katastrophenschutzzentrum von einer Kommune finanziert.

Bevölkerungsschutz: Sie sagen also, Zivilschutz ist noch notwendig, stellen aber sehr stark auf den Doppelnutzen ab. Könnten Sie sich Situationen vorstellen, wo der Bund sagen würde, ich verabschiede mich ganz aus der Mitfinanzierung oder Mitorganisation des Zivil- und erweiterten Katastrophenschutzes?

Kühn: Wir erleben ja im Moment in der Diskussion um die Neukonzeption der Bereiche des Zivil- und Katastrophenschutzes, daß Entwicklungen einfach nicht mehr zur Kenntnis genommen werden.

Daß Staat und Politik in diesem Bereich derzeit eigentlich ein erschreckendes Defizit an Sensibilität für die Herausforderungen der Zukunft zeigen. Das Leitbild für die langfristige Entwicklung unseres gemeinsamen Hilfeleistungssystems im Katastrophenschutz, so meine ich, muß ein kontinuierlicher Verbesserungsprozeß sein, mit dem Ziel einer weitgehenden Integration aller Komponenten der Gefahrenabwehr. Und hierzu bedarf es integrativer und nicht wie jetzt substitutiver Prozesse. Es

wird notwendig sein, daß wir uns auf gewisse Gefahrenszenarien verständigen, mit denen wir zukünftig zu rechnen haben. Das geschieht meines Erachtens noch zu wenig. Im Moment ist die Diskussion um die Zukunft des Katastrophenschutzes eigentlich mehr oder weniger gekennzeichnet durch einen Abbau von Ressourcen ohne Vorhandensein von funktionsfähigen Alternativen. Wir haben, wenn man die Gefahrenszenarien beurteilt, sicherlich Veränderungen, aber vom Grundsatz her sind doch insbesondere die Gefahrenpotentiale, die sich jetzt aus den zivilisatorischen Risiken ergeben, eher gewachsen. Ich kann nur warnen, hier nun voreilig Ressourcen abzubauen.

Bevölkerungsschutz: Damit sind wir schon wieder in der Zuständigkeitsdiskussion. Halten Sie eine starre Aufgabentrennung zwischen Bund, Ländern und Kommunen bei der Gefahrenabwehr auf Dauer für sinnvoll?

Kühn: Also, ich halte das nicht für sinnvoll. Staatssekretär Dr. Priesnitz hat ja mit Recht in den jüngsten Gesprächen mit den Organisationen und Verbänden auf die Notwendigkeit des Entwickelns einer gesamtstaatlichen Aufgabe hingewiesen. Der Schutz von Leben und Umwelt kann nur als gesamtstaatliches Anliegen begriffen werden. Hier sollte man nicht nur in den verfassungsrechtlich vorgegebenen Zuständigkeitsgrenzen denken, sondern wir benötigen ein Integrationskonzept, das sowohl die friedensmäßige als auch die verteidigungsfallbezogene Gefahrenabwehr beinhaltet. Ich habe ja dazu in der Vergangenheit einiges gesagt, so beispielsweise, daß ich mir vorstellen kann, daß man in den jeweiligen Verantwortlichkeiten ein Schutzsystem – gewissenmaßen nach einem Lego-Prinzip – bausteinartig konfigurieren kann, indem der Bund für seinen Anteil der Verantwortung eine gewisse Basisausstattung bereitstellt, die dann modular, bezogen auf die Belange von Ländern und Kommunen, ergänzt werden kann.

Bevölkerungsschutz: Würden Sie in den „Strukturen der zivilen Verteidigung“, die der Bundesminister des Innern im Jahre 1991 herausgegeben

hat, so etwas wie eine neue Konzeption auch für den erweiterten Katastrophenschutz sehen?

Kühn: Nein, eigentlich haben ja alle Organisationen erklärt, daß sie in diesem Papier und diesen Vorstellungen von Bund und Ländern kein Konzept sehen. Es ist vielfach als Spar-konzept bezeichnet worden. Ich meine, es ist auch kein verantwortbares Sparkonzept. Die Entwicklung eines auf die langfristige Zukunft gerichteten Konzeptes der Gefahrenabwehr wird hier überwiegend helferzentriert gesehen.

Wir haben also jetzt in der ersten Stufe eine Reihe von Abbauvorschlägen um immerhin über 20 000 Helfer, besonders in den Bereichen Führung, Logistik, Kommunikation, was ich für sehr bedenklich halte, weil es dazu im Moment keine wirksame Alternative gibt. Hinzu kommt die Rücknahme der Finanzierung für über 50 000 Helfer im sogenannten Ergänzungsteil. Es wird damit dringend benötigtes Humankapital vermeintlichen Spareffekten geopfert.

Bevölkerungsschutz: Welche Alternative sehen Sie?

Kühn: Ich meine, wir müßten an diese Frage der Konzeption mehr organisations- und technikzentriert her-



„Im Moment erleben wir in der Diskussion um die Neukonzeption der Bereiche des Zivil- und Katastrophenschutzes, daß Entwicklungen einfach nicht mehr zur Kenntnis genommen werden. Daß Staat und Politik in diesem Bereich derzeit ein erschreckendes Defizit an Sensibilität für die Herausforderungen der Zukunft zeigen.“

angehen. Ich habe den Eindruck, daß die Länder in den Diskussionen mit dem Bund zunächst einmal Einheiten und Einrichtungen angeboten haben, das läßt sich auch nachweisen, die, wenn man einmal den investiven Rahmen dieser Einheiten sieht, keine wesentlichen finanziellen Einbußen brächten. Sie haben aber verkannt, welchen Nutzen diese Einheiten gerade in bezug auf die Führung, die gesamte Logistik und die Kommunikation in Großschadensfällen leisten. Hier müssen wir uns sicherlich Gedanken darüber machen, ob wir nicht vor dem Hintergrund verminderter Helferzahlen einige Teilbereiche verschlanken. Ich bin aber dagegen, auf Funktionalität und auf Bürgerengagement zu verzichten. Aber letztlich müssen wir die Strukturen sicherlich vereinfachen. Wir müssen aufgabenorientiert dezentralisieren, vielleicht auch im Sinne der Verwaltungsvereinfachung mehr Verantwortung auf die gemeindliche, die ausführende Ebene legen. Hier ist mehr basisorientiertes Handeln gefordert.

Bevölkerungsschutz: Wie kann ein solches System funktionieren?

Kühn: Es geht um die Schaffung eines integrierten Gefahrenmanagements, das durchgängig alle Schadensszenarien berücksichtigt und sich je nach Schadensszenarium entwickeln kann. Dies in einem Kontinuum von bürgerzentriertem Selbstschutz und darauf lege ich starken Wert, weil dieser bürgerzentrierte Selbstschutz in der Diskussion um die Neukonzeption immer ein bißchen hintenangestellt wird. Ich halte diesen bürgerzentrierten Selbstschutz für sehr wichtig und in diesem Kontinuum von bürgerzentriertem Selbstschutz, den Kräften der allgemeinen Gefahrenabwehr wie Feuerwehr, Polizei und Rettungsdienst bis hin zum Katastrophenschutz und den Streitkräften sollte ein in sich schlüssiges, fraktal aufwuchsfähiges Schutzsystem geschaffen werden. Wir werden dann in der Lage sein, damit auch mehr Effizienz zu erreichen und wir werden auch Kosten dabei sparen.

Bevölkerungsschutz: Sind wir nicht bereits auf dem Wege zu diesem System?



„Wir müssen uns sicher Gedanken darüber machen, ob wir nicht vor dem Hintergrund verminderter Helferzahlen einige Teilbereiche verschlanken. Ich bin aber dagegen, auf Funktionalität und Bürgerengagement zu verzichten.“

Kühn: Nein, das ist auch kurzfristig nicht erreichbar. Hierzu bedarf es eigentlich zunächst einmal intensiver Analysen, und ich bin auch im Zweifel, ob es gelingt, in den Diskussionen mit den Administrationen auf Landes- und Bundesebene hier kurzfristig zu einer Lösung zu kommen. Ich vermisse insbesondere auf seiten der Ländervertreter häufig die nötige Fach- und Sachkompetenz.

Und es ist zu überlegen, ob die Bundesregierung nicht gut beraten wäre, hier auch mehr externen Sachverstand einzubringen. Ich habe ja schon einmal vorgeschlagen, diesen Bereich Katastrophenschutz einmal in Richtung interdisziplinärer Forschung aufzugreifen und externe Denkkapazitäten in Universitäten oder vergleichbaren Einrichtungen zu Rate zu ziehen, um diese Aufgabe – diese anspruchsvolle Aufgabe – ganzheitlich zu sehen.

Bevölkerungsschutz: Gibt es heute hinreichend Forschung in diesem Bereich oder könnte man mehr daran tun?

Kühn: Also, es sind in Deutschland ganz wenige Forschungsstellen auf diesem Gebiet bekannt. Wir haben einige Institute, z. B. in Kiel und Oldenburg, die sich im soziologischen Bereich und im Bereich der Verwal-

tungsorganisation um dieses Thema bemühen. Wir haben jetzt auch in Potsdam ein neues Institut, das sich mit der Prävention von Katastrophen befassen soll. Was ich aber vermisse, das sind Ansätze, die sich mehr mit den technischen, logistischen, kommunikativen und organisatorischen Aspekten der Gefahrenabwehr auf breiter, wissenschaftlicher Basis befassen.

Bevölkerungsschutz: Das eine ist die Expertenüberzeugung im Zivilschutz. Ein anderes ist das, was bei der Bevölkerung zu geschehen hat. Sie haben vorhin den bürgerzentrierten Selbstschutz angesprochen. Müssen wir nicht viel stärker unser Tun, auch das der Regieeinheiten, in der Öffentlichkeit darstellen, damit der Bürger auch weiß, wie er geschützt ist und daß er gar nicht immer auf die Allmacht des Staates vertrauen kann?

Kühn: Wir müssen da sicherlich mehr tun, nur dies ist sehr schwierig. Ich habe vor einigen Wochen selbst versucht, unter Bezugnahme auf Manifeste besorgter Persönlichkeiten in unserem Lande, die Herausgeberin der Zeit, Gräfin Marion von Dönhoff, zu bewegen, dieses Thema einmal aufzugreifen. Das ist mir bis heute nicht gelungen. Das Thema ist für die Medien einfach nicht interessant, und ich meine, es liegt zum großen Teil daran, daß wir eben mit unserer Aufgabe immer viel zu sehr in die Ecke der verteidigungsspezifischen Aufgaben gedrängt werden. Aber allgemein zu wenig gesehen wird, daß diese Potentiale – eben im Sinne des Doppelnutzens – in manchen Bundesländern beinahe fast ausschließlich auch die friedensmäßige Gefahrenabwehr tragen.

Bevölkerungsschutz: Wer kann den notwendigen Anstoß geben?

Kühn: Wir brauchen in diesem Bereich bedeutend mehr Unterstützung aus der Politik. Hier müssen wir gerade in der jetzigen Situation auch im Parlament mehr Unterstützung erfahren. Ich bin der Meinung, was wir jetzt erleben, ist eine Verzichtserklärung. Wir stoßen damit diejenigen, die bereit sind, für diesen Staat und für diese Gesellschaft ehrenamtlich und

freiwillig mitzuwirken, vor den Kopf. Wir schicken im Moment über 20 000 Helferinnen und Helfer nach Hause.

Wenn es nach dem Willen des Bundesfinanzministers geht, dann sollen es 70 000 werden. Also eine Halbierung der personellen Kapazitäten bei gleichzeitigem Anwachsen von Aufgaben, beispielsweise durch den bevorstehenden Neuaufbau in den neuen Bundesländern. Ich bin der Ansicht, daß man eine solche Aufgabe eigentlich nicht offenkundiger minderbewerten kann. Es ist an der Zeit, daß wir in Politik und Gesellschaft diesen anspruchsvollen Aufgaben, dem Schutz von Leben und Umwelt, insgesamt einen höheren Stellenwert einräumen müssen. Es gilt von verantwortlicher Politik einzufordern, daß sie sich zu dieser Aufgabe und zur Arbeit dieser Bürgerinnen und Bürger bekennt.

Bevölkerungsschutz: Daraus resultiert auch, daß die Regieeinheiten auf Dauer auf eine ordentliche Öffentlichkeitsarbeit nicht verzichten können?

Kühn: Das ist richtig. Wir unterliegen hier den gleichen Rahmenbedingungen wie andere Aufgabenträger in diesem Bereich auch.

Bevölkerungsschutz: Ich glaube, die Regieeinheiten sind viel facetten-



„Es ist an der Zeit, daß wir in Politik und Gesellschaft diesen anspruchsvollen Aufgaben, dem Schutz von Leben und Umwelt, insgesamt einen höheren Stellenwert einräumen müssen.“

„Wir werden abwarten, wie sich die Dinge nun entwickeln.“
(Fotos: Goll)



reicher als andere. Ich kann mir vorstellen, daß eine Regieeinheit in Recklinghausen sicherlich andere Strukturen aufweist als beispielsweise eine Regieeinheit der Stadt Braunschweig.

Kühn: Ja, das ist sicherlich richtig. Wenn man einmal verschiedene Orte in der Bundesrepublik betrachtet, ist die Präsenz der Regieeinheiten auch durchaus unterschiedlich zu sehen. Aber wir sehen die Aufgabe Katastrophenschutz eigentlich doch mehr übergreifend. Das erklärt sich schon aus der Tatsache, daß Regieeinheiten in fast allen Fachdiensten präsent sind, während sich zum Beispiel das THW überwiegend auf Aufgaben des Bergungsdienstes und Instandsetzungsdienstes konzentriert, spezialisieren sich die privaten Hilfsorganisationen vorwiegend auf Aufgaben im Sanitäts- und Betreuungsdienst. Unsere Arbeit hingegen umfaßt das gesamte Spektrum der Fachdienste und deshalb versuchen wir auch nicht so sehr Partikularinteressen zu vertreten, sondern die Aufgabe Katastrophenschutz als Ganzes zu diskutieren.

Bevölkerungsschutz: Sie überlassen die Gestaltung letztlich dann doch nicht der einzelnen Gemeinde, sondern Sie versuchen Rahmen zu setzen. Und das schaffen Sie alles ehrenamtlich?

Kühn: Also ich meine, wir schaffen es ganz gut ehrenamtlich. Es ist meines Erachtens häufig sogar so, daß solch ein Organisationsapparat mit vornehmlich hauptamtlichen Kräften

eher hinderlich wäre. Wir haben die gute Erfahrung gemacht, gerade bei den jetzt in immer kürzeren Abständen stattfindenden Diskussionen um die Neukonzeption, daß wir sehr schnell reagieren können und daß wir die Probleme der Basis kennen und diese entsprechend schnell den Entscheidungsträgern vortragen können.

Ich habe da bei großen Organisationen manchmal meine Zweifel, ob sie die Probleme der Basis bis hinunter auf die gemeindliche Zuständigkeit auch so realistisch bewerten.

Bevölkerungsschutz: Wie stellt sich aus Ihrer Sicht die derzeitige Diskussion in den BMI-Arbeitsgruppen zur Neukonzeption des Zivil- und Katastrophenschutzes dar?

Kühn: Staatssekretär Priesnitz hat in eigentlich allen Gesprächen mit den Organisationen und Verbänden immer wieder hervorgehoben, daß es bei den anstehenden Gesprächen und Beratungen in diesen Arbeitsgruppen zur Neukonzeption des Zivil- und Katastrophenschutzes keine Tabus geben dürfe. Um so mehr verwundert es mich, daß in den jetzt aufgenommenen Arbeitsgruppengesprächen immer noch der Beschluß der ständigen Konferenz der Innenminister und Senatoren der Länder vom 8. November 1991 in Saarbrücken als Grundlage angesehen wird. Gerade so, als habe es seither in den zahlreichen Anhörungen und Gesprächen und den dort artikulierten großen Vorbehalten und Warnungen der Organisationen und Verbände keine weiteren Zwischenergebnisse

gegeben. Ich bin auch darüber verwundert, daß nach den Vorstellungen einiger Länder nunmehr auch die Technische Einsatzleitung als noch verbliebenes Führungsinstrument von denen, die schon zur Disposition gestellt worden sind, aufgegeben werden soll. Das halte ich für grundsätzlich falsch, weil eigentlich gerade die Technische Einsatzleitung das Bindeglied zwischen den Potentialen des erweiterten Katastrophenschutzes und denen der allgemeinen Gefahrenabwehr bei Großschadenslagen ist. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, daß eine vom Katastrophenschutz ganz und gar entkoppelte Einsatzleitung aus dem Bereich der allgemeinen Gefahrenabwehr die Aufgaben in ihrer ganzen Komplexität koordinieren kann. Es bedarf im Grunde auch der Einbindung der entsprechenden Führungskräfte für den Verantwortungsbereich Katastrophenschutz, die man hier nicht außen vor lassen darf. In diesem Zusammenhang halte ich die Technische Einsatzleitung eigentlich für das adäquate Bindeglied und würde es strikt ablehnen, diese einfach aufzuheben. Insgesamt aber bin ich dem Staatssekretär wirklich dankbar, daß er versucht, mit den Arbeitsgruppen die bisher fachlich wenig ergiebige Diskussion doch in andere Bahnen zu lenken, und die ersten konstituierenden Arbeitssitzungen haben stattgefunden. Wir werden abwarten, wie sich die Dinge nun entwickeln. Ich gehe davon aus, daß er im Verein mit allen Beteiligten versuchen wird, den Zivil- und Katastrophenschutz aus seiner momentanen Identitätskrise herauszuführen und in Bundesregierung und Parlament ein ungeschminktes Bild der Situation vermitteln wird.

Das Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden der ARKAT, Klaus-Dieter Kühn, führte Peter Eykmann.

Auf dem richtigen Weg

Gelungener Start in der Diözese Dresden-Meißen – Breites Aufgabenfeld für die neuen Malteser-Stadtgliederungen

„Wahrung des Glaubens und Hilfe den Bedürftigen“, unter der 900jährigen Tradition des Leitsatzes der Malteser-Ritter stand die Gründungsversammlung des Malteser-Hilfsdienstes in der Diözese Dresden-Meißen, Sachsen, am 21. November 1990. Daß viele Menschen bereit sind, diesem Leitsatz auch heute noch zu folgen, zeigen die in den vergangenen Jahren gebildeten Gliederungen des Malteser-Hilfsdienstes in Dresden, Annaberg-Buchholz, Zittau, Gera, Altenburg, Lobenstein, Bautzen und Leipzig, die das Wesen, den Sinn und das karitative Anliegen der Malteser in die Ost-Diözese tragen.

Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ besuchte die Diözesangeschäftsstelle Dresden, um sich über die inzwischen rund dreijährige Aufbauarbeit und den Stand des Malteser-Hilfsdienstes in der Diözese Dresden-Meißen zu informieren.

Hilfreiche Partnerschaften

Werner Müller, Leiter der Zentralen Schulungen im Generalsekretariat Köln, blickt zurück: „Unterstützt wurde der Aufbau der einzelnen Gliederungen in den Diözesen der neuen Bundesländer durch Ortsgliederungen der Malteser in Westdeutschland. Sie übernahmen Patenschaften, um den Start zu erleichtern. In der Anfangsphase betreute Franz-Josef Hebling, ehemaliger Diözesangeschäftsführer in Würzburg, alle neugegründeten Gliederungen in der Diözese Dresden-Meißen, die sich fast ausschließlich in den katholischen Pfarrgemeinden bildeten. Er war Ansprechpartner in allen Fragen des Aufbaus.“

Daneben habe das Generalsekretariat in Köln den Führungskräften in den neuen Diözesen in einwöchigen Seminaren einen Einblick in die ver-

schiedenen Dienste des Malteser-Hilfsdienstes gegeben. Diese Information sei Grundlage gewesen für die Aufbauarbeit in den einzelnen Stadtgliederungen. „In einem weiteren Schritt wurden dann, nachdem sich Ortsgliederungen gebildet hatten, für den gesamten Bereich Ostdeutschlands hauptamtliche Diözesangeschäftsstellen installiert und mit Geschäftsführern besetzt. Hinzu kam für jede Geschäftsstelle ein Ausbildungsreferent, der sowohl für die Schwesternhelferinnen-Ausbildung als auch für die Breitenausbildung zuständig ist. Eine Anschubfinanzierung durch die Zentrale in Köln ermöglichte die Arbeit der Geschäftsstellen.“

Breites Aufgabenfeld

Der konkrete Dienst der Malteser an Hilfebedürftigen begann z. B. in

der Stadtgliederung Dresden mit dem Einsatz eines Behindertenfahrzeuges und Essen auf Rädern. Etwas später engagierten sich die Malteser im Rettungsdienst und Krankentransport der Stadt. Hinzugekommen sind inzwischen die Aufgabenfelder Mobile Soziale Dienste, Hausnotruf, Seniorenbetreuung und erweiterter Katastrophenschutz sowie die Ausbildungsprogramme: Erste Hilfe, Lebensrettende Sofortmaßnahmen, Betriebssanitäter und Schwesternhelferinnen.

Die personelle Ausstattung im Diözesanbereich besteht, verteilt auf die einzelnen Stadtgliederungen, aus 51 hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, 25 Zivildienstleistenden sowie 14 sogenannten Stundenkräften. Ihnen steht ein Fahrzeugpark mit 23 Personenkraftwagen, sechs Krankentransportwagen, zwei Rettungswagen und 16 Behindertenfahrzeugen zur Verfügung.



Auf die Lehrgangsteilnehmerinnen wartet ein kompakter Unterrichtsstoff.

„Die Schwerpunkte unserer Arbeit liegen zur Zeit im Rettungsdienst und den Sozialen Diensten“, sagt Diözesangeschäftsführer Herbert Reichel, „wobei die intensive Betreuung und materielle Unterstützung durch die westliche Partnerdiözese und die Partnergliederungen uns hier sehr helfen.“

Zum Beispiel Schwesternhelferinnen-Ausbildung

Neben diesen Schwerpunkten hat auch die Ausbildung von Schwesternhelferinnen in der Diözese Dresden-Meißen einen hohen Stellenwert. Wie sich die Aufbauarbeit in diesem Aufgabenfeld gestaltet, soll im folgenden aufgezeigt werden.

Die Rechtsgrundlage dieser Ausbildung ist das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 14. Februar 1990. Hier heißt es im Paragraphen 13 c Abs. 2 „Erste Hilfe- und Schwesternhelferinnen-Ausbildung“ u. a.: „Der Bund fördert die Ausbildung...zu Schwesternhelferinnen durch den Arbeiter-Samariter-Bund, das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter-Unfall-Hilfe und den Malteser-Hilfsdienst...“

Die Basis für die Bewilligung und Verwendung der Bundesmittel für diese Aufgabe sind die „Grundsätze für die Aus- und Fortbildung von Schwesternhelferinnen“ in der Fassung vom 1. Oktober 1989. Hiernach gewährt der Bund im Rahmen der im Bundeshaushaltsplan jeweils zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Zuwendungen gemäß Paragraph 44 Bundeshaushaltsordnung (BHO) und den dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften sowie Nebenbestimmungen.

Nach diesen Grundsätzen werden die genannten Organisationen damit beauftragt, Freiwillige zu werben, um sie zu Schwesternhelferinnen aus- und fortzubilden. Gefördert werden nur Lehrgänge für Frauen, die das 17. Lebensjahr vollendet haben und nicht älter als 55 Jahre sind.

Das Ausbildungsziel

Die Ausbildung erfolgt mit dem Ziel, Schwesternhelferinnen bei öffentlichen Notständen als Hilfskräfte für das examinierte Krankenpflegepersonal in Hilfskrankenhäusern, Lazaretten und ähnlichen Einrichtungen

einsetzen zu können. Eingeschlossen ist die Mitwirkung im Sanitätsdienst der Bundeswehr.

Die Lehrgänge für Schwesternhelferinnen umfassen 28 Ausbildungstage.

Der theoretische Lehrgangsteil mit mindestens 110 Ausbildungsstunden kann zusammenhängend durchgeführt oder auf Tage bzw. Stunden aufgeteilt werden.

Das vierzehntägige Praktikum ist zusammenhängend in einem Krankenhaus zu absolvieren. Der gesamte Lehrgang muß innerhalb eines Jahres abgeschlossen werden und wird nach dem „Leitfaden für den Pflegedienst“ durchgeführt.

Der theoretische Unterricht umfaßt die Unterweisung in Erster Hilfe und Sanitätswesen, die Grundlagen der Anatomie und Physiologie sowie ausgewählte Themen der Grund- und Behandlungspflege in Theorie und Praxis. Rechtliche Grundlagen wie Schweigepflicht und Injektionsverbot gehören ebenso zum Inhalt wie die Impfprophylaxe, Seuchenhygiene, chemische Gefahren und Schäden durch radioaktive Strahlen. Abgerundet wird die Lehrgangskonzeption durch die Auseinandersetzung mit dem Thema „Umgang mit Schwerkranken und Sterbenden“.

Das vierzehntägige Krankenhauspraktikum erfolgt unter der Anleitung und Aufsicht von Ärzten und staatlich geprüftem Krankenpflegepersonal. Die Teilnehmerinnen werden in allen Aufgabenbereichen entsprechend der theoretischen Ausbildung unterwiesen. Sie erhalten durch die ausbildende Organisation nach erfolgreicher Beendigung des Lehrgangs einen Schwesternhelferinnen-Ausweis.

Die Schwesternhelferinnen sollen nach der Ausbildung mindestens alle zwei Jahre zur Teilnahme an einer Fortbildungsveranstaltung zur Erhaltung, Festigung und Erweiterung der erworbenen Kenntnisse eingeladen werden. Die Fortbildung umfaßt sechs Unterrichtseinheiten und soll in einem ausgewogenen Verhältnis von Theorie und Praxis durchgeführt werden.

70 Prozent der Fortbildung dient der Wiederholung des während der Ausbildung vermittelten Wissens und 30 Prozent stehen für die Vermittlung von neuen Methoden und Erkenntnissen aus dem Bereich der allgemeinen Krankenpflege zur Verfügung.

Der erste Lehrgang

Konstanze Walter, Diözesanausbildungsreferentin in der Geschäftsstelle Dresden, berichtet vom Beginn ihrer Arbeit in der Diözese: „Anfangen haben wir im Herbst 1991 mit der Werbung für die Schwesternhelferinnen-Ausbildung per Aushang in den katholischen Pfarrgemeinden. Na ja, wir waren enttäuscht, weil so gar keine Resonanz kam. Besser wurde es erst, als wir über die Presse zu Lehrgängen eingeladen hatten. Jetzt riefen Frauen an und wollten mehr wissen über diese Aufgabe. Wir verschickten Informationsblätter mit Anmeldeformularen und waren stolz, unseren ersten Lehrgang am 11. März 1992 in Dresden mit elf Teilnehmerinnen füllen zu können.“

Die Ausbildung erfolgte durch eine ehrenamtliche Mitarbeiterin. Alle Teilnehmerinnen konnten nach der theoretischen Schulung ihr Praktikum am katholischen Krankenhaus St.-Josef-Stift in Dresden absolvieren.

„Der Pilotlehrgang kam bei den Frauen gut an. Etwas überrascht waren sie von dem kompakten Unterrichtsstoff. Das vierzehntägige Praktikum fanden die meisten zu kurz. Gerne hätten sich die angehenden Schwesternhelferinnen etwas länger in die Praxis eingearbeitet“, sagte Konstanze Walter.

Noch im Jahr 1992 folgten insgesamt sieben weitere Lehrgänge in Dresden, Gera und Zittau mit 93 Teilnehmerinnen.

Für die Ausbildung stehen inzwischen zwölf Lehrkräfte (Ärzte, Krankenschwestern, Pfleger) auf Honorarbasis sowie mehrere ehrenamtliche Ausbilder zur Verfügung.

In diesem Jahr führte die Diözesangeschäftsstelle bis Ende Juli weitere fünf Schwesternhelferinnenlehrgänge durch. Im Frühjahr wurde auch zu mehreren Fortbildungsveranstaltungen eingeladen. „Die Resonanz war positiv; rund 40 Prozent der eingeladenen Schwesternhelferinnen nahmen an der Fortbildung teil, was weit über dem Bundesdurchschnitt liegt“, freut sich Konstanze Walter.

Für die Zukunft hofft die Ausbildungsreferentin, daß sich aus den Reihen der fertigen Schwesternhelferinnen ehrenamtliche Mitarbeiterinnen finden, die in den einzelnen Stadtgliederungen der Malteser den Aufgabenbereich Schwesternhelferinnen-Ausbildung selbständig übernehmen. So könnten die Ausbil-

dungszahlen erheblich gesteigert werden.

Ein schwieriger Anfang

Ein besonderes Problem spricht Werner Müller an: „Wir hatten und haben in Ostdeutschland große Schwierigkeiten, ausreichend Praktikumsstellen für die Lehrgangsteilnehmerinnen zu finden. Einige Krankenhäuser sind gar nicht bereit, Praktikantinnen aufzunehmen, andere wollen eine Praktikumsgebühr erheben. Durch ständige Aufklärungsarbeit versuchen wir, hier Abhilfe zu schaffen, was uns auch teilweise gelungen ist.“

Mit dem Stand der Ausbildungszahlen in den Ost-Diözesen ist Müller sehr zufrieden. Zwar sei es am Anfang schwierig gewesen, die Lehrgänge zu füllen, aber die Mund-zu-Mund-Propaganda habe dann bewirkt, daß inzwischen mehr Anmeldungen eingehen, als Lehrgänge durchgeführt werden können.

Der Mensch im Mittelpunkt

Zum Schluß des Besuchs in Dresden hat die Redaktion Gelegenheit, mit Teilnehmerinnen eines gerade laufenden Schwesternhelferinnenlehrgangs zu sprechen.

Katrin Brauner, Sekretärin und derzeit im Baby-Jahr, hat über eine Zeitungsanzeige zu den Maltesern gefunden. Sie wollte früher einmal Krankenschwester werden und interessiert sich deshalb für eine Ausbildung als Schwesternhelferin. „Man kann dies sicher einmal brauchen, sei es in der Familie oder in der Nachbar-



Katrin Brauner: „Ich habe viel dazugelernt.“

Konstanze Walter, Diözesanausbildungsreferentin in Dresden, und Werner Müller, Leiter der Zentralen Schulung im Generalsekretariat Köln, sind zufrieden mit den Ausbildungszahlen in der Ost-Diözese (Fotos: Sers)



schaftshilfe“, sagt Katrin Brauner. „Ich finde die Ausbildung sehr gut und habe nicht erwartet, daß wir hier so viel lernen. Vor allem die Erste-Hilfe-Schulung hat mir viel gebracht. Zwar habe ich vor zwei Jahren für den Führerscheinwerb bereits eine Kurzausbildung mitgemacht, aber hier wurde alles breiter behandelt, und ich habe viel dazugelernt.“

Auf eine eventuelle Mitarbeit bei den Maltesern angesprochen, antwortet Katrin Brauner: „Also jetzt möchte ich erst einmal im Praktikum ein bißchen reinschnuppern, wie das so ist, und dann muß ich nochmal darüber nachdenken. Aber ausgeschlossen ist es nicht.“

Anne Hein, Krankenhausseelsorgerin im Diakonissen-Krankenhaus Dresden, hat sich auch durch eine Zeitungsanzeige anregen lassen, einen Schwesternhelferinnenlehrgang zu besuchen. Sie ist mit dem Ablauf und dem Inhalt der Ausbildung sehr zufrieden. Zwar habe ihr der Lehrgang keine großen zusätzlichen Erkenntnisse gebracht, da sie ja in einem Krankenhaus tätig sei und früher Pharmazie studiert habe, aber als eine Auffrischung des Wissens sei der Lehrgang sehr wertvoll für sie.

Besonders wichtig ist ihr die stete Aussage der Malteser-Lehrkräfte, daß es um den Menschen geht. „Nicht, daß ich ganz detailliert weiß, wie z. B. das Herz aufgebaut ist, sondern daß ich mit der Angst der Patienten umgehen kann, Sterbebegleitung leisten kann, daß nicht nur die Krankheit im Mittelpunkt steht, sondern der ganze Mensch. Daß dies alles hier angesprochen wird, finde ich sehr gut und kommt mir auch in meinem Beruf entgegen.“

Sie würde sich freuen, sagt Anne Hein, bald zu einem Fortbildungs-

lehrgang eingeladen zu werden. „Sonst vergessen wir, die nicht in der Praxis stehen, schnell, was wir gelernt haben.“

Über eine Mitarbeit im ehrenamtlichen Bereich des Malteser-Hilfsdienstes habe sie auch schon nachgedacht. „Zwar bin ich mit anderen Aufgaben schon ziemlich ausgelastet, interessieren würde mich aber der Hausnotruf der Malteser. Hier könnte ich mir eine Mitarbeit gut vorstellen.“



Anne Hein: „Ich finde das Engagement der Malteser bemerkenswert.“

Zum Schluß meinte Anne Hein: „Ich finde das Engagement der Malteser bemerkenswert. Es gibt den Menschen in der ehemaligen DDR die Möglichkeit, sich anders, vielseitiger einzubringen. Wir waren früher in Schubladen eingeordnet, aus denen man nicht mehr herauskam. Die Vielfalt der heute möglichen Mitarbeit im ehrenamtlichen Bereich ist für uns neu. Deshalb wäre es wichtig, dies in der Werbung für eine Mitarbeit bei den Maltesern deutlich herauszustellen, um es den Menschen bewußt zu machen.“

– güse –

Tage der Freude und Freundschaft

198 Gruppen aus 23 Nationen am Start – Beeindruckende Leistungsschau im Wilmersdorfer Stadion

Und es zeigte sich wieder: Der Weg ist richtig! Internationale Begegnungen bauen Vorurteile ab, lassen Freundschaften wachsen, dienen der Verständigung. Das Konzept des Internationalen Technischen Komitees für Vorbeugenden Brandschutz und Feuerlöschwesen (CTIF) ging erneut auf. Die 10. Internationalen Feuerwehrwettkämpfe und der 9. Internationale Wettbewerb der Jugendfeuerwehren vom 11. bis 17. Juli förderten den Erfahrungsaustausch und die friedliche Zusammenarbeit unter den Feuerwehren aller Länder.

Treffpunkt für die vom CTIF alle vier Jahre durchgeführte „Feuerwehr-Olympiade“ war diesmal Berlin. Die deutsche Hauptstadt hatte sich gut vorbereitet auf die weit über 2000

Feuerwehrfrauen und -männer sowie Jugendfeuerwehren aus 23 europäischen Nationen. Das größte Teilnehmerfeld, das in der Geschichte der Wettbewerbe je an den Start gegangen ist. Die im vergangenen Jahr auf neuesten baulichen und technischen Stand gebrachte Sportarena Berlin-Wilmersdorf war dann auch der richtige Rahmen für den beeindruckenden Einmarsch aller Teilnehmer und Wettkampfrichter zur feierlichen Eröffnung am Mittwoch, dem 14. Juli. Die mit viel Beifall empfangenen Wettkampfmannschaften formierten sich zu einem offenen Rund und boten ein farbenfrohes, eindrucksvolles Bild. Die unterschiedlichen Uniformen und Helme, die zahlreichen Fahnen der Nationen, die schmissige

Musik waren Glanzlichter des gelungenen Auftakts der „Feuerwehr-Olympiade“.

Tage des Kennenlernens

Nach dem Einmarsch begrüßte der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Hinrich Struve, die Wettkampfgruppen. Er wünschte sich, daß diese Veranstaltung neben den Wettbewerben auch die Verbindung der Menschen über die Grenzen hinaus schaffe. „Nutzen Sie deshalb diese Tage in Berlin zum Kennen- und Verstehenlernen, und lassen sie es erlebnisreiche Tage beim fairen sportlichen Wettkampf sein.“

Ein beeindruckendes Bild: 198 Gruppen aus 23 Nationen nehmen Aufstellung zur Eröffnungsfeier.

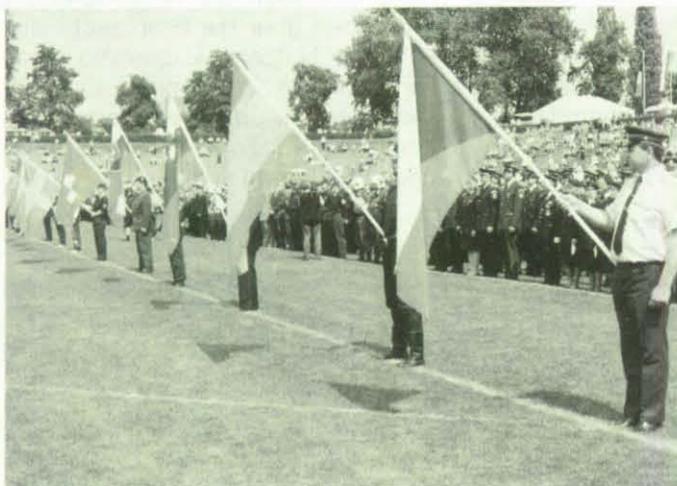




Die deutsche Delegation beim Einmarsch.



Mit Charme und Chic: die niederländischen Feuerwehrfrauen an der Spitze ihrer Mannschaft.



Die Fahnenträger der teilnehmenden Nationen.



Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen und DFV-Präsident Hinrich Struve heißen die Teilnehmer herzlich willkommen.

CTIF-Präsident Gunnar Haurum betonte in seiner Rede, daß die Harmonisierung des technischen Standards der Feuerwehren im zusammenwachsenden Europa eine besondere Bedeutung habe. Um dies auf den Weg zu bringen, müsse man sich aber erst kennenlernen. Die Tage in Berlin würden hierfür reichlich Gelegenheit geben. Er appellierte an alle Teilnehmer der Wettbewerbe, die Zeit intensiv zu nutzen.

Vorbildliches Beispiel

Berlin verbinde mit dieser „Feuerwehr-Olympiade“ drei Ideen, sagte der Schirmherr der Veranstaltung, Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen, in seiner Begrüßungsansprache. „Erstens möchte sich Berlin als guter Gastgeber präsentieren, als eine weltoffene, sportbegeisterte Stadt. Zweitens wollen wir den Feuerwehren aus vielen Ländern Europas und darüber hinaus auch ein Stück Dank sagen für die schwierige Arbeit, die die Feuerwehr tagtäglich zu leisten hat, eine Arbeit im Geiste der Humanität. Drittens wollen wir einen Beitrag leisten zum Zusammenwachsen Europas. Diese Wettkämpfe sollen Gelegenheit bieten zum Kennenlernen, zur Harmonie unter allen Feuerwehrleuten.“

Man freue sich, daß sich in Berlin Menschen aus 23 Nationen treffen, die in den nächsten Tagen ihre Kräfte messen und ihr Können unter Beweis stellen. Dabei werde sicherlich eindrucksvoll die Leistungskraft und die Geschicklichkeit der Feuerwehren aller Nationen demonstriert. Der Wettstreit sei ein vorbildliches Beispiel für die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg.

Mit den Worten: „Ich wünsche allen Teilnehmern sowie Gästen schöne Tage in Berlin und spannende Wettkämpfe. Mögen die Besseren gewinnen“, eröffnete Diepgen die Wettbewerbe.

Erste Wettkämpfe 1961

Der erste internationale Wettbewerb des CTIF fand anlässlich des 23. Deutschen Feuerwehrtages vom 21. bis 26. Juli 1961 in Bonn-Bad Godesberg statt. Damals bestand der Feuerwehrwettkampf aus den Disziplinen Löschangriff und 450-m-Stafellauf. Zu diesem Zeitpunkt gingen



Einige Sekunden Konzentration kurz vor dem Startpfeiff.



Die Gruppe stürmt los, Anfeuerungsrufe begleiten sie.



Die Saugschläuche sind angekuppelt und werden mit der Halteleine gesichert. Präzision und Schnelligkeit bringen Punkte.

noch keine Frauen an den Start. Sie wurden erst 1966 zugelassen.

Auf Initiative des Nationalen Komitees der Tschechoslowakei nahm das CTIF ab 1973 die bei den tschechoslowakischen Feuerwehren üblichen Sportwettkämpfe mit in das Wettbewerbsprogramm auf. Hier müssen Mannschaften mit je zehn Wettkämpfern die Disziplinen 100-m-Hindernislauf, Aufstieg mit Hakenleiter, 4 mal 100-m-Hindernisstaffel und Löschangriff (naß) absolvieren. Der Sportwettkampf wurde bald zum Höhepunkt der Wettbewerbe.

Der 1. Internationale Jugendfeuerwehrwettbewerb des CTIF fand vom 20. bis 24. Juli 1977 in Luxemburg mit den Disziplinen Feuerwehrhindernisübung und 400-m-Staffellauf mit Hindernissen statt.

Am „traditionellen“ Feuerwehrwettkampf beteiligten sich diesmal 135 Männer- und 15 Frauenmannschaften. Das Teilnehmerfeld für die Sportwettkämpfe war belegt mit 16 Mannschaften, bei den Jugendwettbewerben starteten 32 Teams.

Deutschland war in Berlin vertreten mit zehn Männer- und zwei Frauen-

gruppen sowie zwei Mannschaften der Jugendfeuerwehr. Die einzelnen Wettkampfmannschaften waren durch Bundesausscheidungen ermittelt worden.

Ihrem Gesamtalter entsprechend, werden alle Wettkampfgruppen in zwei Wertungsklassen eingeteilt. Unterschieden wird auch in Berufsfeuerwehren und Freiwillige Feuerwehren.

Im Kampf um Zeit und Punkte

Es ist soweit, die offiziellen Reden sind beendet, der Ausmarsch der Delegationen ist abgeschlossen, die ersten Akteure fiebern dem Wettkampf entgegen. Die unermüdlichen Helfer der Berliner Feuerwehr haben gerade die Vorbereitungen für den traditionellen „Löschangriff trocken“ beendet, als schon die ersten Wettkampfmannschaften den Rasen betreten und sich auf die einzelnen Stationen verteilen. Alles ist gespannt: Wie schnell werden die ersten Zeiten sein?

Nach der Meldung beim Hauptbewerber läuft der Countdown für die Gruppe. Pingelig genau werden als erstes die Roll- und Saugschläuche, der Verteiler, die Anschlüsse der Tragkraftspritze geprüft. Ein Probekuppeln zeigt, ob es Hemmnisse gibt, denn es geht um Bruchteile von Sekunden. Dann wird alles auf den Millimeter genau für den Start bereitgelegt. Die Gruppe tritt erneut an, meldet sich bereit für den Löschangriff.

Noch einige Sekunden Konzentration, ein gellender Pfeiff, die Mannschaft stürmt los. Die Aufgaben sind genau verteilt. Jetzt muß sich zeigen, ob das Zusammenspiel des Teams perfekt abläuft.

Blitzschnell kuppeln die Wehrmänner die einzelnen Saugschläuche an, sichern sie mit der Halteleine. Die B-Leitung wird verlegt und am Verteiler angeschlossen. Von hier aus werden zwei C-Leitungen nach vorne gebracht, die Angriffstrupps kuppeln die Strahlrohre an, und schon reißt der Gruppenführer den Arm hoch. Das Zeichen für die Kampfrichter, die Uhr zu stoppen, der Löschangriff ist beendet. Die Anfeuerungsrufe der fachkundigen Zuschauer verstummen, Applaus kommt auf für die gekonnte Leistung.

Schnell ist die Zeit ermittelt, aber sie sagt noch nichts aus. Bange Minuten des Wartens für die Akteure,



Das Maskottchen ist immer dabei. Hoffentlich bringt es Glück.

denn Schnelligkeit ist nicht alles. Auch die Präzision der Ausführung zählt, jeder Fehler kostet wertvolle Punkte. Alle Augen verfolgen die Kampfrichter, die die Strecke abgehen. Dann der erlösende Satz: „Keine Fehler!“ Ein Aufschrei geht durch die Mannschaft, Arme und Helme fliegen hoch, geballte Fäuste strecken sich in den Himmel: Geschafft! – Ohne Fehler ist man zumindest im oberen Drittel der ersten Wertung. Jetzt heißt es noch, eine gute Zeit im 450-m-Staffellauf zu erzielen.

Der harte Knall des Startschusses hallt im Stadion wider. Der erste Staffellaufer spurtet los. Nach jeweils 50 Metern wechselt das Strahlrohr die Hand, der nächste Läufer stürmt weiter. Die Kriechstrecke stellt sich in den Weg. Kein Problem, oft geübt. Im vollen Lauf wirft sich der Sprinter in die Röhre, durchfliegt sie regelrecht, Applaus begleitet ihn. Die Anfeuerungsrufe werden lauter. Es geht über die Eskaladierwand. Jeder gibt sein Bestes. Noch wartet das letzte Hindernis. Nur nicht abrutschen, der Schwebebalken ist schmal. Es klappt, der letzte Läufer schmeißt sich ins Ziel, die Stoppuhr bleibt stehen.

Völlig ausgepumpt warten die neun Wettkämpfer auf die Zeitangabe. Ob es reicht, wird sich erst später zeigen. Jedenfalls ist man durch, beide Wettkampfteile sind absolviert. Jetzt ist genügend Zeit, um die anderen Mannschaften zu beobachten, mit der stillen Hoffnung, daß man am schnellsten war.

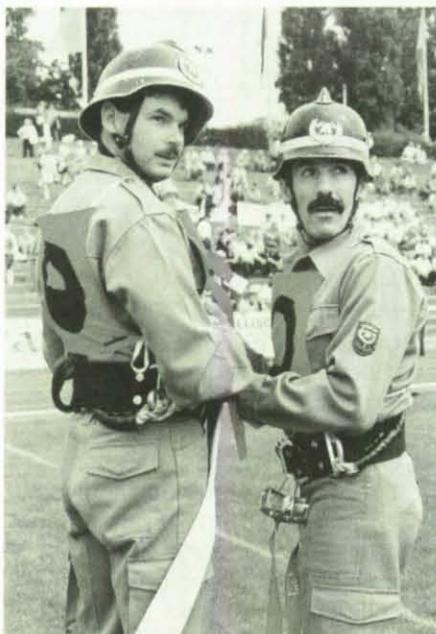
Am späten Nachmittag des ersten Wettkampftages stehen die ersten Jugendmannschaften auf dem Stadionrasen. Ihr Leistungsvergleich beginnt. Auch er ist zweigeteilt. Im ersten Part gilt es, die Feuerwehrhindernisübung schnell und fehlerfrei zu bewältigen, anschließend treten jeweils zehn Wettkämpfer zum 400-m-Staffellauf mit Hindernissen an. Es fehlt nicht am nötigen Ernst. Die Gesichter sind angespannt, der Wille zum Sieg ist ihnen anzusehen. Wenn's mal nicht so klappt, fließen Tränen. Tröstender Beifall von den Rängen hilft dann über die Enttäuschung hinweg. Sind die gestoppten Zeiten gut, ist der Jubel groß. Das Team fällt sich in die Arme, die Begeisterung kennt keine Grenzen. Mit strahlenden Augen marschiert die Gruppe stolz aus dem Stadion. Wer freut sich da nicht mit!

Zwei deutsche Frauengruppen

Der nächste Tag beginnt mit dem 100-m-Hindernislauf, die erste Disziplin des mit Spannung erwarteten Feuerwehrsportwettkampfs. Sieben Mannschaften der Freiwilligen Feuerwehren sowie neun Gruppen der Berufsfeuerwehren treten an. Jeder Starter hat zwei Läufe. Auch hier Spannung, Dramatik, der Kampf um die besten Zeiten.

Gegen Mittag laufen die „traditionellen“ Wettkämpfe weiter. Am Start nun auch die Frauenmannschaften. Mit dabei die beiden deutschen Frauengruppen aus Bienenbüttel und Wenden-Hillmicke. Verena Wöheing, Oberfeuerwehrassistentin bei der Freiwilligen Feuerwehr Bienenbüttel, zeigt sich vor dem Wettkampf opti-

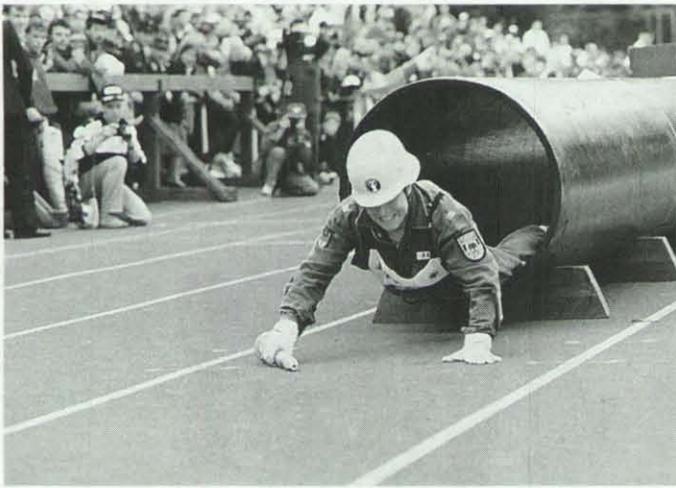
Eine der Südtiroler Mannschaften. Sie waren auch bei den vergangenen Wettkämpfen immer mit an der Spitze der Wertungen.



Ein sorgenvoller Blick nach hinten: Ist der Angriff fehlerfrei?



Glücklich! Die gestoppte Zeit ist Spitze.



Die Kriechstrecke beim Staffellauf: eine Röhre, die hier gekannt „durchfliegen“ wird.



Das Strahlrohr ist übergeben, der nächste Läufer stürmt los.



Der Schwebebalken ist das schwierigste Hindernis beim Staffellauf im Sportwettkampf.

Die Eskaladierwand stellt sich in den Weg. Oft wird hier Zeit verloren.



Lautstark werden die Mannschaften von ihren Fans angefeuert.



Der Endsprint beim 100-m-Hindernislauf.

Zeitkontrolle nach dem Löschangriff. Der deutsche Wettkampfteilnehmer scheint zufrieden zu sein.



mistisch: „Wir haben uns lange vorbereitet und in der Woche zweimal geübt. Die Chancen stehen nicht schlecht, diesmal wieder eine Goldmedaille zu gewinnen. Mit fast der gleichen Gruppe ist uns dies vor vier Jahren in Warschau gelungen. Wir hoffen heute, ein zweites Mal Gold zu holen.“

Mit einer Zeit von 46,8 Sekunden sind die Bienenbütler dann auch mit Abstand die besten im Löschanriff. Der Jubel ist groß. Dann die Ernüchterung beim Staffellauf. Zwei Frauen patzen, zehn Fehlerpunkte, Goldmedaille ade. Aber zum 6. Platz und einer Silbermedaille reicht es zuletzt doch noch. Wenden-Hillmicke erkämpft sich den siebten Platz und ebenso Silber.

Zum Schluß des zweiten Wettkampftages treten die Läufer der 4 x 100-m-Hindernisstafel des Sportwettkampfs an. Sie bringen erneut Spannung und Dramatik ins Stadion.

Publikumsrenner Hakenleitersteigen

Der letzte Wettkampftag beginnt mit einem Knüller: Aufstieg mit der Hakenleiter. Die spektakuläre Disziplin zieht die Zuschauer wie ein Magnet an. Die besten Feuerwehrsportler der Welt erreichen nach 32,25 Meter Anlauf mit der vier Meter langen und neun Kilogramm schweren Hakenleiter die dritte Etage des ca. elf Meter hohen Übungsturms in weniger als 14 Sekunden. Den Weltrekord im Hakenleitersteigen hält mit 13,32 Sekunden der Russe Kostenko bereits seit 1985.

Bei der Einzelwertung der Freiwilligen Feuerwehren hat an diesem Tag Sven Küther, Berlin, die Nase vorn. Mit einer Zeit von 15,09 Sekunden führt er die Siegerliste an. „Es ist mir zumindest im zweiten Lauf gelungen, die Leistung auf den Punkt zu bringen. Na ja, es ist ja auch meine ‚Schokoladendisziplin‘ in diesem Wettkampf“, freut sich Küther.

Bei den Berufsfeuerwehren sind die Russen nicht zu schlagen. Sie gewinnen die Mannschaftswertung souverän. Schnellster Wettkämpfer ist hier Sergej Bakirov, seine Zeit 14,38 Sekunden.

Abgeschlossen werden die Wettkämpfe am Nachmittag mit der vierten Disziplin des Feuerwehrsportwettkampfs, dem „Löschanriff naß“.

Anschließend geht es locker zu, die Entscheidungen sind gefallen, die

Kurz vor dem Wettkampf: Die Jugendgruppe beschwört den Teamgeist.



Große Konzentration ist erforderlich, um mit dem Strahl der Kübelspritze eine Zielscheibe zu treffen.



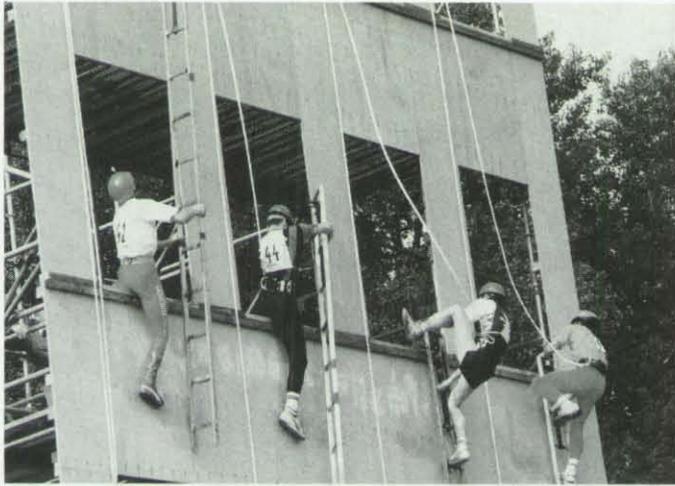
Neben Freudentränen gibt es auch Tränen der Enttäuschung und Wut über verlorene Punkte.



Geschafft! Die Begeisterung ist groß, auch bei den Fans.



Einer der Höhepunkte des Wettkampfs: das spektakuläre Hakenleitersteigen.



Spannung und Dramatik beim Löschangriff naß.



Glanz und Flitter – ein charmanter Rahmen bei der Siegerehrung.



Bei der Feuerwehrschaу zeigen Mitarbeiter der Feuerwehrschule Berlin in historischen Uniformen, was alles bei einem Löscheinsatz schiefehen kann. (Fotos: Sers)



Spannung der Wettkämpfer läßt nach. Alle freuen sich jetzt auf die große Feuerwehrschaу im Sportstadion. Der bunte Show-Reigen mit Fahنشwinger, nicht so ganz ernst gemeinten Vorführungen aus dem Wettkampfprogramm der vergangenen Tage, Demonstration eines Rettungseinsatzes nach einem Verkehrsunfall, die Ankunft des Rettungshubschraubers u. v. m. runden die „Feuerwehr-Olympiade“ ab.

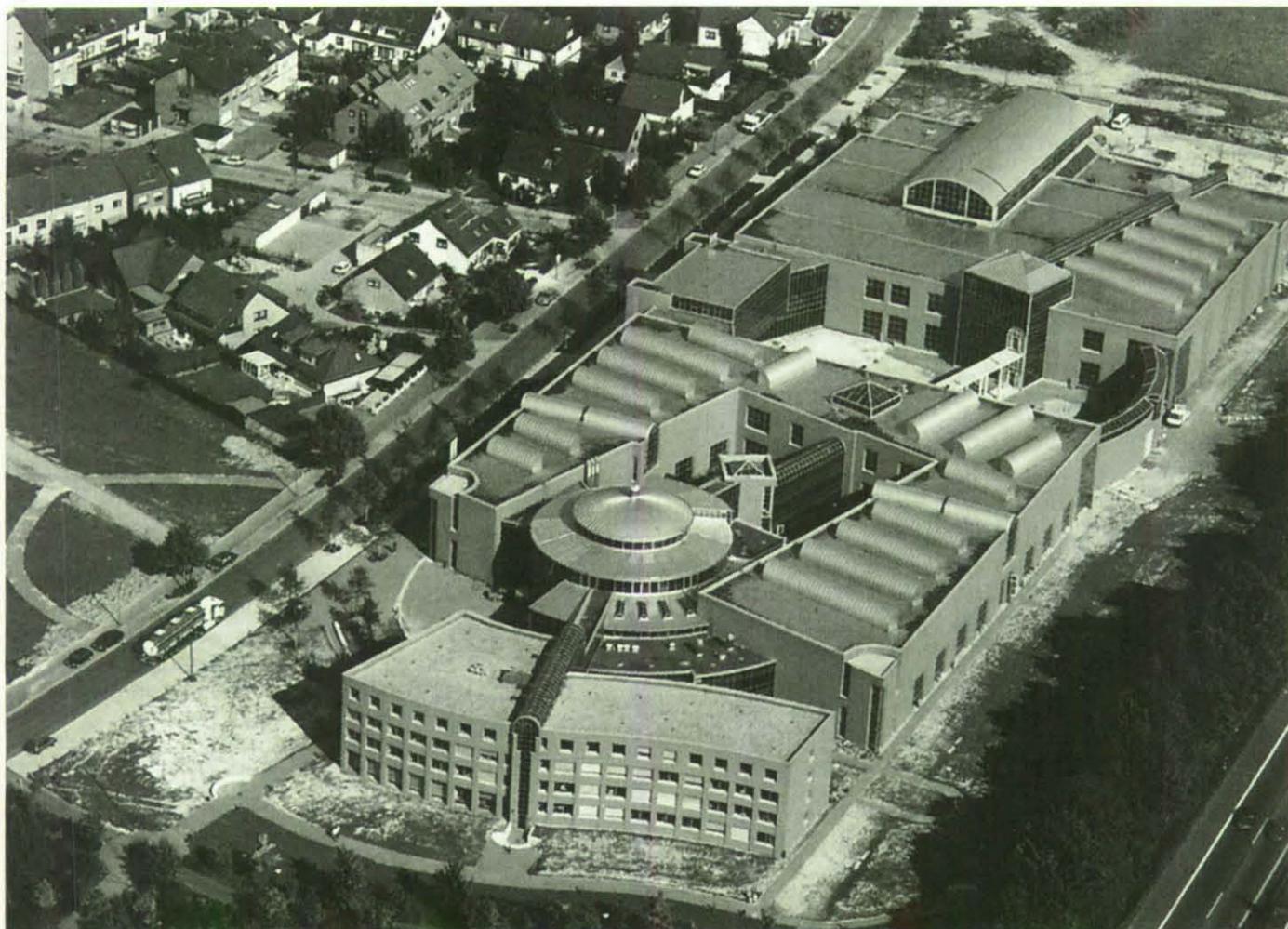
Zur Verständigung beigetragen

Am Samstag morgen wiederholt sich das beeindruckende, farbenfrohe Bild der Eröffnungsveranstaltung. Alle Wettkampfgruppen sind erneut im Stadion zur Schlußkundgebung und Siegerehrung angetreten. Seine Abschiedsgrüße und seinen Dank an alle Mitwirkenden verbindet DFV-Präsident Hinrich Struve mit der Feststellung, daß die Wettkampfteilnehmer zur Verständigung untereinander beigetragen hätten und damit „ein gutes Stück für unser Europa geleistet haben“. Fairneß und Toleranz seien die Inhalte der Wettbewerbe gewesen. „Ich bitte Sie, machen Sie diese beiden Worte auch zum Inhalt Ihres Handelns.“

Anschließend sprechen Staatssekretär Armin Jäger und CTIF-Präsident Gunnar Haurum Worte des Dankes und der Freude über die gelungene „Feuerwehr-Olympiade“ in Berlin. Das Schlußwort hat der Bürgermeister der dänischen Stadt Herning. Er ruft den Mannschaften zu: „Ich freue mich, Sie im Juli 1997 zu den nächsten Feuerwehrowettkämpfen in Herning begrüßen zu können.“

- güse -

Weitere Berichte über die Veranstaltungen in Berlin sowie über die Plazierungen der Wettkampfmannschaften finden Sie auf den Seiten des DFV in diesem Heft.



Die Deutsche Arbeitsschutzausstellung (DASA) in Dortmund öffnet im November ihre Pforten

Arbeitsschutz zum Anfassen

„Der Mensch ist wichtiger als die Sache!“

„Arbeitsschutz zum Anfassen und Ausprobieren ist einprägsamer als manche Seite bedruckten Papiers“, so Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in seinem Grußwort an die Adresse der Deutschen Arbeitsschutzausstellung (DASA) in Dortmund. Nach dem ersten Spatenstich am 1. Dezember 1986 konnte Blüm Anfang 1993 die erste von zehn geplanten Ausstellungseinheiten (AE) der Öffentlichkeit vorstellen.

In unmittelbarer Nachbarschaft zu ihrem Mutterhaus, der Bundesanstalt für Arbeitsschutz, entstand mit der DASA ein in Europa einzigartiges Projekt. Auf 13 000 Quadratmetern Ausstellungsfläche versucht man, den Besuchern begreifbar zu machen, daß Arbeitsschutz mehr ist als das Befolgen von Geboten und Verboten. Aus diesem Grund beschreitet die DASA einen neuen Weg. Mit modernsten pädagogischen, didaktischen, ausstellerischen, aber auch

künstlerischen Mitteln versucht sie, den Besucher über Empfindungen und Erlebnisse für ihre Botschaften zugänglich zu machen.

Fertigstellung im Jahr 2000

In erster Linie wendet sich die Ausstellung an Schüler, Studenten, Sicherheitsfachkräfte und weiteres Fachpublikum aus der Arbeitswelt.

Schon das DASA-Gebäude sorgt für „Durchblick“. Der rote Klinkerbau mit Stahldachkonstruktion und großzügig verglasten Fassadenflächen läßt bewußt Einblicke von außen zu. Klar, schnörkellos und funktional nimmt er Elemente klassischer Industriebauten auf. Bis zum Jahr 2000 sollen alle bisher vorgesehenen Ausstellungseinheiten installiert sein.

Die Ausstellungskonzeption wendet sich sowohl an Gruppen wie auch an Einzelbesucher. Führungen sind ebenso vorgesehen wie die individuelle Informationsaufnahme. Verschiedene Führungssysteme unterstützen Besucher bei ihrem Rundgang. Zum Beispiel bietet das Infrarotführungssystem per drahtlosem Kopfhörer Informationen über die Ausstellungseinheiten auf verschiedenen Kanälen

an. Dabei kann zwischen Programmen für Laien, Schüler, Studenten und Fachleuten gewählt werden. Umfangreiches Informationsmaterial und Datenbanken runden das Angebot an den Besucher ab.

Dominik Frachisse vom Besucherdienst der DASA: „Die Deutsche Arbeitsschutzausstellung ist kein Museum. Abstrakte Arbeitsschutzprobleme werden an Beispielen thematisiert und sollen auf diesem Wege den Besucher anregen. Jährlich erscheinen an die 4000 Berichte über Arbeitsschutz, die kaum jemand liest. Die Ausstellung soll die Menschen dazu bringen, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen.“

Nach der vorgesehenen, offiziellen Eröffnung am 7. November rechnet man mit etwa 600 bis 1000 Besu-

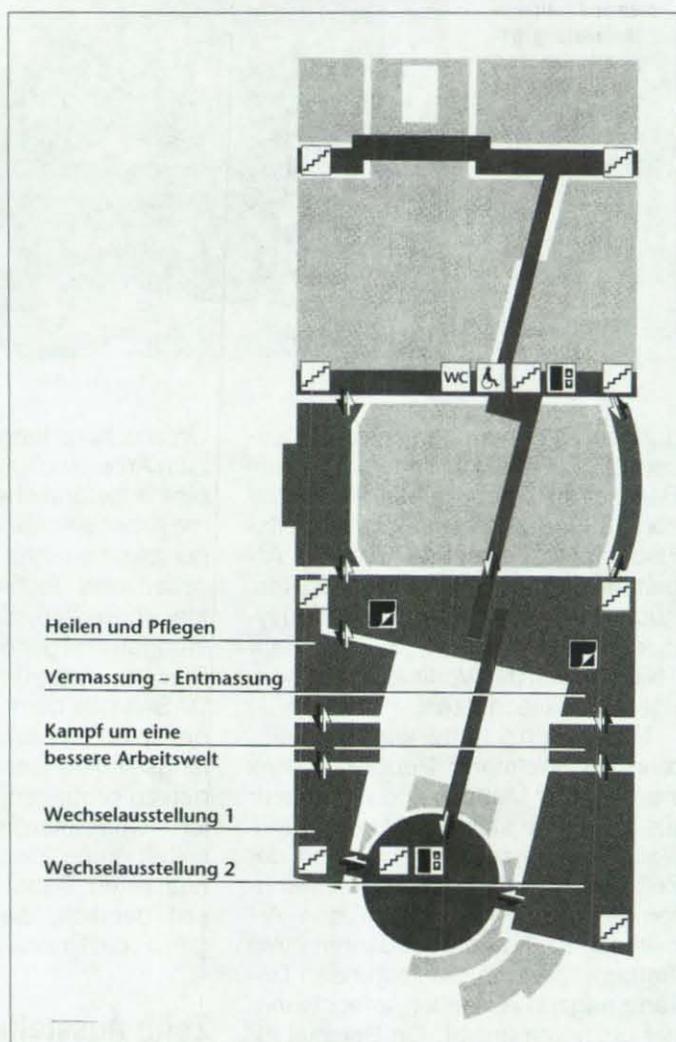
chern pro Tag. Diese Erwartung ist sicher nicht zu hoch gegriffen, denn Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz haben einen hohen Stellenwert in der modernen Industriegesellschaft. Dies hat dazu geführt, daß in den letzten 20 Jahren die beruflich bedingten Todesfälle um 63 Prozent zurückgegangen sind. Immer noch scheiden aber zwei Drittel aller Arbeitnehmer vor Erreichen des Rentenalters aus dem Berufsleben aus.

150 Jahre Unfall- und Arbeitsschutz

Seit dem 19. Jahrhundert gibt es Bestrebungen, durch Unfallverhütung und Arbeitsschutz die Bedin-



Übersichtsplan Erdgeschoß.



Übersichtsplan Obergeschoß.

 Information und Kopfhörerausgabe in der Rotunde

 Garderobe

 Besucheraufzug

 Treppe

 WC

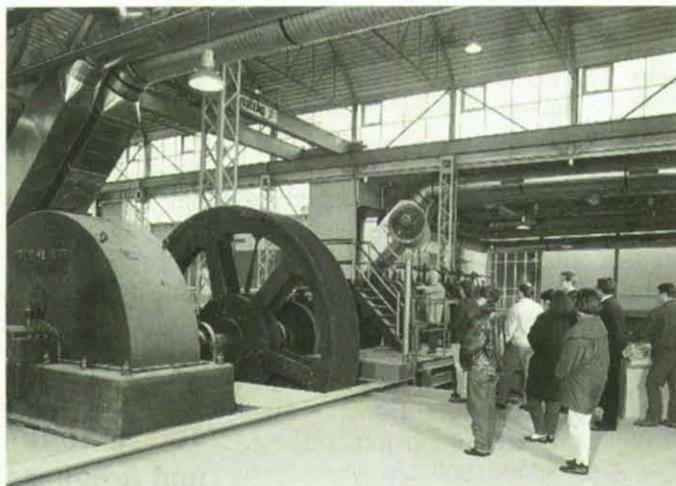
 Behinderten-WC

 Restaurant und Cafeteria

 Erste Hilfe

 Studienraum

Eine Walzstraße für mittelgroße Profile zeigt die Arbeit der Walzer in ihrer Entwicklung; Hitzearbeit an den Gerüsten, Steuerung der mechanischen Anlagen, Überwachung der automatischen Prozesse.



Ein Elektrostahlwerk mit einem 70-t-Lichtbogenofen und weiteren Ausrüstungsgegenständen führt in die Welt der Stahlkocher ein.



gungen für Arbeitnehmer zu verbessern. Erste Ansätze finden sich zum Beispiel im „Preußischen Regulativ“ von 1839, das sogenannte „Arbeitsinspektoren“ einsetzte, die die Arbeitsbedingungen überwachten. Auch die „Allgemeine Deutsche Hygiene-Ausstellung“ in Berlin im Jahr 1883 zählt zu den Vorläufern des heutigen Arbeitsschutzes.

Große Fortschritte konnten während der Weimarer Republik erzielt werden. Der Mensch und nicht mehr die Maschine stand im Vordergrund. Nach einer Stagnation während der Zeit des Nationalsozialismus erreichten die Bemühungen um den Arbeitsschutz in den 50er Jahren ihren Tiefpunkt. Erst in der folgenden Dekade begann ein neuer Aufschwung, der bis heute anhält. Ein Beispiel für die Neuerungen aus dieser Zeit ist das „Gerätesicherheitsgesetz“ von 1968.

Utopie idealer Arbeitsplatz

In 150 Jahren haben sich natürlich die Schwerpunkte verändert. Vom

Unfallschutz kam man immer mehr zum Arbeitsschutz. Heute strebt man eine ungefährliche und belastungsarme Arbeitswelt an. Das erfordert nicht nur die Korrektur erkannter Mängel. Arbeit und Technik müssen so gestaltet werden, daß neuartige Belastungen erst gar nicht mehr auftreten. Diesem Aspekt widmet sich die DASA unter dem Titel „Der ideale Arbeitsplatz“ in einer eigenen Ausstellungseinheit. Besucher sind eingeladen zu probieren, mit einem speziellen Computerprogramm für sich selbst einen idealen Arbeitsplatz zu erarbeiten. Dabei wird die Schwierigkeit deutlich, diese Idealvorstellungen in die Praxis umzusetzen.

Zehn Ausstellungseinheiten geplant

Neben der bereits bestehenden Ausstellungseinheit „Im Takt der Maschine“ werden zur Eröffnung im November auch die Themen „Am Bildschirm“ und „Im Wettlauf der neuesten Nachrichten“ fertiggestellt sein. Als weitere Themen sind vorgesehen:

- Unsichtbare Gefahren – gefährliche Stoffe am Arbeitsplatz;
- Transportieren und Befördern – Probleme der Arbeit bei Transport und Verkehr;
- Schuften in Schichten – Arbeit und Alltag in der Eisen- und Stahlindustrie;
- Heilen und Pflegen – die Gesundheit im Gesundheitswesen;
- Kampf um eine bessere Arbeitswelt – die Geschichte des Arbeitsschutzes;
- Vermassung/Entmassung – der Weg der Rationalisierung zur Kleinserienfertigung;
- Mehr Sicherheit am Bau – Arbeitsschutzprobleme in Hoch- und Tiefbau.

Viele dieser Ausstellungseinheiten sind in ihren Grundzügen bereits vorhanden und laden zum „Lernen durch Erleben“ ein. Arbeitsschutz soll in das Bewußtsein der Menschen dringen. So beispielsweise hören Besucher in einem „Lärmtunnel“ Geräusche, die bis an die Grenzbereiche der Gehörschädigung reichen. Im „Wirbelgang“ kann der Besucher Zwangshaltungen, wie sie zum Beispiel bei der Über-Kopf-Arbeit eingenommen werden, nachvollziehen. Betroffenheit wecken die ausgebrannten Überreste des Tanklastzuges, der 1987 die Katastrophe von Herborn verursachte. Eindrucksvoll werden die hohen Anforderungen an Mensch und Maschine durch dieses Beispiel veranschaulicht.

Die Informationsfülle ist kaum zu bewältigen. Dominik Frachisse: „Mit ein bis zwei Ausstellungseinheiten pro Tag ist die Grenze der Aufnahmefähigkeit bei den meisten Besuchern erreicht.“ Hilfestellung bieten die eingerichteten Studienzonen. In ihnen kann der Besucher in Ruhe das Erlebte verarbeiten oder mit Hilfe der vorhandenen Computerterminals in Gruppenarbeit vertiefen. Bei Bedarf stehen Tagungsräume zur Verfügung. Fachleute und Studenten können die umfangreichen Archive nutzen.

Mit der DASA geht die Bundesanstalt für Arbeitsschutz einen neuen Weg. In einer ihrer Broschüren heißt es: „Fortschritte im Arbeitsschutz kommen nicht von allein ... Arbeitsschutz muß erkämpft werden.“

Die DASA erfüllt alle Voraussetzungen, diesem Kampf um Arbeitsplätze, die nicht an der Technik, sondern am Menschen orientiert sind, neue Impulse zu verleihen.

M. B./R. B.

Das Anfangschaos bei der internationalen Katastrophenhilfe mindern

Erster UNDAC-Standby-Team-Lehrgang

Die Lehre von Armenien

Das große Erdbeben in Armenien vom 7. Dezember 1988 mit seinen gewaltigen Koordinierungsproblemen in der internationalen Katastrophenhilfe war nicht nur für die dort engagierten deutschen Hilfsorganisationen Anlaß zum Umdenken und Umstrukturieren ihrer Hilfeleistungen, sondern auch für die internationale Hilfsgemeinschaft.

Unter Federführung der „Abteilung Humanitäre Hilfe“ der Vereinten Nationen in Genf (Department of Humanitarian Affairs, DHA Geneva), wurde Dezember 1991 im deutschen Beuggen eine Unterorganisation von DHA Geneva gegründet, nämlich die International Search and Rescue Advisory Group (INSARAG). Gastgeber war das Auswärtige Amt. Ziel von INSARAG bildete die Festlegung von Mindestvoraussetzungen für Such- und Rettungsteams und die bessere Koordination der Hilfsmaßnahmen vor Ort einer Großkatastrophe. Treibende Kräfte von INSARAG sind die Mitteleuropäer (Schweiz, Österreich und Deutschland), die Skandinavier (Schweden, Norwegen, Finnland und Dänemark), die Briten, die US-Amerikaner und die Japaner.

In Münchenwiler (Schweiz) wurde im Januar 1993 Dipl.-Ing. Dietrich Lämpke, Auslandsreferatsleiter des THW, zum Chairman der Regionalgruppe Afrika/Europa gewählt. Auf dieser Veranstaltung gelang ein wich-

tiger Durchbruch, nämlich die Schaffung eines internationalen Koordinierungssystems.

UNDAC-Standby-Team

Kern dieses Koordinierungssystems bildet die Aufstellung eines UNDAC-Standby-Team (United Nations Disaster Assessment and Coordination) um die Koordination der internationalen Hilfe der plötzlichen Großkatastrophen zu verbessern. Diese Maßnahme wurde von allen Teilnehmern nachdrücklich befürwortet,

- weil alle bisherigen, plötzlichen auftretenden Großkatastrophen (einschließlich ERZINCAN) zeigen, das DHA-Geneva die entscheidenden Instrumente fehlen, um den internationalen Hilfsfluß effektiv zu koordinieren,
- weil die Erfahrungen der überwiegenden Anzahl plötzlicher Großkatastrophen aufzeigen, daß nationale Krisenstäbe große Schwierigkeiten schon allein mit Einschätzung der Schadenslage und Koordination der eigenen nationalen Hilfskräfte haben. Zu zweckmäßiger Koordination der internationalen Hilfe sind sie kaum in der Lage,
- weil einzelne internationale Rettungsteams oder sog. nationale Katastrophenkorps nicht autorisiert sind, Koordination der Hilfsteams anderer Nationen vorzunehmen.

Die an INSARAG beteiligten Länder wurden aufgefordert, bis zu fünf Kandidaten für den 1. UNDAC-Standby-Team-Lehrgang vom 27. Juni bis 9. Juli 1993 in Versoix bei Genf (Katastrophenschutzschule der Stadt Genf) zu benennen. DHA-Geneva wählte aus den Kandidaten 24 Teilnehmer aus. Hotelunterkunft und Verpflegung wurden von der Schweizer Regierung übernommen.

Bei den nächsten Lehrgängen ist beabsichtigt, verstärkt Teilnehmer aus katastrophengefährdeten Ländern der Dritten Welt zu berücksichtigen.

Lehrgangsziel

Ziel dieses Lehrgangs war die Schaffung eines Standby-Teams, das nach kurzer Alarmierung innerhalb von 24 Stunden bei einer plötzlich auftretenden Naturkatastrophe vor Ort sein kann (Alarmierung der deutschen Teilnehmer erfolgt über Lagezentrum AA). Vor Ort soll sofort mit der Erkundung und Einschätzung des Schadens begonnen werden. In Abstimmung mit der zuständigen Regierung soll – falls erforderlich – ein OSOCC (On-Site-Operations Coordination Centre) installiert werden. Die Koordination wird sich zunächst nur auf die eintreffenden internationalen SAR-Hilfsmannschaften beziehen. Grundlage für diese Koordinationsmaßnahmen bildet die VN-Resolution 46/182.

Lehrgangsthemen (Kurzfassung)

- Übersicht über das Disaster Management Team der VN (UNHCR, UNICEF, WHO, WFP, UNDP, u. a.), über das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, über die Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften und über Médecins Sans Frontières;
- Durchspielen eines Katastrophenszenarios mit verteilten Rollen und unter erheblichem Zeitdruck;
- Disaster Management bei Erdbeben, Flutkatastrophen, Wirbelstürmen und Vulkanausbrüchen;
- Bedeutung der kulturellen Einflüsse in der Katastrophenregion;
- Durchführung von Erkundungsmissionen;
- Einführung in die Telekommunikationsmittel des UNDAC-Standby-Teams;
- Verhalten bei Katastrophenstreß und entsprechenden traumatischen Auswirkungen;
- Verhalten gegenüber den Medien mit entsprechendem Videotraining;
- Stabsarbeit vor Ort.

Lehrgangsteilnehmer

24 ausgewählte, teilweise sehr qualifizierte Lehrgangsteilnehmer mit besonderer Auslandserfahrung aus acht Ländern (Dänemark, Deutschland, Finnland, Großbritannien, Norwegen, Österreich, Schweden und Schweiz) waren anwesend. Die deutschen Teilnehmer waren: Prof. Bernd Domres, Ralf Tiesler, THW, und Klaus Liebetanz (AA).

Als Beobachter wurden je ein Vertreter aus den Vereinigten Staaten und aus Kolumbien eingeladen.

Verlauf des Lehrgangs

Die Veranstaltung wurde durch zwei Dozenten des Disaster Management Centre der Universität Wisconsin (USA) moderiert, die mit einem sehr breiten Ansatz an ihre Aufgabenstellung gingen und die offensichtlich mit den europäischen SAR-Techniken weniger vertraut waren.

Zum zweiten kamen die Lehrgangsteilnehmer aufgrund ihrer bisherigen Erfahrung bei der Katastrophenhilfe aus zwei verschiedenen Richtungen, nämlich Search and Rescue (SAR) und Katastrophenhilfe mit entwicklungspolitischem Ansatz. Es bedurfte zu Beginn der 2. Woche eines Anstoßes von Teilnehmerseite, um das UNDAC-Konzept wieder auf die richtige Zeitschiene zu bringen. Es ging dabei u. a. um die Forderung, innerhalb von 24 Stunden im Katastrophengebiet präsent zu sein und um die entsprechende Bereitstellung von Kommunikationsmitteln zwischen Erkundern im Katastrophengebiet und der Einsatzzentrale vor Ort. Ferner wurde die Priorität in den ersten 48 Stunden auf SAR-Tätigkeiten festgelegt.

Zur Problematik des Koordinierens

Weniger problematisch erscheint die Koordinierung der eintreffenden internationalen SAR-Teams vor Ort einer Großkatastrophe. Diese Teams sind über jede Information dankbar, die ihnen hilft im Einsatzraum sinnvoll ihre speziellen Fähigkeiten einzusetzen, um Menschenleben zu retten. Sie sind weniger daran interessiert, zerstörte Gebäude zu durchsuchen, die bereits zum Xten Mal durch andere Rettungsteams inspiziert wurden, wie die Erfahrung der letzten großen Katastrophen zeigt. Positiv für eine Kooperation wirkt sich ferner aus, daß – dank INSASAG – sich die meisten Teamleiter persönlich kennen. Anders verhält es sich bei der Koordinierung der internationalen Lieferung von Hilfsgütern.

Obgleich DHA-Geneva durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN-Resolution 46/182) ermächtigt wurde – in Abstimmung mit dem betroffenen Land – die internationale Hilfe zu koordinieren, gestaltet sich diese Aufgabe aus folgenden Gründen äußerst problematisch (sehr verkürzte Übersicht):

- Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, daß einige Empfängerstaaten dazu neigen, mehr Interesse an der Lieferung von qualifizierten Hilfsgütern zu haben. Dabei ist nicht immer entscheidend, ob die gesamten Hilfsgüter sofort für die Opfer benötigt werden und ob die angeforderten Hilfsgüter in einem ursächlichen Zusammenhang mit der Katastrophe stehen.
- Manche Geberländer, die mit dem betroffenen Land gute Handelsbeziehungen unterhalten oder diese ausbauen wollen, werden sich durch Empfehlungen von DHA-Geneva nicht davon abhalten lassen, bestimmte Hilfsgüter zu liefern. In nicht wenigen Fällen wurde die Hilfe geradezu aufgedrängt.
- Nichtregierungsorganisationen, die aufgrund eigener Erkundung Hilfsgüter bereits beschafft haben, werden diese auch senden. Sie wollen gegenüber den Spendern nicht als inkompetent dastehen.
- Die verschiedenen UNO-Organisationen, wie UNHCR, UNICEF, WHO, WFP u. a. sind nicht sonderlich begierig von DHA-Geneva koordiniert zu werden. Sie fürchten um ihren Einfluß.

Alle Teilnehmer an der internationalen Katastrophenhilfe sprechen ständig von der dringenden Notwendigkeit einer Koordinierung der Hilfe, aber keiner will koordiniert werden. Das ist die gleiche Problematik, wie mit den Subventionskürzungen in der Bundesrepublik Deutschland. Jeder ist aus ordnungspolitischen Gründen für die Kürzung oder gar den Wegfall von Subventionen, jedoch nicht der eigenen.

Ferner setzt die Koordinierung durch DHA-Geneva voraus, daß bei einer vergleichbaren räumlichen Ausdehnung einer Katastrophe wie Armenien 1988 rasch Hunderte von Erkundern vor Ort sein müßten, um ein genaues Lagebild zu erhalten. Zahlen sind zu verifizieren. Koordinieren sollte nur der, der über ein genaues Lagebild verfügt. Es wäre falsch, einen Dilettantismus durch einen anderen zu ersetzen.

Besonders schwierig gestaltet sich die Koordinierung von Hilfsleistungen bei „komplexen Katastrophen“ (natürliche Katastrophe plus Bürgerkrieg), die zunehmend das Bild der gegenwärtigen Katastrophen prägen. Die Medien fordern zwar ständig lautstark eine bessere Koordinierung der Hilfe. Das ist jedoch – bei der Vielzahl der Probleme – leichter gesagt als getan.

Zukünftige Entwicklung von UNDAC

Die Zukunft des UNDAC-Standby-Teams hängt wesentlich von seiner Effektivität vor Ort ab. Das Team soll sich zunächst auf die Koordinierung internationaler SAR-Aktivitäten konzentrieren. Dieses Ziel erscheint erreichbar, wenn die Alarmierungsmechanismen zügig funktionieren und die entsprechenden weiterreichenden Kommunikationsmittel zwischen den einzelnen Erkundungsteams und dem OSOCC beschafft werden. Außerdem benötigt DHA-Geneva einen Einsatztitel, um ggf. Transportmittel, vor allem Hubschrauber, vor Ort anmieten zu können. Die derzeitigen UNDAC-Standby-Team-Mitglieder erscheinen geeignet, das angestrebte Ziel der Erkundung und Koordinierung zu gewährleisten. Die SAR-Großübung „Exercise '93“ in Wiener Neustadt vom 1. bis 6. September 1993 bietet dem UNDAC-Team Gelegenheit, sein Alarmsystem und seine Einsatzgrundsätze zu überprüfen.

Schlußfolgerungen

Mit dem UNDAC-Standby-Team-Lehrgang ist ein erster wichtiger Schritt getan worden, um bei einer plötzlichen, natürlichen Großkatastrophe das Anfangschaos unter den internationalen Helfern zu mindern. UNDAC ist jedoch kein Allheilmittel. Das Projekt erscheint förderungswürdig und sollte wie bisher nachhaltig finanziell durch das Auswärtige Amt unterstützt werden. Die VN-Institutionen hängen wesentlich von der Unterstützung durch die Mitgliedsstaaten ab. Kritik an der Uneffizienz der Vereinten Nationen ist immer dann besonders unfair, wenn man ihnen vorher die nötige Unterstützung versagt hat. Die Wirksamkeit des UNDAC-Systems sollte jedoch ständig überprüft werden, da bei der VN-Bürokratie wegen ihrer vielen Abhängigkeiten latent die Gefahr besteht, daß die o. a. Einrichtung zu einem ineffektiven Selbstläufer wird.

Mehr Sicherheit durch kontrollierte Abrüstung

Entwicklung vom Tag der Deutschen Einheit bis START II

3. Teil

Zur Abschließenden Akte der Verhandlungen über Personalstärken der konventionellen Streitkräfte in Europa im einzelnen

Begrenzung der Truppenstärken

Im 1. Abschnitt wird näher beschrieben, welche Truppen personell zu begrenzen sind.

Korrespondierend zum KSE-Vertrag ist militärisches Personal, das zu den Land- und Luftstreitkräften gehört.

Marinepersonal ist grundsätzlich von der „Akte“ nicht umfaßt, mit Ausnahme solcher landgestützter Marinetruppenteile, die über Waffensysteme verfügen, die im KSE-Vertrag zu reduzieren sind.

Einbezogen in die „Akte“ sind auch alle Reservisten, wenn sie – freiwillig oder gezogen – an mehr als 90 aufeinanderfolgenden Tagen Dienst in den Streitkräften tun.

Nicht unter die „Akte“ fällt Personal, das zwar in den Streitkräften dient, dessen Aufgabenerfüllung in Friedenszeiten aber der inneren Sicherheit dient, Personal, das sich nur vorübergehend im Vertragsgebiet aufhält (Transitpersonal) und schließlich Personal, das unter dem Befehl der „Vereinten Nationen“ steht.

Bestehen bei einem Teilnehmerstaat Unklarheiten bezüglich der Zuordnung des Personals bei Neuaufstellungen, kann er die „Joint Consultative Group“ = JCG oder auch „Gemeinsame Beratergruppe“ des KSE-Vertrags einschalten. Die JCG hat dann Prüfungen anzustellen und das geprüfte Personal dann zum Geltungsbereich der „Akte“ zuzuordnen oder, bei negativem Ergebnis, eben nicht.

Die einzelnen Kontingente

Jeder Teilnehmerstaat hat das unter die „Akte“ fallende Personal auf die nachfolgend dargestellten Kontingente zu begrenzen, was 40 Monate nach Inkrafttreten des KSE-Vertrags (9. November 1992 – die Frist läuft!) erreicht sein muß und darf nach diesem Zeitpunkt die festgelegten Kontingente nicht überschreiten (Abschnitt II der „Akte“). Die einzelnen Kontingente:

Die Republik Armenien, die Aserbaidschanische Republik, die Republik Belarus 100 000; das Königreich Belgien 70 000; die Republik Bulgarien 104 000; das Königreich Dänemark 39 000; die Bundesrepublik Deutschland 345 000; die Französische Republik 325 000; die Republik Georgien 40 000; die Griechische Republik 158 621; die Republik Island 0; die Italienische Republik 315 000; Kanada 10 660; die Republik Kasachstan 0; das Großherzogtum Luxemburg 900; die Republik Moldau, das Königreich der Niederlande 80 000; das Königreich Norwegen 32 000; die Republik Polen 234 000; die Portugiesische Republik 75 000; Rumänien 230 000; die Russische Föderation 1 450 000; das Königreich Spanien 300 000; die Tschechische und Slowakische Föderative Republik 140 000; die Republik Türkei 530 000; die Ukraine 450 000; die Republik Ungarn 100 000; das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland 260 000; die Vereinigten Staaten von Amerika 250 000.

Revisionsmöglichkeiten

Die Kontingente können nach oben und unten korrigiert werden. Die Revision „nach unten“ ist unproblematisch. Sie ist nur den Teilnehmern am Vertrag zu notifizieren.

Die Revision „nach oben“ ist ebenfalls allen zu notifizieren und zu be-

gründen. Jeder Teilnehmerstaat kann die Revision in diesem Fall hinterfragen.

Die revidierte Personalstärke wird, wenn kein formeller Einspruch von einem Teilnehmerstaat eingelegt wird, 42 Tage nach Übermittlung der Notifizierung wirksam.

Bei einem Einspruch kann jeder Staat um die Einberufung einer außerordentlichen Konferenz ersuchen, auf der alles geprüft und versucht wird, einen Beschluß über das künftige Kontingent herbeizuführen. Die außerordentliche Konferenz beginnt 15 Tage nach Eingang des Ersuchens und dauert höchstens drei Wochen, sofern sie nichts anderes (abweichendes) beschließt.

Informationsaustausch

Eine sehr detaillierte Informationsregelung bezüglich des unter die „Akte“ fallenden Personals verpflichtet die Teilnehmerstaaten zu entsprechenden Angaben.

Es handelt sich um Informationen, die jährlich zu erstatten sind.

Stabilisierende Maßnahmen

Auf Dauer angelegte Erhöhungen des Personals um 1000 Mann auf der Brigade- und um 500 Mann auf der Regimentsebene sind 42 Tage im voraus zu notifizieren.

Die Einberufung von Reservisten ist gleichfalls 42 Tage im voraus anzuzeigen, wenn aktives Personal und Reservisten die Gesamtzahl von 35 000 Mann überschreiten.

Die Notifikation ist nicht in das Belieben der Teilnehmer gestellt. Sie muß bestimmte Angaben enthalten und ist für Eilfälle modifiziert. Die Änderung von Unterstellungsverhältnissen ist ebenfalls unter bestimmten Voraussetzungen bekanntzugeben.

Verifikation/Evaluation

Um beurteilen zu können, ob die Personalbegrenzungen und die sonstigen Bestimmungen der „Akte“ eingehalten werden, werden die einschlägigen Bestimmungen des KSE-Vertrags angewandt.

Die „Akte“ enthält bereits Hinweise darauf, daß an weitergehenden Maßnahmen zur Abrüstung und Vertrauens- und Sicherheitsbildung gearbeitet wird.

Im übrigen erklären die Teilnehmer der „Akte“, daß sie bereit seien, gemeinsame Mittel und Wege zur Verfeinerung der im Wiener Dokument 1992 (s. u.) enthaltenen Bestimmungen über die Evaluation (Bewertung) zu prüfen.

Schließlich werden noch weitere Überprüfungsmechanismen in der „Akte“ geregelt.

Für die Zukunft wird nach Abschluß der KSE-Reduzierung das gesamte Personal der Land- und Luftstreitkräfte sowie Marineanteile mit vertragsbegrenztem Gerät den Obergrenzen unterworfen sein. Ein letzter Baustein des Verifikationsregimes im KSE-Vertrag werden Luftinspektionen sein. Sie sollen Anfang 1996, d. h. nach Einnehmen der vertraglich festgesetzten Obergrenzen, begonnen werden; ihre Einzelregelungen werden noch verhandelt.

Schlußbemerkung zur „Abschließenden Akte ...“

Durch die Teilung der Tschechoslowakischen Republik (ČSFR) zum 1. Januar 1993 galt es, das in der Akte für die Gesamt-ČSFR vorgesehene Militärpersonal auf die beiden neu entstandenen Republiken zu verteilen.

Das vollzog sich nach Meinung der Experten reibungslos. Im Vergleich zu den mit der Auflösung der UdSSR verbundenen Schwierigkeiten sei die Aufteilung im Falle der ČSFR fast problemlos gewesen.

Nunmehr ist die Personalstärke der konventionellen Streitkräfte für die Tschechische Republik mit 93 000 Mann, diejenige für die Slowakische Republik mit 46 500 Mann in einer bestimmten Frist, die bis spätestens 1996 reicht, zu beziffern.

Die Waffensysteme werden auch aufgeteilt.

Der amerikanische Chefunterhändler erklärte bei der Paraphierung der „Akte“ im Juli 1992 in Wien, es sei ein „enormer Meilenstein“ erreicht worden.

Die in der „Akte“ niedergelegten einzelnen Truppenstärken richten

sich nach denen, die ein Land für seine Verteidigung für nötig ansieht. Zwar erschienen einige Obergrenzen recht hoch, so der amerikanische Chefunterhändler, sie seien aber niedrig genug, um bewaffnete Aggressionen auszuschließen.

Unter solchen Aspekten ist die Akte in der Tat ein enormer Meilenstein auf dem Gebiet der Abrüstung und auch der Sicherheit allgemein. Die Bemühungen, den mit dem KSE-Vertrag und der Akte eingeschlagenen Weg fortzusetzen, bestehen auch für die Zukunft.

VII. Der „OPEN-SKIES-Vertrag“ oder Vertrag „Offener Himmel“

Der Vertrag „Offener Himmel“ wird in der militärischen Literatur als ein „Meilenstein auf dem Weg zu mehr Stabilität und Sicherheit in Europa“ bezeichnet. Er ist es in der Tat.

Der Vertrag ist kein Abrüstungsabkommen, sondern ein Rüstungskontrollabkommen im Wortsinn. Die an ihm beteiligten Staaten unterstreichen mit ihm ihren Willen, den bisher im Rahmen der KSZE eingeschlagenen Weg der Vertrauensbildung weiterzugehen und zu vertiefen.

Die Entwicklung des „OPEN-SKIES-Vertrags“

Die ersten Gedanken zu einem solchen Vertrag entwickelte – 1955 – US-Präsident Eisenhower. Sie konnten im Zeitalter des Kalten Krieges noch nicht fruchten. Langsam kam man nach „Glasnost und Perestrojka“, also nach Gorbatschows Amtsübernahme in der ehemaligen UdSSR im Jahre 1985 weiter.

Im Mai 1989 griff US-Präsident Bush die alte Idee wieder auf und schlug als vertrauensbildende Maßnahme wechselseitige Beobachtungsflüge zwischen NATO und (damals noch) Warschauer Pakt vor. Der Luftraum über den beiden Blöcken sollte kontrolliert werden, um dadurch den durch die KSZE eingeleiteten Trend zu mehr Offenheit und Durchsichtigkeit in militärischen Angelegenheiten zu stärken und zu festigen.

Im Februar 1990 bei der ersten „OPEN-SKIES“-Runde der Außenminister in Ottawa saßen sich die damals noch existierende Sowjetunion und Warschauer Pakt auf der einen und die NATO-Staaten auf der anderen Seite abwartend und die jeweili-

gen Positionen zäh verteidigend gegenüber.

Eine weitere Runde im April/Mai 1990 in Budapest brachte auch noch keinen Durchbruch.

Erst nach Auflösung des Warschauer Paktes im April 1991 und dem im August 1991 in der Sowjetunion fehlgeschlagenen Putsch und der damit zusammenhängenden Auflösung der UdSSR sowie des parallel verlaufenden Demokratisierungsprozesses in jenem Bereich gab es bei den Wiener Verhandlungen (von November 1991 bis März 1992) den Durchbruch.

Die teilnehmenden Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes und der früheren UdSSR näherten sich den von den westlichen Staaten vertretenen Positionen zu größtmöglicher Offenheit und minimalen Beschränkungen an.

Am 24. März 1992, zu Beginn der 4. KSZE-Folgekonferenz (seit der Helsinki-Konferenz von 1975) unterzeichneten damals 24 Vertragsstaaten, die NATO-Mitglieder, die mittel- und südosteuropäischen Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes sowie die Russische Föderation (Rußland), Weißrußland und die Ukraine – inzwischen ist Georgien als 25. Vertragsstaat hinzugekommen – den „OPEN-SKIES“-Vertrag.

Zum Vertrag selbst

Allgemeines

„OPEN-SKIES“ gestattet eine auf gleichberechtigter Gegenseitigkeit beruhende Überwachung militärischer Aktivitäten auf dem Territorium der Unterzeichnerstaaten aus der Luft durch Flugzeuge.

Er tritt neben die bisherige Satellitenüberwachung der beiden Supermächte USA und UdSSR.

Die Vertragsstaaten erhalten damit erstmals originäre Luftüberwachungsergebnisse.

„Offener Himmel“ bezieht sich von der Ausdehnung her nicht nur auf Europa bis zum Ural, wie z. B. der KSZE-Vertrag, sondern umfaßt das gesamte KSZE-Territorium, wozu Nordamerika, Kanada und Rußland auch ostwärts des Urals gehören. Das führte zu der plakativen Bezeichnung „Gemeinsame Luftüberwachung von Vancouver bis Wladiwostok“.

Damit ist auch das im KSZE-Vertrag nicht erfaßte Gebiet ostwärts des Urals rüstungskontrollpolitisch weitgehend erschlossen.

Während der Verhandlungen löste sich die Sowjetunion auf. Um den angestrebten Vertrag zu erreichen und

zeitlich nicht signifikant zu verzögern, waren sich die Partner einig, daß Rußland den Platz der UdSSR einnehmen und sich Weißrußland und die Ukraine an den Verhandlungen beteiligten und in den Vertrag eine Klausel aufgenommen wurde, die den Beitritt weiterer Republiken als Nachfolgestaaten der UdSSR gestattete.

Die Flugzeugauswahl

Nach dem Vertrag kann jeder an „OPEN-SKIES“-teilnehmende Staat die ihm zustehenden Flüge grundsätzlich mit einem Flugzeug seiner Wahl durchführen. Besteht aber der zu beobachtende Staat darauf, daß sein Flugzeug benutzt wird, dann muß dieses auch benutzt werden. Diese Klausel ist noch ein Relikt aus der Anfangszeit der Vertragsverhandlungen, als die UdSSR darauf bestand, zum Überfliegen ihres Territoriums nur ihre Flugzeuge zuzulassen. Grund dafür war hauptsächlich die Befürchtung einer überlegenen technischen Ausstattung westlicher Flugzeuge. Im Sommer 1990 wurde zwischen den Außenministern Baker (USA) und Schewardnadse (UdSSR) die oben wiedergegebene Klausel als Kompromiß vereinbart, um die Vertragsverhandlungen voranzutreiben.

Nach dem Zerfall der UdSSR bestand Rußland auf Einhaltung des gefundenen Kompromisses.

Ein offener Punkt ist die Kostenregelung bei diesem Kompromiß, der entweder Rußland als einzigen Träger aller einschlägigen Kosten sehen will oder meint, die Betriebsstoffkosten seien vom Nutzer zu tragen. Dies ist noch von der „OPEN-SKIES“-Beratungskommission (OSCC) zu klären.

Sensorenausstattung

Die Sensoren sind die entscheidende Ausstattung der Flugzeuge, die eine vernünftige Beobachtung überhaupt gewährleisten können.

Es bestand und besteht Einigkeit, daß ein Sensorenpaket die Beobachtung militärischer Aktivitäten aus der Luft bei Tag und Nacht und unter allen Witterungsbedingungen ermöglichen muß. Im Vertrag sind dafür optische Systeme und Videokameras, Synthetic Aperture Radar (SAR-Radar) sowie Infrarotsensoren vorgesehen. Sie müssen auf dem freien Markt erhältlich sein (– um Übervorteilungen nicht zu gestatten).

Schwierig gestaltete sich die Definition des Auflösungsvermögens der Sensoren, denn sie ist entscheidend für das Bild. Ziel ist es, einen Panzer

von einem Traktor unterscheiden zu können. Das Auflösungsvermögen für jeden der Sensoren ist festgelegt, soll aber abschließend noch in der erwähnten OSCC bearbeitet werden.

Angesichts der technischen Schwierigkeiten bei der Ausstattung der Flugzeuge mit der im Vertrag festgelegten Sensorik u. a. m. wurde vereinbart, daß – um die Beobachtungsflüge noch 1993 beginnen zu lassen – eine phasenweise Erfüllung der einschlägigen Vertragsbedingungen zulässig ist.

In den ersten drei Jahren dürfen die Flugzeuge noch mit einer geringwertigen Sensorik ausgerüstet sein. In diesem Zeitraum ist der Einsatz von Infrarotsensoren nicht gestattet.

Voraussichtlich ab Ende 1996 wird die Ausrüstung mit vertragskonformer Sensorik unabdingbar sein. Dann wird sich kein Land mehr bessere Aufklärungsergebnisse als ein anderes beschaffen können.

Flugzeuge und Sensorik unterliegen einer strengen Aufsicht.

Datenaustausch

Die Aufnahmen der Sensoren werden während des Fluges gespeichert und nach Ende der Mission entwickelt. Die an der Mission beteiligten Staaten erhalten eine Kopie der Ergebnisse des Fluges. Die Vertragsstaaten können darüber hinaus gegen Kostenerstattung auch eine Kopie der Sensordaten anfordern.

Überflugquoten

Der Vertrag läßt eine sehr flexible Luftüberwachung zu. Sie erlaubt Überflüge über dem gesamten Territorium der Teilnehmerstaaten (s. o.) nach kurzer (3 Tage) Ankündigung.

Es werden sog. aktive und passive Quoten festgelegt, was die Zahl der veranlaßten oder zu dulddenden Überflüge bedeutet.

Die Zahl der Überflüge (aktive und passive) und die jeweilige nutzbare Flugentfernung sind nach einem komplizierten Berechnungsmuster festgelegt worden.

Aus rationalen und wirtschaftlichen Gründen ist die Bildung von Staatengruppen zugelassen, die gemeinsame (aktive und passive) Quoten haben.

Es arbeiten z. B. Rußland und Weißrußland bei der Nutzung beider Quoten zusammen, während die WEU-Staaten dies nur hinsichtlich der Nutzung ihrer aktiven Quoten tun.

Der Vertrag schreibt jedem Staat bzw. jeder Gruppe von Staaten eine Passivquote vor.

Sie beträgt z. B. für die Staaten-Gruppe Rußland/Weißrußland und für die Vereinigten Staaten von Amerika je 42 Überflüge. Für Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien beträgt die Passivquote je 12 Überflüge. Für die ersten drei Vertragsjahre ist eine Beschränkung von 75 Prozent dieser Zahlen vereinbart worden.

Die Aktivquote der einzelnen Staaten bzw. Staatengruppen wird jährlich im voraus durch die OSCC verteilt, wobei ihr Umfang höchstens der Passivquote des einzelnen Staates/Staatengruppe entspricht, und zwar auf der Grundlage der Gegenseitigkeit. Deutschland hat z. B. im ersten Jahr die Option für drei Flüge über Rußland/Weißrußland und einen Flug über die Ukraine und muß auf der Basis der Gegenseitigkeit (Reziprozität) insgesamt vier Flüge dieser Staatengruppe/Staaten über dem eigenen Territorium hinnehmen.

Die maximale Flugentfernung über Deutschland darf nicht länger als 1200 km, diejenige über den USA nicht länger als 4000 km und die über Rußland/Weißrußland nicht länger als 6500 km sein.

Flugeinschränkungen

Die Flugplanung ist mit dem beobachteten Staat abzustimmen. Änderungen der Flugplanung oder Flugbeschränkungen können nur in gegenseitiger Absprache aus Gründen der Flugsicherheit, nicht aber z. B. wegen nationaler Sicherheitsinteressen, vorgenommen werden.

Inkrafttreten

Der „OPEN-SKIES-Vertrag“ ist am 24. März 1992 durch 24 Vertragsstaaten (NATO: 16; Mittel/Südosteurop. Staaten: 5 – Ungarn, Polen, Rumänien, Bulgarien, CSFR noch ungeteilt – sowie 3 GUS-Staaten Rußland, Weißrußland und Ukraine, unterzeichnet worden. Bei der 4. KSZE-Folgekonferenz im Juli 1992 in Helsinki ist Georgien als 25. Staat dem „OPEN-SKIES-Vertrag“ beigetreten.

Außer für Mitglieder der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) sind Beitrittsmöglichkeiten auch für Staaten außerhalb Europas, z. B. China, ausdrücklich vorgesehen.

Der Vertrag tritt 60 Tage nach Hinterlegung von mindestens 20 Ratifizierungsurkunden in Kraft. Darunter müssen sich solche Vertragsstaaten befinden, denen mindestens acht passive Überflugquoten zugeteilt wurden.

Innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten können die weiteren bereits erwähnten Beitritte anderer Staaten erfolgen.

Das deutsche Ratifizierungsverfahren ist eingeleitet. Man rechnet im ersten Halbjahr 1993 mit der Ratifizierung.

Für 1993 wird mit der Ratifizierung durch weitere Staaten gerechnet, so daß der Vertrag gegen Ende 1993 in Kraft treten könnte. Bis Februar 1993 haben Kanada, Dänemark, die Tschechische sowie die Slowakische Republik den Vertrag ratifiziert.

Schlußbemerkung

Trotz der nur skizzenhaften Darstellung ist sicher hinlänglich klar geworden, daß der „OPEN-SKIES-Vertrag“ die bisher weitestreichende vertrauensbildende Maßnahme ist. Alle Teilnehmer sollen sich durch ungehinderte Beobachtungsflüge über dem Gebiet anderer Staaten vergewissern können, daß dort keine der eigenen Sicherheit abträglichen militärischen Aktivitäten stattfinden.

Der Vertrag bedarf noch weiterer ins einzelne gehender Ausfüllung mit Detailregelungen, weil die Materie noch neu und darüber hinaus technisch sehr kompliziert ist.

Hierfür ist die „OPEN-SKIES-Beratungskommission (OSCC)“ mit Sitz in Wien geschaffen worden, die ihre Tätigkeit – wie vorstehend schon erwähnt – aufgenommen hat, u. a. wird ein britisch/russischer Testflug ausgewertet.

In den Verhandlungen zu dem Vertrag ist die ursprüngliche Konzeption des „Offenen Himmels“ als vertrauensbildende Maßnahme um drei weitere Elemente ergänzt worden wie

- Verifikation bestehender und künftiger Rüstungskontrollvereinbarungen
- Stärkung der Fähigkeit zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung
- Ausdehnung auf den Bereich des Umweltschutzes,

die noch der weiteren Detaillierung bedürfen.

Damit ist eine ständige Weiterarbeit im Sinne der Vertrauensbildung unter den Staaten und damit gleichzeitig Abbau von Konfliktmöglichkeiten vorprogrammiert. Dabei wird auf Offenheit und Transparenz in militärischen Angelegenheiten, statt auf Geheimhaltung und Verschleierung gesetzt. Somit ist der Vertrag eine ständige Herausforderung zu internationaler Kooperation, statt Konfrontation!

VIII. Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) – Ein Gesamtüberblick einschließlich des Wiener Dokuments 1992

Überblick über die Entwicklung

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) 1973 bis 1975 enthielt in der Schlußakte von Helsinki 1975 u. a. ein „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung“. In ihm sind eine Reihe vertrauensbildender Maßnahmen vereinbart worden, die die Teilnehmerstaaten des 1. KSZE-Treffens auf freiwilliger Basis durchführen wollten. Sie betrafen:

- Vorherige Ankündigung (21 Tage vorher) von größeren militärischen Manövern mit einer Gesamtstärke von mehr als 25 000 Mann der Landstreitkräfte, die auf dem Territorium eines Teilnehmerstaates sowie im angrenzenden Seegebiet stattfinden. Staaten, deren Territorium sich über Europa (vom Atlantik bis zum Ural) erstreckt, brauchten Manöver nur anzukündigen, die in einem Gebiet innerhalb 250 km von seiner Grenze stattfanden, die einem anderen europäischen Teilnehmerstaat gegenüberlag, oder die er mit ihm teilte. Nicht-europäische, also Nicht-KSZE-Staaten, waren nicht einbezogen. Die Ankündigungen mußten Angaben über den allgemeinen Zweck des Manövers, die an ihm teilnehmenden Staaten, Arten und zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte, das Manövergebiet und voraussichtlichen Zeitraum des Manövers enthalten. Die Teilnehmerstaaten waren bereit, auch zusätzliche Angaben zu machen.
- Vorherige Ankündigung anderer militärischer Manöver konnten erfolgen, um das gegenseitige Vertrauen unter den Teilnehmerstaaten zu stärken. In Betracht kamen insbesondere Manöver mit geringeren Teilnehmerzahlen.
- Freiwillig und auf bilateraler Grundlage konnten die Teilnehmerstaaten eingeladen werden, Manöverbeobachter zu entsenden.
- Die Konferenzteilnehmer erkannten an, um die Vertrauensbildung zu

fördern, nach eigenem Ermessen auch nur größere militärische Bewegungen anzukündigen.

- Die Teilnehmerstaaten wollten, um ein besseres gegenseitiges Verständnis herbeizuführen, bei gebührender Berücksichtigung der Gegenseitigkeit auf Einladung den Austausch von militärischem Personal sowie den Besuch von Militärdelegationen fördern.
- Schließlich erkannte man an, die Vertrauensbildung auch für die Zukunft zu fördern.

Das Dokument enthält ferner Absichtserklärungen, die militärische Konfrontation zu vermindern, die Abrüstung zu fördern und eine Kontrolle darüber zu erreichen.

Solche Bemühungen sollten nach bestimmten Kriterien, die insbesondere der Verbesserung der Sicherheit in Europa dienen, erfolgen.

Insgesamt ist zu diesem Auftakt vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen 1975 festzuhalten, daß sie zwar von den Teilnehmerstaaten anvisiert wurden, aber sich insgesamt doch im Bereich des relativ Unverbindlichen bewegten. Dabei darf man aber auch nicht vergessen, daß sich damals noch die beiden Machtblöcke gegenüberstanden, der Kalte Krieg noch anhielt und nur vier Jahre nach dem ersten zaghaften Beginn einer angedeuteten Entspannung die UdSSR in Afghanistan einmarschierten.

Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa – KVAE

Auf dem zweiten KSZE-Folgetreffen in Madrid wurde 1983 eine Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa vereinbart.

Unschwer ist bereits zu erkennen, daß gegenüber früher das Mandat erweitert wurde. Die „Abrüstung“ ist expressis verbis aufgenommen worden. In der Schlußakte von Helsinki war sie noch eine Absicht.

Die KVAE begann ihre Arbeit im Januar 1984 in Stockholm. Sie wurde im September 1986 mit dem sog. Stockholmer Schlußdokument abgeschlossen.

In dem „Stockholmer Schlußdokument von 1986“ wurden die Vertrauensbildenden Maßnahmen aus der Helsinki-Schlußakte 1975 weiter ausgebaut:

- Das Gebiet, in dem Manöver angekündigt werden sollten, wird erweitert, und zwar auf ganz Europa bis zum Ural (und nicht nur, wie bis-

her, auf eine Zone von 250 km im europäischen Rußland, s. o.).

- Die Ankündigung auch kleinerer Manöver ab 13 000 Mann wird zur Pflicht. Gegenüber der „Helsinki-Schlußakte von 1975“ wird die Truppenstärke der Manöver nahezu halbiert.
- Die Einladung von Manöverbeobachtern der Gegenseite wird nunmehr zur Pflicht.
- Inspektionen vor Ort zur Überprüfung, ob die Vereinbarungen eingehalten werden, sind nun ebenfalls verbindlich. Dabei ist es wichtig, daß sie nicht abgelehnt werden können. Derartige Inspektionen zu Lande oder aus der Luft beginnen bereits 36 Stunden nach der Ankündigung. Der inspizierende Staat übermittelt nach jeder Inspektion allen KSZE-Staaten die Ergebnisberichte mit der Feststellung, ob die KVAE-Bestimmungen vom inspizierten Staat eingehalten wurden.

Das KVAE-Schlußdokument enthält im Gegensatz zum Dokument über „Vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung“ verbindliche Einzelregelungen und ist nachprüfbar (verifizierbar). Es erfüllt somit alle Voraussetzungen eines völkerrechtlich verbindlichen Vertrages.

Die vereinbarten Maßnahmen sind von großer Bedeutung für die Sicherheit in Europa. Die erkennbaren Fortschritte liegen auf der Hand, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß inzwischen Gorbatschow in der UdSSR „Perestrojka und Glasnost“ verkündet hat, was sich bei den Verhandlungen bemerkbar machte.

Das dritte KSZE-Folgetreffen fand von 1986 bis 1989 in Wien statt. Dieses Treffen hat die Einhaltung der KVAE-Vereinbarungen von Stockholm überprüft.

Das Ergebnis dieser Prüfung war, daß die vom Atlantik bis zum Ural von den damals 35 KSZE-Teilnehmerstaaten beschlossenen Maßnahmen im wesentlichen auch von allen eingehalten wurden.

In dem darauffolgenden Schlußdokument der dritten KSZE-Folgekonferenz von Januar 1989 wurde vereinbart, die KVAE-Verhandlungen fortzuführen.

Die Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) fanden in Wien statt, gleichzeitig mit den Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa.

Die VSBM-Verhandlungen begannen im März 1989. Sie wurden mit dem sog. „Wiener Dokument 1990“ beendet. Es wurde von den Staats- und Regierungschefs bei ihrem Treffen vom 19. bis 21. November 1990 gebilligt.

Insgesamt gehört das „Wiener Dokument 1990“ in den Zusammenhang der sog. Charta von Paris, den Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) und der gemeinsamen Erklärung der 22 NATO- und (ehemaligen) WP-Staaten, mit der sie ihre Gegnerschaft (Kalten Krieg) für beendet erklärten.

Das „Wiener Dokument 1990“ enthält folgende vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen:

- Verpflichtung zum jährlichen Austausch militärischer Informationen über Organisation, Personalstärke, Ausrüstung, Dislozierung von Streitkräften, über geplante Indienststellung neuer Hauptwaffensysteme und Großgeräte sowie über die Militärhaushalte. Diese Informationsverpflichtung geht über den Informationsaustausch des KSE-Vertrages, durch den nur die dort behandelten fünf Waffenkategorien erfaßt werden, hinaus.
- Mechanismus für Konsultationen und Zusammenarbeit in bezug auf ungewöhnliche militärische Aktivitäten. Dieser Mechanismus gibt jedem Teilnehmerstaat der VSBM das Recht, innerhalb von 48 Stunden über ungewöhnliche und unvorhergesehene militärische Aktivitäten vom verursachenden Teilnehmerstaat Aufklärung zu verlangen. Als weiteren Schritt kann der ersuchende Staat, falls ihn die Antwort nicht befriedigt, ein bilaterales Treffen oder gar die von ihm angegangenen Aktivitäten sofort im Kreis aller Teilnehmerstaaten im sog. Konsultativausschuß des Konfliktverhütungszentrums in Wien beraten lassen. Diese Maßnahme hat durch ihre Konstruktion eine wichtige Funktion in den sich immer weiter fortentwickelnden neuen europäischen Sicherheitsbeziehungen.
- Vereinbarungen zur Meldung und Klarstellung von gefährlichen militärischen Zwischenfällen. Durch unmittelbare Information anderer Teilnehmer sollen z. B. bei Flugzeugunfällen, aber auch anderen entsprechenden Vorfällen, Mißverständnisse vermieden bzw. mögliche Auswirkungen derartiger Ereignisse vermindert werden.

- Intensivierung militärischer Kontakte. Sie dienen der Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten und der Festigung der Vertrauens- und Sicherheitsbildung. Sie schließen die Besuche hochrangiger Militärs und den Austausch von Offizieren ein. Jeder Teilnehmerstaat lädt innerhalb von fünf Jahren zum Besuch eines Militärflugplatzes ein.

Gegenüber dem „Stockholmer Abschlußdokument“ sind Verbesserungen erreicht worden, z. B. genauere Angaben über das Manövergebiet und die Aufschlüsselung der teilnehmenden militärischen Verbände.

Nach wie vor bleiben die Teilnehmerstaaten frei in ihrer Entscheidung, wieviele Aktivitäten sie in welchem personellen und materiellen Umfang und welcher Dauer durchführen wollen.

Größere Übungen müssen aufgrund des „Wiener Dokuments 1990“ längerfristig angekündigt werden. So müssen z. B. Aktivitäten von mehr als 40 000 Mann (früher 75 000) in eine den Teilnehmerstaaten zum 15. November eines jeden Jahres zu übermittelnde Jahresübersicht (des folgenden) Jahres aufgenommen werden. Ohne Aufnahme der Aktivitäten in die Jahresübersicht sind diese unzulässig. Die Absicht zur Durchführung solcher Aktivitäten ist zwei Jahre im voraus anzukündigen.

Die Teilnehmerstaaten haben Beobachter aus allen anderen Staaten einzuladen, wenn anzukündigende militärische Aktivitäten (s. o.) bestimmter, im Dokument festgelegter Kriterien durchgeführt werden, so z. B. wenn die Stärke des eingesetzten Personals 17 000 Mann erreicht oder überschreitet. Bei amphibischen oder Luftlandeunternehmungen genügen bereits 5000 Mann.

Jeder Teilnehmerstaat kann bis zu zwei Beobachter zu den zu beobachtenden militärischen Aktivitäten entsenden.

(wird fortgesetzt)

Thüringen: Politiker informierten sich über BVS-Neukonzeption

Nur wenige Tage nachdem das Land Thüringen Mitglied des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS) wurde, ließen sich der Vorsitzende des Innenausschusses des Thüringer Landtages, Peter Backhaus (F.D.P.), der innenpolitische Sprecher der CDU, der zugleich stellvertretender Vorsitzender des Innenausschusses ist, Wolfgang Fiedler, und der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Günter Pohl, über die BVS-Neukonzeption informieren. Der mit der Koordination der BVS-Neukonzeption beauftragte BVS-Außenstellenleiter Peter Eykmann und der für den Aufbaustab Ost verantwortliche Außenstellenleiter Helmut Schneider erläuterten die Neukonzeption, nach der für das Land Thüringen zwei Informations- und Beratungsstellen vorgesehen sind. Die thüringischen Landespolitiker sehen einen großen Informationsbedarf zu allen Fragen des Zivilschutzes. Zugleich warnten sie jedoch davor, Themen der zivilen Verteidigung unsensibel anzusprechen. Gerade dieser Bereich sei aus DDR-Zeiten emotional besonders stark belastet. Notwendig sei es, Multiplikatoren aus allen gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen zu finden, die die Bedeutung der Gesamtverteidigung glaubwürdig darstellen könnten.

Ausschubsvorsitzender Peter Backhaus, der auch Landtags-Vizepräsident ist, forderte die BVS-Vertreter auf, bei der nun beginnenden Aufbauarbeit auf die besondere Befindlichkeit der Thüringer Bevölkerung Rücksicht zu nehmen. Für viele sei die zivile Verteidigung in der Vergangenheit eine



Mit Vertretern des BVS diskutierten die Thüringer Landespolitiker Peter Backhaus, Landtagsvizepräsident und Vorsitzender des Innenausschusses (4. v. l.), der stv. Vorsitzende des Innenausschusses Wolfgang Fiedler (5. v. l.) und der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Günter Pohl (3. v. l.).

Zwangsnische gewesen, die mit anderen Begriffen belegt gewesen sei, als man heute darunter verstehe. Die innenpolitischen Sprecher von CDU und SPD, die Abgeordneten Fiedler und Pohl, halten es für besonders sinnvoll und hilfreich, den Doppelnutzen des Zivilschutzes für den friedensmäßigen Katastrophenschutz zu verdeutlichen. Da beide Abgeordneten zugleich als Oberbrand- bzw. Brandmeister in Freiwilligen Feuerwehren tätig sind, sind sie an Fragen des Neuaufbaus des Katastrophenschutzes besonders interessiert. In der Diskussion hielten sie es für erforderlich, Akzeptanz für Aufgaben des Zivilschutzes zu allererst bei den Organisationen vor Ort, wie den Freiwilligen Feuerwehren, den Hilfsorganisationen und anderen gesellschaft-

lichen Gruppierungen zu finden. Die Abgeordneten begrüßten sehr nachhaltig das Vorhaben, Informations- und Aufklärungsveranstaltungen gemeinsam mit den Weiterbildungsinstituten und Stiftungen der politischen Parteien zu planen.

Eykmann wies darauf hin, daß es trotz der personellen und materiellen Schwierigkeiten die erklärte Absicht der BVS-Leitung sei, die neuen Bundesländer vorrangig und überproportional mit Personal und Material zu berücksichtigen. Helmut Schneider ergänzte, daß der BVS sich insoweit auch als Institution der Hilfe zur Selbsthilfe betrachte. Die zukünftige Ausbildung im Land Thüringen, sei es für die Bevölkerung oder für Behörden und Betriebe, müsse überwiegend von ehrenamtlichen

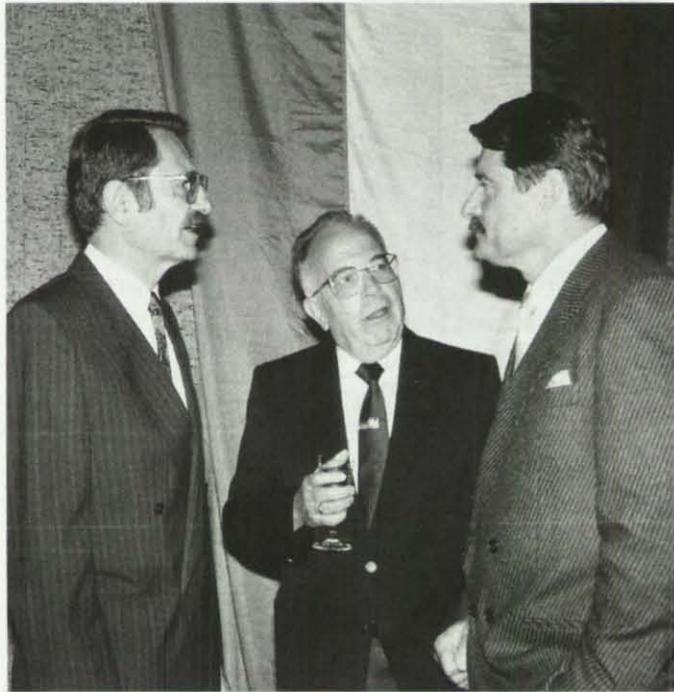
Helfern aus Thüringen erbracht werden. Hierzu müsse ein umfangreiches Ausbildungsprogramm für neu zu gewinnende, ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sowohl vor Ort als auch an der BVS-Schule vorgehalten werden. Die neue BVS-Ausbildungsordnung ermögliche eine außerordentlich pragmatisch und flexibel orientierte Ausbildung, die auf vorhandenes Wissen zurückgreife und in besonders starkem Maße den Doppelnutzen des Selbst- und Zivilschutzes berücksichtige.

Die Mitglieder des Innenausschusses und die BVS-Delegation vereinbarten, im September ein besonderes Informationsseminar an der Bundesschule in Ahrweiler mit den Innenausschußmitgliedern durchzuführen.

Dr. Heinrich Sahlender in den Ruhestand verabschiedet

Eine doppelte Zäsur für den BVS sei der Abschied von Dr. Sahlender, erklärte in seiner Laudatio Helmut Schuch, Direktor des BVS. „Es werden sich künftig sowohl Auftrag als auch der organisatorische Aufbau nachhaltig ändern“, sagte er und wies u. a. auf die Akzeptanzprobleme hin, mit denen der Zivilschutz zu kämpfen habe. Diesen Problemen entgegenzuwirken, sei außerordentlich schwierig und setze ein hohes Maß an Beharrlichkeit und Überzeugungskraft voraus. „Diese Erfahrung haben Sie, Dr. Sahlender, im Laufe Ihrer 15jährigen Tätigkeit sicherlich oftmals gemacht. Als Mann, der lange Jahre in der freien Wirtschaft tätig war, haben Sie aber stets den pragmatischen Weg gewählt, um den Selbstschutz einer breiten Öffentlichkeit nahezubringen. Dabei haben Sie es verstanden, im persönlichen Dialog Multiplikatoren aus den verschiedenen gesellschaftlich relevanten Bereichen für die Aufgabe Selbstschutz zu interessieren und zu motivieren“, bestätigte Direktor Schuch Dr. Sahlenders Arbeit.

Schuch ging auch auf die aktuelle Diskussion zum Selbst- und Zivilschutz ein. Die Gründe für die mangelnde Akzeptanz des Zivilschutzes in der Bevölkerung und bedauerlicherweise auch in Teilen des politischen Raums seien komplex. Verdrängungsmechanismen spielten hier ebenso eine Rolle wie die weltpolitische Entwicklung der jüngsten Vergangenheit, die in der ersten Euphorie kriegerische Auseinandersetzungen nahezu ausgeschlossen erscheinen ließen. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien und kriegerische Auseinandersetzungen überall auf der Welt bewiesen aber, daß wir nicht in einer Zeit des ewigen Friedens leben.



Verabschiedung in Kiel (v. links): BVS-Direktor Helmut Schuch, Dr. Heinrich Sahlender und BVS-Außenstellenleiter Diethelm Singer.

In den Jahren seiner Tätigkeit für den BVS habe Dr. Sahlender neue zivilschutzrechtliche Entwicklungen vor Ort in praktische Arbeit umgesetzt und integriert, bescheinigte Schuch dem Scheidenden. Schuch betonte, daß sich sowohl der Auftrag als auch der organisatorische Aufbau des BVS nachhaltig verändern werden.

Den Dank des Innenministers des Landes Schleswig-Holstein überbrachte Dr. Dietmar Lutz, Ministerialdirigent und Leiter der Abteilung für öffentliche Sicherheit im Innenministerium. Er unterstrich das gute Verhältnis zwischen Dr. Sahlender und seiner Dienststelle und betonte, daß Verhandlungen immer in einer freundlichen, menschlichen

Atmosphäre stattfanden. Nach Diskussionen mit dem Bund soll die Arbeit des BVS in veränderter Form fortgesetzt werden.

Dies ist die Situation, in der der Nachfolger Dr. Sahlenders, Diethelm Singer, sein Amt als Leiter der neugebildeten BVS-Außenstelle Schwerin antritt. Diese umfaßt die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. Die Außenstelle ist eine von acht Außenstellen, die der Bundeshauptstelle unterstehen. Ihnen sind Informations- und Beratungsstellen in der Region zugeordnet. Fachlich ändert sich für Singer, der seit 1972 in Bremen tätig war, nicht allzuviel, wie er in seiner kurzen Vorstellung sagte. „Selbstschutz wird nie Bedeutung verlieren. Schadensereignisse jeder Art werden immer eine sofortige Hilfeleistung auslösen müssen. Die Selbsthilfe und Vorsorge des Bürgers wird durch staatliche Maßnahmen immer nur ergänzt werden können“.

Mit einem Dank an seine Mitarbeiter verabschiedete sich Dr. Sahlender.

Quer durch Niedersachsen

Hildesheim

Der ehrenamtliche BVS-Helfer Bernhard Koch wurde anlässlich einer Arbeitsgemeinschaft in der Dienststelle Hildesheim mit einer Ehrenurkunde für 20jährige Mitarbeit ausgezeichnet. Koch, der bereits das 66. Lebensjahr vollendet hat, ist auch weiterhin als Aufklärungs- und Ausbil-

dungshelfer tätig. Zusätzlich nimmt er seit Jahren die Funktion eines Beauftragten für Selbstschutzangelegenheiten der Gemeinde Schellerten wahr.

Dienststellenleiter Harry Jankowski dankte Koch für sein langjähriges, engagiertes Wirken beim Verband. Auch Helfervertreter Plenz sprach Koch Dank und Anerkennung aus.

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Mainz

Auf ihrem letzten gemeinsamen Betriebsausflug verabschiedeten die Bediensteten der Landesstelle Rheinland-Pfalz Hans-Dieter Awiszus. Im Rahmen der Umstrukturierung des Verbandes nahm er die Möglichkeit wahr, vorzeitig in den Ruhestand zu treten. Der studierte Chemiker war seit



Dr. Hermann-Walter Schmidt, Abteilungsleiter für Katastrophenschutz im Innenministerium Mainz (links), dankt Hans-Dieter Awizus. (Foto: Preis)

1965 als hauptamtlicher Mitarbeiter für den BVS tätig, zunächst als Schulleiter in Körtlinghausen, dann ab 1979 als Landesstellenleiter von Rheinland-Pfalz.

Fachgebietsleiter Klaus Preis bedankte sich im Namen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der fünf Dienststellen und der Landesstelle für die vielen Jahre der guten Zusammenarbeit. Als Vorgesetzter sei er stets geschätzt gewesen, sein Ausscheiden werde allgemein bedauert. Mit den besten Wünschen für die Zukunft überreichte Preis ein Geschenk als Zeichen der Anerkennung.

Zur offiziellen Verabschiedung aus dem BVS lud das Innenministerium Hans-Dieter Awizus ein. Dr. Hermann-Walter Schmidt, Abteilungsleiter für Katastrophenschutz dankte für die langjährig erfolgreich geleistete Zusammenarbeit beim Aufbau des Zivilschutzes, zu der Awizus insgesamt 14 Jahre beitrug. Im Namen des BVS überreichte Awizus anschließend die Ehrenurkunde und Ehrenmedaille des BVS an Dr. Schmidt.

*

Kenntnisse im Selbstschutz können auch für den täglichen Notfall hilfreich sein. Schnelle und effektive Hilfe leistete BVS-Ausbilder Peter Wagner

einer Autofahrerin in Idar-Oberstein, deren Auto brannte. Mit dem in seinem Privat-Pkw vorhandenen Feuerlöscher reagierte er blitzschnell. Wie er in vielen Selbstschutz-, insbesondere Brandschutz-Lehrgängen, den Teilnehmern erläutert hatte, ging er nun selbst vor. Der Brandherd befand sich unter der Motorhaube, worauf die starke Rauchentwicklung schließen ließ. Zunächst begann der BVS-Ausbilder mit Pulverstößen durch den Spalt der Motorhaube das Ablöschen; nach dem vorsichtigen Öffnen der Haube kam das Feuer durch einen weiteren Pulverstoß zum Erlöschen.

Das sichere und umsichtige Eingreifen Wagners konnte schwere Schäden im Motor vermeiden. Die Autofahrerin dankte Wagner und war sichtlich beeindruckt von der Selbstschutz-Ausbildung des BVS.

*

Seit dem 1. Juli arbeitet die Landesstelle Rheinland-Pfalz nach der neuen BVS-Struktur. Nominell besteht weiterhin die Landesstelle in Mainz mit ihren fünf Dienststellen (Kaiserslautern, Koblenz, Ludwigshafen, Mainz, Trier). Geändert hat sich jedoch das Arbeits- und Aufgabenfeld in Mainz. Im Hinblick auf die Außenstelle Mainz beginnt

Landesstellenleiter Erich Urbaniak mit der Koordinierung der neuen Aufgaben in den drei Bundesländern Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland. Sechs Info- und Beratungsstellen in Darmstadt, Frankfurt a. M., Kassel, Kaiserslautern, Koblenz und Neunkirchen/Saar sollen künftig die Beratungstätigkeit, Planung und Ausbildung im Zivilschutz durchführen. Praxisorientierte Öffentlichkeitsarbeit und Selbstschutz-Ausbildung der Bevölkerung, von Behörden und Betrieben sollen zunehmend in den Hintergrund treten.

In der Landesstelle Rheinland-Pfalz beginnen derzeit die drei neuen Sachgebietsleiter für Ausbildung, Öffentlichkeitsarbeit und Verwaltung mit der Umsetzung der Neukonzeption des BVS.

*

Mit den haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern der Landesstelle Rheinland-Pfalz besichtigte Landesstellenleiter Erich Urbaniak die neuen Räumlichkeiten der Außenstelle Mainz. Am 1. Juli ist dem BVS vom Bund offiziell die Liegenschaft der Dragoner-Kaserne in Mainz zugewiesen worden. Auf dem weiträumigen Gelände – hier war bis Dezember letzten Jahres die Unterkunft der amerikanischen Militärpolizei – wird die Außenstelle gegen Ende des Jahres den Gebäudekomplex mit der Nummer 6659 beziehen.

Auf zwei Etagen mit insgesamt zehn großen Zimmern, einer Garage und einem Parkplatz findet der BVS ausreichende Räumlichkeiten vor. Bereits diesen Monat soll mit den Renovierungsarbeiten begonnen werden.

Urbaniak ist mit der neuen Liegenschaft sehr zufrieden. Lange Fahrwege zu den bislang noch von der Landesstelle weit entfernten Garagen werden im neuen Standort überflüssig. Gerätschaften für die Ausbildung und Öffentlichkeitsarbeit, die FZA und die beiden FAAs sowie Werbematerial können in der

neuen BVS-Außenstelle gut gelagert werden. Die verkehrsgünstige Lage der Liegenschaft und ihre Nähe zu wichtigen städtischen Einrichtungen in Mainz dürfe auch nicht unterschätzt werden, betont Urbaniak.

Schon jetzt freuen sich die 13 hauptamtlichen Mitarbeiter der Landesstelle auf ihren Umzug in die Dragoner-Kaserne, der neuen Adresse der Außenstelle Mainz.

Nachruf

Am 14. Juli 1993 verstarb der ehemalige hauptamtliche und langjährige ehrenamtliche BVS-Mitarbeiter

Hans Faber

im Alter von 70 Jahren. Bereits 1959 trat Hans Faber, zunächst als ehrenamtlicher Mitarbeiter, in die Dienste des BLSV/BVS. 1963 wurde Hans Faber hauptamtlicher Mitarbeiter und bestimmte in den nachfolgenden 20 Jahren als Facharbeiter maßgeblich die Geschichte der BVS-Dienststelle Münster. 1983 trat Faber in den Ruhestand, stellte aber seine Erfahrungen und sein Wissen als ehrenamtlicher Mitarbeiter weiterhin dem BVS zur Verfügung.

1988 wurde Faber aufgrund seiner Verdienste durch den Oberbürgermeister der Stadt Münster, Dr. Jörg Twenhöven, mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet.

Sowohl für seine ehrenamtlichen als auch für seine hauptamtlichen Kollegen war Faber immer nicht nur ein guter Mitarbeiter, sondern auch ein guter Freund. Sie alle trauern um Hans Faber und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Neu-Isenburg

In Zusammenarbeit mit der Stadt Neu-Isenburg veranstaltete der BVS eine eintägige Info-Tagung über den Selbstschutz und die Auswirkungen der Strukturänderungen des BVS. Organisator Stefan Werner, der Katastrophenschutzbeauftragte Neu-Isenburgs, hatte wichtige Funktionsträger des Selbstschutzes aus den Städten und Gemeinden des Kreises Offenbach zu Gast. 1. Stadtrat Depper von Neu-Isenburg, die Selbstschutz-Berater und -Sachbearbeiter sowie Vertreter der Kreistagsfraktionen diskutierten mit dem BVS über die Neuorganisation und den daraus resultierenden Aufgabenschwerpunkten.

BVS-Außenstellenleiter Mainz, Erich Urbaniak, erläuterte in seiner Rede die „neue Linie“ des BVS. Mit großem Interesse verfolgten die Teilnehmer die Darlegung der neuen Aufgabenstellung und Struktur. Anschließend stellte Urbaniak seine neuen Mitarbeiter der Außenstelle Mainz und der Informations- und Beratungsstelle Darmstadt vor. Jeder BVS-Mitarbeiter erläuterte anschließend kurz seinen neuen Aufgaben- und Zuständigkeitsbereich. Als

Ansprechpartner in Sachen Selbstschutz stehe der BVS jederzeit gerne zur Verfügung, so der BVS-Außenstellenleiter.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand dann das Selbstschutz-Angebot des BVS an die Gemeinden, Behörden, Betriebe, Vereine und die Bevölkerung. Vor allem den Gemeinden präsentierte der BVS ein Konzept, aus dem die neuen Aufgaben der Selbstschutz-Berater und -Sachbearbeiter in puncto Zivilschutz hervorgehen.

Der BVS blickte am Ende der Info-Tagung nicht ohne Stolz auf die große Resonanz der Teilnehmer für die „neue Linie“ des BVS. Ein Großteil der Anwesenden begrüßte den neuen BVS-Fachlehrgang „Ausbilder im Selbstschutz“ und sagte seine Teilnahme zu. Selbstschutz-Berater und -Sachbearbeiter könnten dann auch weiterhin den Gemeinden zur Information, Beratung und Ausbildung über alle Maßnahmen des Zivilschutzes zur Verfügung stehen.

Fulda

Im Rahmen des betrieblichen Katastrophenschutzes nahmen zwölf Mitarbeiter der Telekom am BVS-Fachlehrgang „Bergungsgruppe“ teil. Fünf Tage lang leiteten die

BVS-Ausbilder Farnung und Struwe die jugendlichen Lehrgangsteilnehmer in die Grundlagen der Bergungsarbeit ein. Zur praktischen Demonstration und Umsetzung der Lehrinhalte stand ein Übungsgelände des THW zur Verfügung. Mit großer Begeisterung und Einsatzbereitschaft waren die Teilnehmer bei der Sache. Sie lernten vom BVS-Team alles Wichtige über Handhabung und Gebrauch von Bergungsgeräten und Werkzeugen sowie die Rettung von verletzten Personen aus Höhen und Tiefen. Der Selbstschutz-Fachlehrgang, darin waren sich alle einig, war ein voller Erfolg.

Bayern heute

Fürth

Am 18. Juli 1993 begrüßte Fürths Oberbürgermeister Uwe Lichtenberg die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zum „Tag der offenen Tür“. Um 10.00 Uhr öffneten sich Türen und Tore von Rathaus, Ämtern, Museen und Schulen. Auch die Katastrophenschutz-Einheiten der Stadt, die Hilfsorganisationen, das THW und der BVS beteiligten sich an der Veranstaltung.

Auf dem Hallplatz und Franz-Josef-Strauß-Platz zeigten die Katastrophenschutz-Einheiten ihre Leistungsfähigkeit durch Aktionen wie Löschen eines brennenden Fahrzeuges, Retten der Insassen und Notfallversorgung der „Verletzten“. Das THW demonstrierte den Einsatz der Sauerstofflanze und zeigte dem staunenden Publikum, daß Beton wie Butter schmelzen kann. Das BRK informierte über Erste-Hilfe-Maßnahmen und HLW. Die DLRG zeigte neben Tauchvorführungen im Tauchbecken die Erstmaßnahmen zur Rettung Ertrinkender.

Fahrzeugschauen der Feuerwehr und Polizei erwiesen sich als Anziehungspunkte für groß und klein. Publikumsmagnet war auch der BVS, der mit einem Sicherheitsquiz zum Mitmachen anregte und den

erfolgreichen Teilnehmern wertvolle Preise, die u. a. von Industrie und Handel gestiftet worden waren, überreichen konnte.

Landshut

Im Rahmen eines Festaktes anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Zivilschutzschule Horn in Niederösterreich wie auch der zehnjährigen Partnerschaft zwischen dem Bundesverband für den Selbstschutz Landshut und dem Österreichischen Zivilschutzverband in Niederösterreich wurde BVS-Dienststellenleiter Georg Seemann mit der goldenen Verdienstmedaille des Österreichischen Zivilschutzverbandes ausgezeichnet.

In seiner Laudatio hob der Präsident des Zivilschutzverbandes, Hans Klupper, die Verdienste Seemanns hervor. Die Ehrung erfolgte in Würdigung und Anerkennung der um den Zivilschutz erworbenen Verdienste und als Dank für die Mithilfe bei der Erfüllung der dem Österreichischen Zivilschutzverband gestellten Aufgaben, so Klupper.

Nachruf

Am 4. Juli 1993 verstarb im Alter von 81 Jahren der ehemalige BVS-Dienststellenleiter von Fürth/Bayern

Franz Kammerlohr

nach kurzer, schwerer Krankheit.

Kammerlohr kam 1962 als Ausbildungsleiter zum Verband und übernahm 1964 die BVS-Dienststelle Fürth. Durch sein Engagement und seine Kollegialität erlangte Kammerlohr die ungeteilte Wertschätzung der Mitarbeiter der Dienststelle.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.



Die Lehrgangsteilnehmer mit den BVS-Ausbildern.

Hamburg



Neue Wege eines Jugend- gruppenleiters

Hamburg. Neue Wege beschritt Jugendgruppenleiter Roland Kuschel vom Bezirksverband Hamburg-Mitte, um die Gründung einer neuen Jugendgruppe zu ermöglichen. Durch die ungünstige Lage in einem Industriegebiet im Hafen war schon vor längerer Zeit die letzte Jugendgruppe aufgelöst worden. Trotz ständiger Bemühungen kam es nie zu einer Neugründung.

Bis jetzt! Die ersten fünf Helfer werden in mühsamer Kleinarbeit und Mund-zu-Mund-Propaganda zusammengeholt. Sie bilden den Grundstock für die eigentliche Kampagne.

Jugendbetreuer Kuschel und der Helfer für Öffentlichkeitsarbeit, Hansen, entwickeln zusammen ein Konzept, wie die örtliche Presse in der Helferwerbung eingebunden werden kann. Durch stetig aufgebaute gute Beziehungen zu den Lokalredakteuren macht es Hansen möglich, daß seine Artikel mit seinen Überschriften veröffentlicht werden. Aufmacher wie: „Es sind noch Plätze frei“, „THW-Jugendgruppe gegründet ...“, „Neue Jugendgruppe bei THW-Mitte gegründet, noch sind Plätze frei“ werden veröffentlicht mit Bildern der ersten fünf Helfer an THW-Fahrzeugen und Geräten.

Der Erfolg gibt ihnen Recht. In den Berichten wird eine Hotline der THW-Jugend angegeben. Innerhalb kurzer Zeit nutzen einige Dutzend Jugendliche und auch Eltern die Nummer.

Mittlerweile ist die Gruppe soweit, daß eigentlich eine zweite Jugendgruppe gegründet werden müßte. Auch einige junge Damen sind zur Gruppe gestoßen. Alle zusammen sind der Ansicht, daß sie gern etwas Sinnvolles mit ihrer Freizeit anfangen wollen. Ein Mitglied der Gruppe, Markus Zukowski, äußerte sich der Presse gegenüber wie folgt: „... wo kann man denn heute noch, ohne Geld auszugeben, etwas erleben, Freunde kennenlernen, Spaß haben und trotzdem ohne Zwang etwas lernen, z. B. den Umgang mit technischen Geräten. Und wer weiß, vielleicht kann man mit dem Erlernten einmal Menschen, die in Not geraten sind, helfen.“

Ein Vorsatz, der durchaus die richtige Motivation erkennen läßt. Hier sind der Jugendgruppenleiter und der Helfer „Ö“ sicher auf dem richtigen Weg.

F. H.

THW mit von der Partie

Hamburg. Auch in diesem Jahr fand wieder der schon weit über Deutschlands Grenzen hinaus bekannte „Hanse-Marathon“ statt. Schon seit Jahren sind die Hilfsorganisationen und auch das THW mit von der Partie. Für das THW federführend ist der Bezirksverband Hamburg-Mitte. Helfer aus den anderen Bezirksverbänden unterstützen bei den vielfältigen Aufgaben.

Schon früh im Jahr beginnen die Vorbereitungen mit Instandsetzungsarbeiten im Bereich der Sanitäreinrichtungen. Während des Marathons ist Timing eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen der Veranstaltung. Die Absperrungen dürfen z. B. erst kurz vor den Läufern auf die Straßen, sonst ist ein Verkehrschaos in der Millionenstadt Hamburg vor-

programmiert. Hier sind unter anderem Führungsqualitäten gefragt. Auch die Versorger sind eingesetzt und kümmern sich um das leibliche Wohl der eingesetzten Helfer. Einsatzleiter Heino Stüben vom Bezirksverband HH-Mitte ist der Ansicht, daß die positiven Erfahrungen aus den vergangenen Jahren immer besser umgesetzt werden können.

Für einige hundert Läufer und Zehntausende von Zuschauern gehört das THW zum „Hanse-Marathon“.

F. H.

Bremen



Landesjugendwettbewerb in Bremen

Bremen. Mit einer Überraschung endete der Landesjugendwettbewerb des Bremer Technischen Hilfswerks. Die erst seit anderthalb Jahren bestehende THW-Jugend Schwachhausen-Horn zog an allen Mitstreitern vorbei und präsentierte sich völlig unerwartet als Sieger des Landesvergleichs.

Erfreut über den Sieg seiner „Heimmannschaft“ überreichte der Leiter des Ortsamts Bremen-Horn, Karl Rüdiger Horn, der jungen Gruppe den Pokal für den ersten Platz. Den zweiten Platz belegten die Jungen und Mädchen aus dem THW-Ortsverband Bremen-Osterholz. Sie erhielten aus der Hand des THW-Landesbeauftragten für Bremen, Günther Hildebrandt, ebenfalls einen Pokal. Platz drei ging an die Jugend Bremen-Vegesack. Die nachfolgenden Ränge nahmen die Gruppen aus Huchting, Neustadt und Bremerhaven ein.

Das Wettkampfprogramm bestand unter anderem aus dem Bau einer Seilbahn, einem Geschicklichkeitsspiel und einem „Kistenrennen“.

Mit einem lustigen Grillabend ließen die im Durchschnitt 15jährigen Jungen und Mädchen den Wettkampftag ausklingen.

P. L.

Ehrung für Horst Werner

Bremen. Im Rahmen einer Tagung der Ortsbeauftragten des Bremer Technischen Hilfswerks zeichnete THW-Direktor Gerd Jürgen Henkel den Landesvorsitzenden der THW-Helfervereinigung Bremen e. V., Horst Werner, mit dem Helferzeichen in Gold mit Kranz aus.

In seiner Laudatio würdigte Henkel die nunmehr über 35 Jahre dauernde Mitarbeit im THW. Werner habe sich in zahlreichen Funktionen, so als Zug- und Bereitschaftsführer, den Ruf eines immer hilfsbereiten Mitarbeiters erworben.

Besonders hob Henkel hervor, daß Werners Engagement für die Katastrophenschutz-



THW-Direktor Gerd Jürgen Henkel (links) zeichnet Horst Werner mit dem Helferzeichen in Gold mit Kranz aus. (Foto: Lohmann)

ganisation nicht an der Grenze des kleinsten Bundeslandes halt mache. Als Landesvorsitzender der Helfervereinigung mache er sich vielmehr auch auf Bundesebene für die Belange des THW stark.

P. L.

Vom Roten Meer zurück an die Weser

Bremen. Martina Alten, hauptamtliche Mitarbeiterin im THW-Landesverband Bremen, ist zurück aus Dschibuti. In der am Roten Meer liegenden Republik kümmerte sie sich viereinhalb Wochen lang um die Logistik für den Einsatz des Technischen Hilfswerks im Nordosten Somalias. In dem im Brennpunkt der Öffentlichkeit stehenden Land sind im Auftrag der Bundesregierung ehrenamtliche Helfer des THW aktiv, um insbesondere die Wasserversorgung der einheimischen Bevölkerung zu verbessern.

Damit dieser Einsatz reibungslos abläuft, hat das THW in Dschibuti einen Logistik-Stützpunkt eingerichtet. Die Aufgaben von Martina Alten: Empfang der aus Deutschland ankommenden THW-Helfer, Organisation von Übernachtung und anschließendem Weiterflug nach Somalia sowie die Beschaffung von Trinkwasser, Lebensmitteln und Ersatzteilen für die Mannschaft am Horn von Afrika. Ebenso hatte sie die Rückführung von erkrankten THW-Helfern aus dem Einsatzgebiet zu organisieren.

Bereits vor ihr war der im Bremer THW-Landesverband für Einsatzfragen zuständige Hauptsachgebietsleiter Thomas Janke mit dem gleichen Aufgabengebiet in Dschibuti. Zur Zeit ist der Bremer THW-Mitarbeiter Jörg Kockel in der französisch geprägten Republik am Ausgang des Roten Meeres aktiv, er kümmert sich dort ebenfalls um die Logistik.

P. L.

Nachruf

Am 14. Juli 1993 verstarb der langjährige Kreisbeauftragte des Technischen Hilfswerkes

Rudolf Froin

im Alter von 79 Jahren.

Seit 1959 setzte Froin sich in vorbildlicher Weise für das Technische Hilfswerk ein. Er baute im Laufe der Jahre durch stetiges Engagement, außergewöhnliche Initiativen, beispielhafte Einsatzbereitschaft und Kameradschaft den Ortsverband Uelzen aus.

Auch in späteren Jahren konnte das THW auf seine wertvollen und reichhaltigen Erfahrungen als Kreisbeauftragter zurückgreifen. Für seine unermüden Verdienste und sein politisches Wirken erhielt Froin zahlreiche Auszeichnungen. Hervorzuheben sind das THW-Ehrenzeichen in Gold und das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Das Technische Hilfswerk schuldet ihm besonderen Dank. Wir werden stets seiner ehrend gedenken.

Die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

Nordrhein-Westfalen



Ungewöhnliches Übungsobjekt

Dortmund. Das Entsorgungsunternehmen EDG stellte dem THW-OV Dortmund Anfang Juli ein leerstehendes Wohngebäude, dem der Abriß bevorstand, zur Verfügung. Da die Gebäude der umliegenden THW- und KatS-Übungsgelände den Helfern inzwischen bekannt sind, wurde diese Gelegenheit von den Bergungszügen mit großer Begeisterung für eine Übung genutzt.

Die Bergungshelfer fanden bei ihrer Erkundung ein völlig intaktes zweigeschossiges Wohngebäude mit angrenzenden Stallungen und Garagen vor, an dem die Strom- und Wasserleitungen unterbrochen waren. Das Gebäude bot zahlreiche Möglichkeiten, Personen aus den Fenstern, dem Keller und sogar vom Dach zu bergen. Intensiv wurden auch Decken- und Wanddurchbrüche erstellt, da sich hierzu sonst kaum eine Gelegenheit ergibt. Die Gitter der Stallungen wurden mit dem Trennschleifer durchtrennt und so zusätzliche „Durchgänge“ geschaffen.

Für die Zukunft hofft man auf weitere solcher Übungsobjekte.

T. H.

Hessen



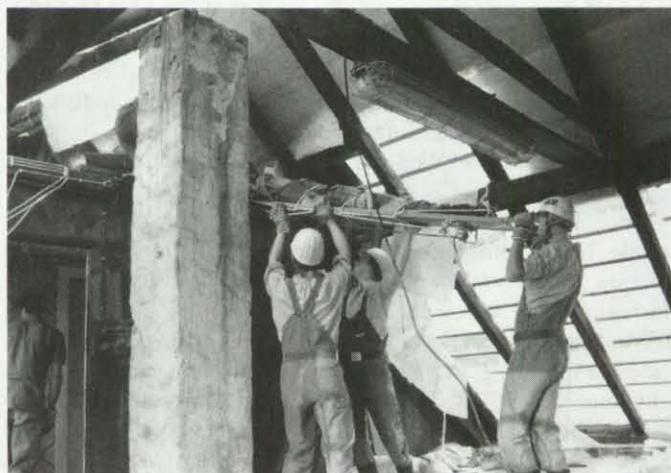
Für den Ernstfall gerüstet

Gießen. Für den Einsatz bei Unfällen mit radioaktiven, biologischen und chemischen Stoffen gerüstet zeigten sich ABC-Züge aus ganz Hessen in einer Übung am Samstag, dem 15. Mai 1993. Auf dem Gelände des Technischen Hilfswerks in Gießen und an insgesamt acht Stationen im Kreisgebiet wurden den rund 105 Helfern Aufgaben aus den Bereichen Strahlenschutz, Umgang mit Gefahrgut sowie Erkunden von ABC-Gefahren gestellt. Weiterhin wurde die Entgiftung (Dekontamination) von Personen und Fahrzeugen geübt. Hierzu bauten Helfer der vier beteiligten Züge auf dem THW-Gelände jeweils zwei komplette Dekontaminationsstellen für Personen und Gerät auf.

An den Anlaufpunkten im Kreisgebiet wurden unter anderem die Entnahme von Bodenproben, die Messung von Strahlung sowie der Umgang mit gefährlichen Stoffen und die Rettung von Personen aus ABC-Gefahren geübt.

Die Übung wurde von den Führungskräften des beim THW-OV Gießen ansässigen ABC-Zuges unter der Leitung von Zugführer Uwe Kylau geplant und organisiert. Als Beobachter der Übung waren Vertreter der Katastrophenschutzschule des Landes Hessen sowie der Referent für Katastrophenschutz beim Regierungspräsident Gießen, Jochen Decher, anwesend. In der THW-Unterkunft war die Übungsleitung eingerichtet, von der aus die Verantwortlichen Uwe Kylau, Thomas Lowak, Axel Müller und Frank Schlichting das Übungsgeschehen lenkten. Übungsleiter Kylau zeigte sich in einem Gespräch mit dem Ablauf der Übung zufrieden.

K.-D. P.



Ein „Verletzter“ wird vom Speicher des Wohngebäudes „gerettet“.



Dank und Anerkennung für Somalia-Einsatz

Stuttgart. Für die ersten beiden Mannschaften des Technischen Hilfswerks Baden-Württemberg, die in Somalia zum Einsatz gekommen waren, gab der baden-württembergische Innenminister Frieder Birzele Ende Juni einen Empfang im Marmorsaal des Neuen Schlosses in Stuttgart. In seiner Ansprache führte der Minister aus: „Ich möchte dem Landesverband Baden-Württemberg des Technischen Hilfswerks, vor allem aber Ihnen, der ehrenamtlichen Helferinnen und den ehrenamtlichen Helfern, für Ihren Einsatz im Rahmen der humanitären Hilfe in Somalia danken und meine Anerkennung aussprechen.“

Das Technische Hilfswerk ist seit 40 Jahren, seit seinem Bestehen, auf dem Gebiet der humanitären Auslandshilfe tätig und hat hervorragende Arbeit geleistet. Das THW hat sich in dieser Zeit zu einer leistungsfähigen und weltweit anerkannten Organisation entwickelt. Die humanitäre Auslandshilfe ist inzwischen zu einem Aufgabenschwerpunkt des Technischen Hilfswerks geworden. Dabei nimmt die internationale Flüchtlingshilfe nach dem vom Bundesinnenministerium mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen geschlossenen Vertrag einen besonderen Platz ein.

Die Einsatzstatistik des Landesverbands Baden-Württemberg auf diesem Gebiet für 1992 ist beeindruckend. Bei 52 Hilfsmaßnahmen waren insgesamt 429 Helfer bei Auslandseinsätzen in vier Ländern tätig. Sie erbrachten dabei zusammen fast 116 000 Helferstunden. Mit diesen Leistungen steht der Landesverband Baden-Württemberg im bundesweiten Vergleich weit an der Spitze.



Empfang bei Innenminister Frieder Birzele für die am Somalia-Einsatz beteiligten THW-Helfer.

Das Technische Hilfswerk ist neben den Feuerwehren und den privaten Organisationen aber auch Teil unseres Hilfeleistungssystems im Inland. Die Helferinnen und Helfer des Landesverbands Baden-Württemberg waren im letzten Jahr im Inland in 765 Fällen im Einsatz und haben dabei rund 40 000 Helferstunden geleistet. Diese Bilanz beweist, daß das Technische Hilfswerk einen wichtigen Platz in unserem Hilfeleistungssystem einnimmt. Dabei kann nicht oft genug erwähnt werden, daß Sie diesen Dienst freiwillig und ehrenamtlich ausüben. Dafür gebührt Ihnen unser Dank und unser Respekt.

Lassen Sie mich auf den Einsatz in Somalia eingehen. Dies war ja nicht der erste Einsatz des Technischen Hilfswerks in Somalia. Das THW war zwischen 1980 und 1990 schon fünfmal dort eingesetzt. Damals ging es insbesondere um die Aufbereitung von Trinkwasser für äthiopische Flüchtlinge und den Bau von Brücken, um den Flüchtlingsbewegungen einen Weg zu bahnen.

Der diesjährige Einsatz wurde bereits im Dezember vorigen Jahres von der Bundesregierung beschlossen. Das Technische Hilfswerk erhielt dabei den Auftrag, zur Unterstützung des Hilfspersonals der UNO-Somaliahilfe in Somalia technische Soforthilfe wie

– provisorische Sicherstel-

- lung der Wasserversorgung der Bevölkerung,
- Sicherstellung der Notstromversorgung für medizinische Geräte,
- Instandsetzung von Elektroversorgungseinrichtungen und
- Reparatur von Abwasseranlagen zu leisten.

Durch die unsichere Lage in Somalia verzögerte sich der Einsatz zunächst. Nach einem ersten Erkundungseinsatz reisten dann aber Anfang März 18 Spezialisten nach Mogadischu. Ich darf dabei besonders betonen, daß der Landesverband Baden-Württemberg die Hälfte dieses Spezialistenteams stellte.

Ende April 1993 startete die 50köpfige THW-Einsatzmannschaft aus Baden-Württemberg mit rund 400 Tonnen Spezialausrüstung in Richtung Somalia. Diese Mannschaft wurde am 26. Mai 1993 durch ein ebenfalls 50 Mann starkes Team abgelöst, das die begonnenen Arbeiten fortsetzte.

Leider war der Einsatz des ersten Teams von einem Überfall, bei dem zwei Helfer verletzt wurden, überschattet. Ich bin froh, daß sich beide von ihren Verletzungen gut erholt haben. Der Einsatz des zweiten Teams mußte aufgrund der blutigen Attacken somalischer Milizen, bei denen am 5. Juni 1993 57 Menschen ums Leben kamen, davon 22 pakistanische UN-Soldaten, abgebro-

chen werden. In Anbetracht der sich zuspitzenden Situation bin ich sehr froh, daß Sie unverseht zurückgekehrt sind.

Sie haben über mehrere Wochen hinweg in einem Land, das durch Bürgerkrieg zerstört ist und in dem täglich Menschen verhungern, in vorbildlicher Weise Hilfe geleistet. Sie haben den Menschen in Somalia gezeigt, daß wir sie in ihrer Not nicht alleine lassen. Um diesen Menschen zu helfen, haben Sie die Gefahren in Kauf genommen, die in einem Land ohne staatliche Ordnung drohen. Ihr Mut verdient Bewunderung.

Das Technische Hilfswerk war in diesem Jahr mit rund 250 Helfern in Somalia im Einsatz. Davon waren 110 Helfer aus dem Landesverband Baden-Württemberg. Damit haben die Helfer des Landesverbandes Baden-Württemberg des Technischen Hilfswerks wieder einmal ihre besondere Hilfs- und Einsatzbereitschaft unter Beweis gestellt.

Ich danke jedem einzelnen für seinen ganz persönlichen Einsatz, wünsche Ihnen allen für die weitere Arbeit Zuversicht und guten Erfolg und freue mich jetzt auf das Gespräch mit Ihnen.“

In zahlreichen Einzelgesprächen informierte sich der Innenminister anschließend über die persönlichen Eindrücke und Erfahrungen der THW-Helfer. In einem Gang durch die vom Landesverband Baden-Württemberg aufgebaute Fotoausstellung über den Somalia-Einsatz konnte sich Birzele einen Einblick in die konkreten Arbeiten in Mogadischu und Afgoi verschaffen.

Im Anschluß zeichnete der THW-Landesbeauftragte für Baden-Württemberg, Dipl.-Ing. Dirk Göbel, zusammen mit dem Leiter der Abteilung Katastrophenschutz, Feuerwehr und Ordnungsrecht im Innenministerium, Ministerialdirigent Klaus Gaa, die Helferinnen und Helfer des ersten und zweiten Teams mit dem Abzeichen für humanitäre Hilfe im Ausland aus.

Feuerwehr informierte sich beim THW

Wangen. Bei einem Fest in Gottrazhofen hatten Feuerwehrmänner und THW-Helfer gemeinsam für die Verpfle-

gung der Gäste gesorgt. Danach wollten die Feuerwehrmänner aus Göttlishofen mehr über die Arbeit des Technischen Hilfswerks wissen.

Gesagt – getan: Ein Besuch beim THW-OV Wangen wurde aufs Programm gesetzt. Dabei konnten sich die Wehr-

männer über das Know-how der THW-Helfer informieren. Gerätewagen und deren „Innenleben“ wurden erklärt, technische Hilfsmittel zur Rettung von Verletzten vorgeführt und nicht zuletzt die Fähigkeit der THW-Helfer, mit diesen Geräten schnell und sicher um-

zugehen, unter Beweis gestellt. Zum Schluß war man sich einig: alle Hilfsorganisationen müssen zusammenarbeiten, um im Katastrophenfall rasch und effektiv helfen zu können.

D. S.

Warndienst



Treffen der ehemaligen Führungskräfte

In diesem Jahr trafen sich am 8. und 9. Mai die ehemaligen Führungskräfte des Warndienstes, pensionierte Warnamts- und Einsatzleiter sowie Referatsleiter des Bundesamtes für Zivilschutz, im Warnamt VII in Weinsheim. Der Leiter der Abteilung Warndienst im Bundesamt für Zivilschutz, Abteilungspräsident Dr. August-Jürgen Maske, und der Leiter des Warnamts VII, Baurat Gerd Hardt, begrüßten die „Ehemaligen“ und stellten ihnen das Rahmenprogramm vor. Anschließend unternahm die Gruppe bei sonnigem Wetter eine Schifffahrt auf dem Rhein, die sie von Bingen zum Loreleyfelsen nach St. Goar führte. Während der Fahrt wurden nicht nur viele Geschichten aus vergangenen Warndienstzeiten erzählt, Gesprächsthema war auch die Situation des heutigen Warndienstes.

Der erste Tag des Treffens endete mit einem geselligen Beisammensein.

Am nächsten Tag erläuterte Dr. Maske die aktuellen Entwicklungen und Tendenzen im Bereich des Zivilschutzes und die derzeitige Situation des Warndienstes. Hierbei zeigten sich die ehemaligen Führungskräfte des Warndienstes besorgt darüber, daß wegen der angespannten Finanzlage des Bundes eine der am besten funktionierende und wichtigste Einrichtung des Zivil-

schutzes durch den Wegfall der Sirenen in ihrer Leistungsfähigkeit stark eingeschränkt wurde, obwohl die jüngste Vergangenheit zeigt, daß selbst in Europa noch Kriege möglich sind und der Bund unverändert die Aufgabe hat, die Bevölkerung vor entsprechenden Gefahren zu warnen. Über die vom BMI beim Warndienst geplanten Sparmaßnahmen wurde diskutiert. Dr. Maske betonte, daß an dem Konzept für den Warndienst der Zukunft weiter zu arbeiten sein wird.

Das Treffen endete mit einem Dank an die Bediensteten des Warnamts VII für die gute Betreuung und dem Vorsatz, sich im Mai des nächsten Jahres im Warnamt VIII wiederzusehen.

Besuch vom luxemburgischen Warndienst

Vom 11. bis 12. Juni 1993 besuchten vier luxemburgische Warndienstmitarbeiter unter der Leitung von Herrn Schockweiler das Warnamt VII in Weinsheim. Hier war eine Warndienstübung der Länder Luxemburg und Deutschland, an der auf deutscher Seite das Warnamt VII teilnehmen wird, vorzubereiten.

Nach der Begrüßung der Gäste durch den Leiter des Warnamts VII, Dipl.-Ing. Gerd Hardt, wurden erste Details der für den Oktober geplanten Übung „Ludex I“ besprochen.



Ehemalige Führungskräfte des Warndienstes im Warnamt VII.

(Foto: Hardt)

Im Tagungsraum des Warnamts fand im folgenden die genaue Ausarbeitung der Übung statt, die den internationalen Meldeaustausch zwischen Luxemburg und Deutschland verbessern soll.

Auf die Besprechung, die bis in die Abendstunden dauerte und an der auch alle Einsatzleiter des Warnamts teilnahmen, folgte ein gemütl-

ches Beisammensein, bei dem auch über die derzeitige Situation der beiden Warndienste diskutiert wurde.

Am nächsten Tag verabschiedete sich die luxemburgische Delegation mit dem Wunsch, in Kürze die Einsatzleiter des Warnamt VII bei einem Gegenbesuch in Luxemburg begrüßen zu dürfen.



Die luxemburgischen Gäste im Warnamt Weinsheim. (Foto: Müller)



DRK-Helfer für das IKRK in Bosnien tätig

In der Auslage des kleinen privaten Gemischtwarenladens im Stadtzentrum von Zenica liegt ein einziges Paket Zucker. Dies und einige wenige Stücke Kernseife sind das einzige Handelsgut. Noch vor einem Jahr gingen die Geschäfte so gut, daß sich Ladenbesitzerin Anna und ihr Mann Slobodan einen Besuch bei Verwandten in den USA leisten konnten. Die beiden haben in den vergangenen Jahren ein großes Einfamilienhaus gebaut und ein stattliches Auto steht vor der Tür. Der Krieg in Bosnien hat das Ehepaar in wenigen Monaten zu Bettlern gemacht. Die Moslemin Anna und der Serbe Slobodan versuchen dennoch, den Schein der Normalität zu wahren. Jeden Morgen öffnen sie ihr Geschäft und warten – meist vergeblich – auf Kunden. Anna und Slobodan wollen Zenica nicht verlassen, „um keinen Preis“. Dies hieße, sich in die Heerschar der Hunderttausenden Flüchtlinge einzureihen, die innerhalb der Grenzen des Landes umherirren, ohne Hoffnung und ohne Ziel.

Zenica quillt über von Flüchtlingen. Rund 30 000 Menschen, meist Moslems, sind in dieser unansehnlichen grauen Industriestadt gestrandet. Darunter auch Dzemal aus einem Dorf bei Banja Luka, heute eine Basis der Serben nordwestlich von Zenica. Dzemal ist seit zehn Jahren Rentner, seit einem halben Jahr leben er und die weiblichen Mitglieder seiner Familie samt den Enkeln in einer Turnhalle. Ein Sohn kämpfte in Travnik, das ist eine von Moslems gehaltene Stadt in der Nachbarschaft von Zenica. Vom anderen Sohn gibt es schon seit Monaten kein Lebenszeichen mehr.

„Zwei Häuser und einen Mercedes habe ich mir auf Montage in Deutschland und Frankreich erarbeitet und nun: Alles Schutt und Asche.“ Das Hab und Gut der Familie ist auf den Inhalt weniger Plastiktüten beschränkt, die unter den Holzbetten säuberlich verstaut sind, die das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) kürzlich den bis dahin auf dem nackten Fußboden kampierenden Flüchtlingen zur Verfügung gestellt hat. Trennwände gibt es nicht, es gibt hier keine Privatsphäre.

Der sechsjährige Enkel klammert sich an Dzemal, den hageren Großvater mit dem gekerbten Gesicht. Die Sorgen der Erwachsenen spiegeln sich in den unendlich traurigen Augen des Kleinen wider. Die Kinder in der Turnhalle sind alle sehr still, kein Toben, kein lautes Lachen. Müde und blaß sehen sie aus.

Anna, Slobodan und Dzemal wissen, daß es für sie aus Zenica kein Entrinnen gibt. Hier kreuzen sich die Interessen der Militärs aller drei Seiten. Die hohe Zahl der Flüchtlinge hat die ethnische Zusammensetzung der Stadt entscheidend verändert: 30 000 Flüchtlinge ließen den Anteil der Moslems von 40 auf 70 Prozent hochschnellen. Das hat wiederum den Appetit der Serben und Kroaten auf die Moslem-Bastion geweckt. Seit April liegt die Stadt wechselweise unter Beschuß der einen wie der anderen Kriegspartei.

Wer das Leid der Zigtausenden Menschen, der Alten, Frauen und Kinder, gesehen hat, die unverschuldet an den Rand menschlicher Existenz gedrückt worden sind, begreift, daß es den eigenen persönlichen Einsatz wert ist. Da-



Ein IKRK-Konvoi auf dem Weg von Split nach Zenica während einer Fahrzeugpanne. An Bord: 35 Tonnen Nahrungsmittel.

bei geht es nicht bloß um die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Decken. Es bedeutet auch, den durch den Krieg entwurzelten Menschen – Moslems, Serben und Kroaten – ungeachtet ihrer ethnischen und religiösen Zugehörigkeit ein Stück Verbundenheit zu zeigen, ihnen Mut zu machen, diese schwere Situation durch-

zustehen, sich nicht aufzugeben.

In Bosnien stehen seit diesem Frühjahr auch freiwillige Helfer des Deutschen Roten Kreuzes als Lkw-Fahrer im Einsatz. So oft auf der Strecke zwischen der kroatischen Hafenstadt Split und dem moslemischen Zenica die Waffen



Nahrungsmittelpakete für jeweils eine Person. Inhalt pro Person und Monat: Speiseöl, Schmelzkäse, weiße Bohnen, Corned beef, Zucker, Trockenhefe, Seife und Waschmittel.



Moslemische Flüchtlingskinder in einer Notunterkunft in Zenica. Die Betten wurden vom IKRK gestiftet. (Fotos: Dr. Köster-Hetzendorf)

schweigen, transportieren sie Hilfsgüter in die belagerte Stadt.

Das DRK beteiligt sich unter anderem mit 230 000 Ein-Personen-Paketen im Gesamtwert von 2,1 Millionen DM an der Nahrungsmittelhilfe des IKRK. Das IKRK versorgt von Split aus rund 650 000 Bedürftige in Bosnien und der Herzegowina, die Hälfte davon entfällt auf Zenica und Umgebung. Diese Einmonatsration (Speiseöl, Schmelzkäse, weiße Bohnen, Corned Beef, Zucker, Trockenhefe, Seife, Waschmittel) wird durch die Ausgabe von acht Kilogramm Mehl ergänzt.

Am 28. Mai startete in Merl bei Bonn ein erster Konvoi mit sieben Lkw und 30 000 Paketen nach Split. Sechs der 14 in Bosnien fürs IKRK eingesetzten Fahrer transportierten die Pakete von dort nach Zenica und erlebten dabei eine der wohl gefährlichsten Einsätze in Bosnien. Denn gerade zu diesem Zeitpunkt erreichten die Auseinandersetzungen zwischen den bis dahin verbündeten Kroaten und Moslems ihren Höhepunkt und gipfelten in offenen Kampfhandlungen. Die 230 Kilometer lange Strecke Split-Zenica, bis dahin eine der sichersten Routen nach Zentralbosnien, führte plötzlich unmittelbar durch Kampfgebiet. Außerdem begannen Banden in dem Gebiet ihr Unwesen zu treiben. Überfälle auf Konvois nahmen schlagartig zu.

Kurz vor Zenica war es dann soweit: Banditen, die sich als Kroaten zu erkennen gaben, zwangen den Konvoi mit entscherten Gewehren zum Halt. „Was habt ihr geladen?“ Pakete und Diesel-Fässer. „Was sollen die Türken (Moslems, Anm. Red.) damit? Rückt den Diesel raus!“ Ruhig und souverän meisterte Konvoi-Leiter Heinz Schoenli, ein Schweizer, die brenzlige Situation. Schoenli will den „Chef“ sprechen, verhandelt – freundlich und sachlich. Er kann sich auf sein Team verlassen. Kein Fahrer verliert die Nerven, alle scheinbar gelassen. Die Banditen lassen schließlich den Konvoi weiterfahren: Der „Tribut“ beträgt „nur“ vier 200-Liter-Diesel-Fässer.

Aufatmen geht durch die Runde: Drei Tage vorher ist unweit dieser Stelle ein Caritas-Konvoi überfallen worden: Drei Italiener wurden getötet. Alle deutschen Helfer haben nach diesem Zwischenfall weitergemacht: Oliver Neumann, der Kfz-Mechaniker aus dem Schwabenland, ist heute sogar selbst als Konvoi-Leiter (Konvoier) im Einsatz. Er ist als erster Deutscher Rotkreuzhelfer in dieser Funktion für das IKRK tätig.

Maren Köster-Hetzendorf

Symposium fünf Jahre IFHV – Humanität als Alibi

Aus Anlaß seines fünfjährigen Bestehens veranstaltete das Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht der Ruhr-Universität Bochum Ende Juni ein Symposium zum Thema „Internationale Konfliktbewältigung – Humanitäre Hilfe“. Die hochkarätigen Referenten griffen damit ein aktuelles Thema auf, das die Staatengemeinschaft und die Rotkreuzbewegung in diesem Jahr beschäftigt hat und wohl sicher noch weiter beschäftigen wird.

Vor fünf Jahren, 1988, dem Gründungsjahr des Instituts für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV), gab es noch eine „sichere Entfernung zur Welt“, eine „klare Orientierung in den Köpfen im Windschatten der Mauer“. So sah es der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Herbert Schnoor, der das Jubiläumssymposium „Internationale Konfliktbewältigung – Humanitäre Hilfe“ im Hörsaal I der Ruhr-Universität Bochum mit einem Grußwort beehrte. Heute, so Schnoor, hätten sich Haß und Gewalt als ansteckend erwiesen. Er registrierte ein „großes Defizit an moralischer Kapazität“ und würdigte IKRK-Präsident Dr. Cornelio Sommaruga und DRK-Präsident Prinz Wittgenstein als „moralische Instanzen“. Zusammen mit dem Roten Kreuz sei jetzt eine Kampagne zur Ächtung des Minenkriegs fällig.

Dr. Cornelio Sommaruga würdigte in seinem Referat das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und seine weltweiten Delegationen als „Inseln des gesunden Menschenverstands“. Die Neutralität des IKRK sei absolut. Sie könne mit der schweizerischen Neutralität nicht verwechselt werden. Klar definierte der IKRK-Präsident die Unabhängigkeit des Roten Kreuzes: „Es gibt keine guten oder schlechten Opfer.“

Hinsichtlich des ehemaligen Jugoslawien, das sich wie ein roter Faden durch das gesamte Symposium zog, prangerte Sommaruga den dortigen humanitären Aktionismus als „Alibi einer unfähigen Politik“ an. Er forderte das Recht auf humanitäre Einmischung ein und bezeichnete das Humanitäre Völkerrecht als Schutzwall bei kriegerischen Auseinandersetzungen. Ganze Zivilbevölkerungen seien zu Geiseln des Kriegs geworden, die „Erosion des Humanitären Völkerrechts“ wäre spürbar.

Von den Schwierigkeiten und der Zähigkeit seiner Arbeit berichtete Professor Frits Kalshoven, seit Ende vergangenen Jahres Vorsitzender der sogenannten UN-Kriegsverbrechenskommission für das ehemalige Jugoslawien. Diese Kommission sammelt Informationen unabhängig ihres Wahrheitsgehalts. Danach würden Experten vor Ort herauszufinden versuchen, ob die gemachten Behauptungen den Tatsachen entsprächen. So waren beispielsweise 14 Tage lang kanadische Experten in Bosnien-Herzegowina, um Details über die Schlacht von Sarajevo zu erfahren. Gesicherte Erkenntnisse über Kriegsverbrechen sollen dann dem zu bildenden Tribunal zugeführt werden. Professor Kalshoven: „Die Kommission möchte kein Papiertiger sein, aber wir arbeiten uns nur mühsam voran.“

Professor Dr. Roman Wieroszewski hat als Mitglied der „Mazowiecki-Kommission“ einzigartige Erfahrungen bei der Tatsachenfeststellung in Jugoslawien sammeln können, wovon er dem Auditorium berichtete.

In der sich anschließenden Podiumsdiskussion, die sich der Frage widmete, ob Humanitäre Hilfeleistungen ohne Schutzkomponenten erfolgen könnten, stellte DRK-Präsident Prinz Wittgenstein fest, er beobachte mit großer Sorge und Ärger, wie die Humanitäre Hilfe zweckentfremdet und politisiert werde. Dies habe negative Auswirkungen auf die Hilfsorganisationen. Mit einem Wortspiel machte der

DRK-Präsident klar, worum es ihm in erster Linie geht: An Stelle von der „Pflicht zur Humanitären Intervention“ sollte man von der Pflicht zur „Humanitären Investition“ durch die Staaten sprechen. Diese Investition sollte alle Hilfsorganisationen in die Lage versetzen, ihren Beitrag zu leisten, um humanitäre Hilfe gewähren zu können.

Admiral a. D. Dieter Wellershoff, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, zeigte sich von der bisherigen Diskussion und den Referaten „hinreichend juristisch eingeschüchtert“. Er ergriff eine Schrift des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg „Vom Recht des Starken zur Stärkung des Rechts“ auf und betonte, die Staaten seien zum „gemeinschaftsfreundlichen Verhalten verpflichtet“.

Professor Egon Bahr, Direktor des oben erwähnten Hamburger Instituts, gab zu bedenken, daß man sich zwar immer mit Konfliktbewältigung und mit Humanitärer Hilfe beschäftige, aber kaum mit Konfliktverhinderung. Die Humanitäre Hilfe sei auch eher ein „Feigenblatt der unfähigen Politik, ein Problem zu lösen“. Wer könne gebrochenes Recht durchsetzen, damit der Samariter in der Lage sei, zu helfen, fragte Egon Bahr. Sein Vorschlag: „Wer Gewalt anwendet, sollte in Zukunft kein Recht mehr auf Unterstützung der Weltgemeinschaft haben.“ Darüber hinaus sollten alle Staaten automatisch kollektiv verpflichtet werden, ohne Vetorecht im UN-Sicherheitsrat einen Aggressor zu zähmen. Davon völlig getrennt müßte freilich das Humanitäre Völkerrecht gesehen werden. Bezogen auf Jugoslawien, meinte Bahr, die Vereinten Nationen fingen an, in die Gefahr zu kommen, potentielle Kriegspartei zu werden, wenn sie Humanitäre Hilfe mit Waffengewalt durchsetzen würden. Das Recht zur Humanitären Hilfe müsse durch eine Mehrheit von Staaten gesichert sein.

IKRK-Präsident Sommaguara machte darauf aufmerksam,

daß man weiter denken müsse, als nur die rein materielle Hilfe im Auge zu haben. Es nütze wenig, einem hungernden Menschen zu essen zu geben, wenn man genau wisse, daß er zwei Stunden später aufgehängt würde. Deswegen seien für das Rote Kreuz Hilfe und Schutz zusammen zu sehen.

Prinz Wittgenstein betonte, daß das Rote Kreuz gebrochenes Recht nicht durchsetzen könne. Humanitäre Hilfe bedürfe der kollektiven Hilfe, also flankierender Maßnahmen.

Die etwa 120 Teilnehmer des Symposiums, darunter Vertreter von Bundes- und Landesministerien, Bundeswehr, DRK-Landesverbänden, verschiedener Institute der Ruhr-Universität und europäischer wissenschaftlicher Institute waren sich wieder einmal einig, daß man sich ohne die Möglichkeiten der Durchsetzung des Humanitären Völkerrechts und damit auch der Humanitären Hilfe immer wieder im Kreise drehe. Dennoch gab es auch positive Aspekte, denn schließlich galt es, das fünfjährige Jubiläum des IFHV zu feiern, was alle Vortragenden auch nicht zu erwähnen vergaßen.

Professor Dr. Dr. h.c. Knut Ipsen, LLD h.c., der Direktor des Instituts, hatte in seiner Begrüßung die „überaus fruchtbare Symbiose mit dem DRK“ gewürdigt. Gleichzeitig wies er darauf hin, daß das Institut seit seinem Bestehen 247 Publikationen, 29 Projekte, 29 Vorlesungen, nationale und internationale Tagungen sowie 298 Vorträge im In- und Ausland vorweisen könne. Einen besonderen Dank stattete Professor Ipsen dem Akademischen Oberrat und Geschäftsführer des IFHV, Dr. Horst Fischer, ab, der auch beim DRK hohe Wertschätzung genießt und sich speziell beim Roten Kreuz mit Studien und Vorträgen sowie mit brandaktuellen Statements (Bo-faxe) einen Namen gemacht hat.

Carl-Walter Bauer

Hilfe für die Ukraine

Noch 40 Ersatzkanister wurden auf die Fahrzeuge geladen, als „eiserne Reserve“ gedacht, dann fiel der Startschuß: Ein Hilfskonvoi, bestehend aus acht Lastzügen und vier Kleinbussen, machte sich von Meckenheim aus auf den Weg in die 2500 Kilometer entfernte Hafenstadt Odessa in der südlichen Ukraine. An Bord der Fahrzeuge befanden sich medizinische Geräte, Verbrauchsmaterial und Medikamente im Wert von 4,5 Millionen Mark.

Daß die Treibstoffkanister nicht umsonst mit auf die Reise gegangen waren, zeigte sich schnell während der fünftägigen Reise durch Deutschland, Polen und schließlich die Ukraine. Einsatzleiter Jean-Marie Falzone hielt den Konvoi immer wieder am Straßenrand an, um die Fahrzeuge per Kanister aufzutanken, da insbesondere in der ehemaligen Sowjetrepublik Ukraine Diesel und Benzin Mangelware sind.

Nachdem das Material und die Fahrzeuge in Odessa eingetroffen waren, begann die eigentliche Arbeit der insgesamt 13 Helfer des DRK. Die Hilfsgüter wurden auf über 40 Krankenhäuser und 30 Sanitätsstationen verteilt. Neben Odessa wurden die Regionen Nikolajew und Cherson versorgt.

Große Freude herrschte dabei in den Krankenhäusern. Sie erhielten EKG- und Narkosegeräte, Endoskope sowie Röntgenapparate, dazu medizinisches Verbrauchsmaterial, beispielsweise Einmalspritzen, und eine Vielzahl von Medikamenten, die in der Ukraine momentan praktisch nicht zu bekommen sind. Mit großer Dankbarkeit wurden die Hilfsgüter angenommen. „Auf solches Material haben wir 30 Jahre lang gewartet“, äußerte spontan der Chirurg einer orthopädischen Klinik in Odessa. Der Einsatz der medizinischen Geräte ließ nicht lange auf sich warten. Nach kurzer Zeit hatten sich Ärzte und Pflegepersonal damit vertraut gemacht und konnten die neue Technik an den Patienten einsetzen. Nur drei Tage nach der Anlieferung konnte ein Narkosegerät beispielsweise im Operationsaal in Betrieb genommen werden.

Ganz einfach war die Verteilung der Hilfsgüter für die Helfer jedoch nicht. Um die Krankenhäuser zu erreichen, mußten täglich oft mehrere hundert Kilometer zurückgelegt werden. „Das war bei den schlechten Straßenverhältnissen kein Vergnügen“, wußte ein Helfer zu berichten. Trotzdem konnten die Hilfsgüter wie geplant verteilt werden. Mit dem Verlauf der Hilfsaktion zeigte sich Einsatzleiter Jean-Marie Falzone sehr zufrieden. Durch die gute Zusammenarbeit mit dem Ukrai-



Einsatzleiter Jean-Marie Falzone (rechts) übergab die Hilfsgüter persönlich an den Leiter der Kinderklinik in Odessa. (Foto: Wagner)

nischen Roten Kreuz hätten anfängliche Schwierigkeiten, etwa Sprachprobleme, schnell ausgeräumt werden können.

Die Gelder für diese Hilfsaktion stammten von der Bundesregierung. Sie sind Teil eines Programms zur Wiederansiedlung Deutschstämmiger im südlichen Teil der Ukraine. Die Hilfslieferungen an die Krankenhäuser und Sanitätsstationen sollen dazu beitragen, die Lebensverhältnisse der Umsiedler, aber auch der einheimischen Bevölkerung zu verbessern.

Nach gut zwei Wochen konnten die Helfer wieder in Richtung Deutschland aufbrechen. Diesmal waren die Treibstoffkanister die einzige, aber unentbehrliche Ladung der Fahrzeuge!

Jens Wagner

Positionspapier zum Rettungsdienst

Das DRK-Präsidium hat am 8. Juli eine verbandspolitische Position des Deutschen Roten Kreuzes zur öffentlichen Diskussion über das Gesundheitsstrukturgesetz und den Rettungsdienst verabschiedet:

Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) hat entsprechend seiner freigestellten historischen und satzungsgemäßen Aufgabenstellung lange vor jeder staatlichen Regelung durch eigene Mittel Rettungsdienst aufgebaut, entwickelt und betrieben. Um Ursache und Wirkung in ein rechtes Verhältnis zu setzen, bedarf es der Klarstellung, daß die staatliche Regelung die Folge und nicht die Ursache des bestehenden Rotkreuz-Rettungsdienstes war.

Im Rahmen des öffentlich-rechtlichen Rettungsdienstes, der nach Art. 30/70 und 83 GG in der ausschließlichen Kompetenz der Länder liegt, hält das DRK heute im Auftrag der Träger rund um die Uhr flächendeckend, d. h. auch in dünnbesiedelten und strukturschwachen Gebieten, Rettungsleitstellen, Rettungswachen, Einsatzfahrzeuge und qualifiziertes Personal vor.

Damit leistet das DRK einen beachtlichen Beitrag zu dem weltweit anerkannten hohen Qualitätsstandard des Rettungsdienstes der Bundesrepublik Deutschland. Wer dünnbesiedelten und strukturschwachen Gebieten einen gleichwertigen Rettungsdienst verantwortungsbewußt nicht vorenthalten will, muß die sich daraus ergebenden Kostenfolgen in Kauf nehmen und auch politisch zu vertreten bereit sein. Man kann nicht den hohen Qualitätsstandard des deutschen Rettungsdienstes rühmen und in Anspruch nehmen, ohne die damit verbundenen finanziellen Konsequenzen tragen zu wollen.

Der Rettungsdienst muß nach der Auffassung und den praktischen Erfahrungen der Bundesländer und des DRK sowie nach den notfallmedizinischen Erkenntnissen öffentlich-rechtlich organisiert bleiben. Er kann nicht den unbestrittenen und unverzichtbaren Sicherheitskriterien entsprechen und gleichzeitig aus Kostengründen den Spielregeln des freien Marktes ausgesetzt werden.

Der bestehende, notfallmedizinisch erforderliche und von den Bürgern erwartete Qualitätsstandard des Rettungsdienstes kann nur mit beträchtlichen Vorhaltekosten bereitgestellt werden, die nachweisbar mehr als 75 Prozent der Gesamtkosten ausmachen. Ein Staat, der gleichzeitig durch Anforderungen an die personelle Quantität und Qualifikation (Rettungsassistentengesetz und Rettungsdienstgesetz), Arbeitszeitsvorschriften (Gewerbeaufsichtsämter), Arbeitszeitverkürzungen und Tarifabschlüsse (BAT) kumulierend preisstärkernd wirkt, darf die Folgen dieser Preisentwicklung nicht den Leistungserbringern zuweisen und gleichzeitig den Eindruck erwecken, andere Leistungserbringer könnten dies bei gleicher Qualität und Leistungsdichte und bei Beachtung des beschriebenen staatlichen Regelwerks ebenso gut und preiswerter.

Die Tatsache, daß in zahlreichen Bundesländern die Be-

nutzungsentgelte zwischen Kostenträgern und Leistungserbringern kostendeckend frei vereinbart werden, ist das Indiz schlechthin dafür, daß die Kostenträger keine unnötige Marktfreiwillig zubilligen würden, die durch rechtliche Vorschriften nicht gedeckt ist.

Mit Befremden nimmt das DRK die durch nichts belegte Aussage des Bundesministers für Gesundheit zur Kenntnis, daß Einsparungen in Höhe von 500 Millionen Mark durch die Einschaltung von Privat Anbietern erzielt werden könnten, weil bei der Bevölkerung dadurch der Eindruck erweckt wird und wohl auch werden soll, für die Kostensteigerungen seien die Leistungserbringer verantwortlich, und es bedürfe nur anderer Leistungserbringer, um enorme Kosteneinsparungen zu erzielen. Die Aussage des Bundesministers für Gesundheit, daß nach Verabschiedung des Gesundheitsstrukturgesetzes allein in diesem Jahr Länder und Städte zu Lasten der Krankenkassen die Gebühren für den Einsatz der Rettungswagen um bis zu 200 Prozent erhöht haben, trifft für das DRK als Leistungserbringer im Rettungsdienst nachweisbar in keinem Fall zu.

Da auch dem Bundesminister für Gesundheit bekannt sein dürfte, daß bei der derzeitigen Rechtslage Privatanbieter – allerdings nur bei freier Kapazität – zugelassen werden können, muß die Frage gestellt werden, was sich demgegenüber ändern soll: Sollen ohne zusätzlichen Bedarf zusätzlichen Privatanbieter zugelassen werden, obwohl nicht die Rettungsdienstorganisationen, sondern über den Bedarf hinausgehende Kapazitäten preisstärkernd wirken, oder sollen anstelle der derzeitigen Leistungserbringer Privatanbieter zugelassen werden, die, ohne einen Versorgungsauftrag und ohne deshalb Vorhaltekosten finanzieren zu müssen, lediglich die Leistungen erbringen, die sie zu einem kostengünstigen und gewinnbringenden Angebot durchführen können?

Das satzungsgemäße Engagement des DRK im öffentlich-rechtlichen Rettungs-

dienst, der im Auftrag der Träger durchgeführt wird, ist weder Selbstzweck noch Streben nach Gewinn (der bei bloßer Kostendeckung ohnehin unmöglich ist), sondern eine Grundposition des DRK, für Hilfsbedürftige im Notfall, für Verletzte oder Kranke das Notwendige und Mögliche zu tun. Wenn sich heute über 60 Prozent dieser Patienten dem DRK anvertrauen, hat das DRK auch einen Anspruch darauf, seine Erfahrungen und Argumentationen in die Überlegungen von Reformen einzubringen.

Aufgrund der ausschließlichen Länderkompetenz für die Sicherstellung und Gestaltung des Rettungsdienstes sind tragfähige neue Konzepte einschließlich der Finanzierung nur mit den Ländern, den Leistungserbringern, den Kostenträgern und weiteren Experten möglich, wobei das gemeinsame Ziel nur sein kann, für die gesamte Bevölkerung nach notfallmedizinischen Grundsätzen ein entsprechendes gleiches Niveau zu gewährleisten. Wenn das finanziell nicht möglich sein sollte, dann muß dies gegenüber der Öffentlichkeit von der Politik begründet und verantwortet werden. Die Politik darf Probleme nicht auf dem Rücken der Patienten und zu Lasten der Leistungserbringer austragen.

Das DRK ist bereit, sich sofort an der Weiterführung von Reformen zu beteiligen und eigene konstruktive Beiträge zu leisten. Diese können aber nicht darin bestehen, wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Erfahrungen, personelle und materielle Vorhaltung oder Strukturen und organisatorische Prinzipien einfach zur Disposition zu stellen. Alle Beteiligten, einschließlich der Politik, haben die Pflicht, den Bürgern deutlich zu machen, was ein qualifizierter Rettungsdienst kostet. Sollten Leistungsminderung gefordert und vorgeschrieben werden, so müssen diese gegenüber den Bürgern von denjenigen verantwortet werden, die hierfür politisch die Verantwortung zu tragen haben.

Mit dem Motorrad auf Streife

Der Motorradhilfsdienst des Arbeiter-Samariter-Bundes

Eine große Boulevardzeitung betitelte ihn im Sommer 1993 als den „Doktor auf dem heißen Feuerstuhl“: gemeint war ein Rettungsassistent der ASB-Motorradstaffel, die nun schon im zweiten Jahr ihren ehrenamtlichen Dienst auf Autobahnen, Straßen und Plätzen in den neuen Bundesländern versieht.

Im Sommer 1992 startete der ASB-Bundesverband das Projekt „Motorradhilfsdienst“, wobei der Schwerpunkt dieses neuen Dienstes zunächst eindeutig in Ostdeutschland liegen sollte. Dort fehlte bislang ein derartiger Service auf zwei Rädern. Hinzu kam die Erfahrung, daß die dortigen Autobahnen und Fernstraßen seit der Wiedervereinigung enorme Stau- und Unfallschwerpunkte bildeten und das bestehende Straßennetz völlig unzureichend für das tatsächliche Verkehrsaufkommen war.

Die Erfahrungs- und Einsatzberichte der ASB-Rettungswachen in den neuen Ländern ließen beim Bundesverband in Köln ein Projekt reifen, das vor allem dazu dienen sollte, anlässlich langer Staus, schnelle, wendige und qualifizierte Hilfe organisiert an Notfallorte heranführen zu können.

Der ASB-Bundesverband setzte 1992 insgesamt sechs speziell ausgerüstete Motorräder vom Typ BMW R 60 an fünf ASB-Standorten ein. Von Mai bis September 1992 waren die durchweg ehrenamtlichen Rettungsassistenten, -assistenten, aber auch Notärzte jeweils an den Wochenenden

und Feiertagen im Einsatz, um zahlreiche Hilfeleistungen durchzuführen.

Der Motorradhilfsdienst wurde sowohl von der Bevölkerung, als auch von der Polizei, dem Rettungsdienst und anderen Hilfsdiensten gern angenommen. Weit über 1000 Einsätze und Hilfeleistungen während des Pilotprojektes im vergangenen Jahr belegen dies.

Wegen der sehr positiven Resonanz hat der ASB im zweiten Jahr den Motorradhilfsdienst noch verstärkt und die Dienstleistung auch auf die Altbundesländer ausgeweitet. Die Motorräder wurden zusätzlich mit BOS-Handsprechfunkgeräten und Sondersignal (Blaulicht und Martinshorn) ausgestattet.

Seit Mai 1993 kann man die freiwilligen Motorradhelferinnen

und -helfer des ASB, die diesen Dienst unentgeltlich während ihrer Freizeit ableisten, wieder im Raum Gera, Königs-Wusterhausen, Stralsund und Zwickau antreffen. Erstmals ist mit dem ASB Münster auch ein Ortsverband aus den alten Bundesländern dabei.

Im sächsischen Zwickau war beispielsweise Rettungsassistent Dieter Kalisch über

Silke Hadem macht die Arbeit im Motorradhilfsdienst sichtlich Spaß. (Foto: Mann)



Motorrad- hilfsdienst des ASB

Beratung und Information:

- Beratung von Reisenden auf Bundesautobahnen und Bundesstraßen über Stau- und Problemstrecken, Umleitungen, Unfallschwerpunkte, Rastplätze und Raststätten, Verkehrsinformation allgemein;
- Vermittlung von Pannendiensten, Erste-Hilfe- und Rettungsstationen (-wachen);
- Pausen-/Fitneßprogramme während der Autofahrten, Hitzeschutz, ernährungsphysiologische Fragen und anderes.

Dienstleistungen:

- Durchführung von Erste-Hilfe-Leistungen/lebensrettenden Sofortmaßnahmen, Information des Rettungsdienstes, der Feuerwehr und der Polizei;
- Erkundung und Lagemeldung bei besonderen Anlässen wie z. B. Verkehrsunfällen sowie enge, informative Zusammenarbeit mit anderen Diensten.

Kostenlose Abgabe:

- von dringend erforderlichen Nahrungsmitteln und Getränken (isotonische Getränke, Traubenzucker, Babynahrung, Kekse etc.)
- von erforderlichen Hygieneartikeln wie z. B. Babywindeln;
- von Erste-Hilfe-Artikeln, z. B. Pflasterstreifen, Salben, Sonnenschutzcremes u.a.

Pfingsten auf Tour. Er hatte nach Absprache mit der Autobahnpolizei schwerpunktmäßig die Rastplätze an Autobahnen und Bundesstraßen abgefahren. So konnte er z. B. bei Autopannen helfen, ortsunkundigen Autofahrern den Weg weisen, aber auch bei Verkehrsunfällen schnell über sein Handfunkgerät die Polizei informieren, RTW und Notarzt nachfordern und Erste Hilfe leisten.

Im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern sind zwei Sanitätsmotorräder des ASB vorwiegend in den großen Urlaubsgebieten zwischen Rostock, Stralsund und Rügen unterwegs, um den Stauge-schädigten mit Rat und Tat sowie kleinen Erfrischungen, Tips zur Entspannung u. a. beizustehen.

In Potsdam kam das Motorrad zusätzlich im Rahmen der 1000-Jahr-Feier zum Einsatz. Zwei Tage lang verwandelte sich die Potsdamer Innenstadt in einen einzigen Festplatz mit zahlreichen Ständen, durch die ein Rettungsfahrzeug nur schwerlich durchgekommen wäre. Mit Hilfe des Motorrades konnten z. B. Patienten mit Kreislaufschwierigkeiten

schnell erreicht und versorgt werden.

In den Altbundesländern feiert die Stadt Münster in diesem Jahr ihr 1200jähriges Stadtjubiläum. Besonders viele Großveranstaltungen wie internationale Radrennen, Motorradtreffen mit Sternfahrten und Stadtfeste müssen rettungsdienstlich betreut werden. Auch hier erweist sich regelmäßig die Wendigkeit der Motorradsanitäter bei erforderlichen Erste-Hilfe-Leistungen. War das Krad hierfür nicht gefordert, traf man den „weißen Engel“ auf der BMW auf den Autobahnen um die westfälische Metropole.

Zur Durchführung der Dienstleistungen führen die Rettungssanitäter und -assistenten drei Kofferaufbauten mit sich, in denen sich nicht nur wichtiges Erste-Hilfe-Material wie Beatmungsbeutel, Infusionslösungen, Blutdruckmeßgerät, Sauerstoff und Verbandsmaterial befindet, sondern auch Straßenkarten, Erfrischungsgetränke, Hygieneartikel, Traubenzucker, Sonnenöl und sogar Kinderspielzeug mitgeführt werden. Die Abgabe der Hilfsmittel an die Autofahrer erfolgt kostenlos, nicht zuletzt dank der

Großzügigkeit von örtlichen Sponsoren.

Großen Wert legt der Motorradhilfsdienst des ASB auf die Zusammenarbeit mit anderen Diensten wie Rettungsdienst, Polizei oder ADAC. Hierzu die Position des Bundesverbandes in Köln: „Wir sehen diesen Dienst nicht als Konkurrenz zu anderen Diensten, sondern als sinnvolle Unterstützung. Mit den Motorrädern kommen wir bei einem Unfall viel schneller zum Notfallort als jedes Auto und können gleichzeitig die Rettungsleitstelle alarmieren. In den neuen Bundesländern fehlt es immer noch an ausreichenden Notrufsäulen.“

Seit Juni fährt erstmals auch eine weibliche Sanitäterin im Motorradhilfsdienst des ASB mit. Silke Hadem fährt bereits seit 1984 Motorrad und hat die BMW R 60 ebenso gut im Griff wie ihre männlichen Kollegen vom Rettungsdienst des ASB Zwickau.

Nach Abschluß der Saison 1993 wird der ASB erneut Bilanz ziehen und über eine Ausweitung des Motorradhilfsdienstes nachdenken. Zahlreiche Anfragen von ASB-Gliederungen, auch aus den Altbundesländern, liegen bereits

vor. So wurde u. a. der Vorschlag an den Bundesverband herangetragen, über eine Betreuung von typischen Motorradfahrer-Treffpunkten wie z. B. der „Hohensyburg“ bei Dortmund, aber auch anderer Motorradsportveranstaltungen nachzudenken. Neben dem Hauptaspekt der Hilfeleistung für andere Verkehrsteilnehmer unter besonderen Verhältnissen, verbindet der ehrenamtliche Motorradhilfsdienst des ASB geschickt fachlich-medizinisches Können, die Motivation, helfen zu wollen sowie motorsportliches Interesse und Engagement der einzelnen Helfer im Rahmen eines rundherum sinnvollen Projektes.

Regina Hoffmann/
Wolfram Geier

Mogadischu - Eine Stadt zwischen Krieg und Hoffnung

Vom 28. April bis 6. Juni 1993 übernahmen die Johanniter die medizinische Betreuung des THW-Teams in Somalia. Tagebuchauszüge der Johanniterhelfer Klaus-Peter Plötz, Dr. Kay-Thomas Moeller und Dr. Martin Sasse geben Auskunft über den Einsatz in der somalischen Hauptstadt Mogadischu.

Mi., 28. 4. 93: Abflug von Frankfurt/Main.

Fr., 30. 4. 93: Ankunft in der somalischen Hauptstadt Mogadischu. Das mit dem Schiff transportierte Material ist versehentlich in Bosaso im Norden Somalias entladen worden. Aus den von uns mitgebrachten und am Ort vorhan-

denen Materialien wird ein behelfsmäßiger Notfallkoffer gepackt.

Sa., 1. 5. 93: Ab heute jeden Tag Sanitätsdienst für das THW-Team aus Baden-Württemberg, das in Afgoy, 40 km vor den Toren Mogadischus, ein Krankenhaus von Diakonischem Werk und Caritas wieder mit Strom und Wasser versorgt.

Mi., 5. 5. 93: Kontakt mit dem JUH-Arzt Dr. van den Engh, der im Krankenhaus in Afgoy arbeitet. Er schildert uns die Situation bei der medizinischen Versorgung der somalischen Bevölkerung.

So., 9. 5. 93: Es ist erstaunlich, wie schnell es sich herumspricht, wenn irgendwo ein Arzt ist. Heute sind wir zu einer kreienden Frau mit Geburtsstillstand gerufen worden. Noch während wir uns um die werdende Mutter kümmern, wird eine 30jährige Frau hereingebracht, die bei einem Verkehrsunfall schwer verletzt wurde. Am Ende des Tages hat die Mutter ein gesundes Mädchen geboren und die verletzte Frau liegt im schwedischen Hospital in Mogadischu.

Do., 13. 5. 93: Wieder Afgoy. Wir werden zu einer Fehlgeburt mit starken Blutungen gerufen. Der einheimische Arzt ist unterwegs. Die Patientin erholt sich durch die Behandlung schnell, bleibt aber zur Beobachtung im Krankenhaus von Afgoy. Der nächste Patient wartet schon. Ein Mann mit einer Schußverletzung des rechten Beines. Auch in der Provinzstadt ist der somalische Konflikt gegenwärtig.

Mi., 19. 5. 93: Die Arbeiten am Hospital in Afgoy sind be-



Für einige Wochen übernahmen die Johanniter die medizinische Betreuung des THW-Teams in Somalia. (Foto: Larsen)

endet. Dr. Moeller fliegt nach Deutschland zurück. Schichtwechsel. Seinen Part übernimmt Dr. Sasse.

Sa., 22. 5. 93: Ein THW-Team wird beschossen. Darauf verschärft die UNO die Kontrollen. Die anfangs recht entspannte Atmosphäre wird zunehmend aggressiver. Die Zahl der Bewaffneten unter den Somalis nimmt zu.

Do., 27. 5. 93: Der Fahrer eines unserer Dolmetscher wird erschossen. Mehrere somalische Leibwächter müssen versorgt werden. Ursachen: u. a. Hepatitis und übermäßiger Genuß von Rauschmitteln.

Fr., 28. 5. 93: Die Arbeiten in Afgoy werden wegen der zunehmend kritischer werdenden Sicherheitslage eingestellt.



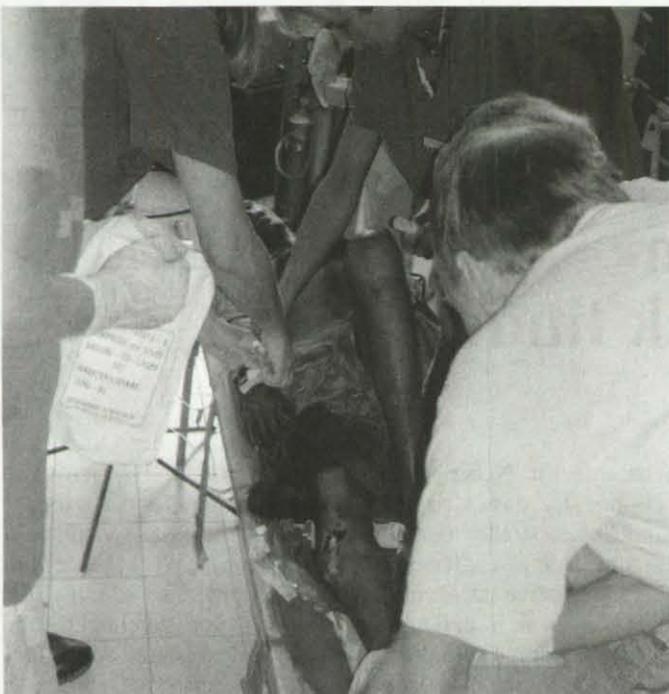
Schnell sprach sich auch in der einheimischen Bevölkerung herum, daß Ärzte vor Ort sind.

Die JUH-Helfer

Klaus-Peter Plötz ist Rettungssanitäter beim Kreisverband Eutin und arbeitet normalerweise in der Eutiner Rettungswache des Hubschraubers „Christoph 12“. Kurz bevor er nach Somalia abflog, konnte er seinen 5000. Einsatz als Besatzungsmitglied des Rettungshubschraubers feiern. Plötz hatte bereits mehrere Auslandseinsätze u. a. in Lettland, Polen, Rumänien. Der Eutiner ist verheiratet und hat drei Kinder.

Dr. Martin Sasse. Chirurg am Johanniter-Krankenhaus, Bonn.

Dr. Kay-Thomas Moeller, Anästhesist am Marien-Stift-Krankenhaus, Braunschweig.



Im Krankenhaus von Afgoy hatten die Johanniter überwiegend Verbrennungen und Schußverletzungen zu behandeln.

Sa., 29. 5. 93: Das marokkanische Militärhospital in Mogadischu kann leichtere Fälle wegen Überfüllung nur noch kurz behandeln. Die Schweden nehmen nur noch schwere Verletzungen und Schußverletzungen an.

Mi., 2. 6. 93: Wir prüfen, wer unsere medizinische Ausrüstung übernehmen kann, da eine Abreise aus Mogadischu immer wahrscheinlicher wird. Ein somalisches Mädchen wird gebracht mit handflächengroßer Verbrennung 2. bis 3. Grades.

Sa., 5. 6. 93: Schlagartige Änderung der Sicherheitslage, nachdem 23 Pakistanis bei Kontrollen im Bereich von Radio Mogadischu getötet worden sind. Es folgen schwere, bewaffnete Auseinandersetzungen im Bereich der Afgoyroad. Drei THW-Helfer und ein JUH-Arzt werden durch die Auseinandersetzungen bei einer Fahrt von der Basis im Hafen abgeschnitten. Erst nach 2-3 Stunden ebbt die Gefechte in der unmittelbaren Nähe der kleinen Gruppe ab, so daß eine Rückkehr möglich wird.

So., 6. 6. 93: Die Entscheidung ist gefallen. Wir reisen ab. Wir müssen unsere persönliche Ausrüstung sofort zusammenpacken und werden mit einer Transportmaschine nach Nairobi evakuiert. Zurück bleibt eine Stadt, die ihren Frieden immer noch nicht gefunden hat.

Somalia – ein paar Daten

Lage: Die Republik Somalia grenzt im Westen an Kenia und Äthiopien sowie an die Republik Djibouti, im Norden an den Golf von Aden und das Arabische Meer und im Osten an den Indischen Ozean. Fläche: 637 657 qkm; Bevölkerung: ca. 5 Mio. Einwohner; Klima: Nördliches Hochland (Gebiet um Burao 1000 m ü. NN). Wärmster Monat Mai; nachts 19° C, tagsüber 32–35° C. Kältester Monat Januar; nachts 13° C, tagsüber bis 27° C. Luftfeuchtigkeit 40–55 %. Gebiet um Mogadischu: Wärmster Monat April; nachts 26° C, tagsüber 40–50° C. Kältester Monat Januar; nachts 23° C, tagsüber 30° C. Luftfeuchtigkeit 80–90 %.

Helfen ist immer ein Tagesthema

Der Bundesgeschäftsführer der Johanniter zu Besuch bei Ulrich Wickert

In den letzten Jahren wurden die Redaktion und die Studios der ARD „Tagesthemen“ beim Norddeutschen Rundfunk in Hamburg-Lockstedt fast so etwas wie ein ehrenamtlicher Standort der Johanniter: Nach Hanns-Joachim Friedrichs und Sabine Christiansen wurde nun auch Ulrich Wickert zum prominenten Helfer unserer Hilfsorganisation.

Über unsere Arbeit in Somalia übernahm er spontan die Schirmherrschaft. Es war deshalb selbstverständlich, daß der Bundesgeschäftsführer der Johanniter, Andreas v. Block-Schlesier, anlässlich eines Besuches des Landesverbandes Hamburg dem Schirmherrn persönlich dankte. Der Bundesgeschäftsführer stellte Ulrich Wickert die vielfältigen Aufgaben der Johanniter vor. Besonders beeindruckt war der Moderator der „Tagesthemen“ von den niedrigen Verwaltungskosten bei Spendenaufrufen.

„Wie bei allen gewalttätigen Konfliktlösungen sind auch in

Somalia besonders die Kinder betroffen“, erläuterte Ulrich Wickert sein Engagement. „Viele haben Vater und Mutter verloren, leben in irgendeinem Flüchtlingslager ohne jegliche Perspektive. Frieden kann es für diese Kinder erst geben, wenn sie wieder wie Menschen leben können - mit einer Zukunft aus eigener Kraft. Wenn wir alle zusammenhalten, können wir den Kindern in Somalia zeigen, daß auch für sie das Leben weitergeht.“

Einige Minuten des Besuches gehörten dem privaten Bereich: Wie Legionen leidgeprüfter Schüler blieb auch Ulrich Wickert und Andreas v. Block-Schlesier vor vielen Jahren das gemeinsame Lernen lateinischer Vokabeln nicht erspart. Und so wurde natürlich auch die Frage „Quid novitatis sun?“ (Was gibt's Neues?) erörtert.

Zum Abschied gab Ulrich Wickert das Versprechen: „Die Johanniter können immer auf mich zählen!“

Peter Rövenich



JUH-Bundesgeschäftsführer Andreas von Block-Schlesier (r.) begrüßt Tagesthemen-Redakteur Ulrich Wickert als prominenten JUH-Helfer.

Mit Methadon den Beschaffungsdruck lindern

„Kann mir mal jemand mein Knie neu verbinden?“ bittet der schwächliche junge Mann. Er ist einer der vielen Drogenabhängigen, die seit November letzten Jahres allabendlich die medizinische Ambulanz der Malteser im Frankfurter Osthafen besuchen. Mehrere Abszesse hat er am Bein. Sie stammen von schmutzigen, mehrfach benutzten Spritzen und schlechtem, „gestrecktem“ Heroin. Seit zwei Wochen erhält er jeden Abend von den Maltesern unter ärztlicher Aufsicht die Ersatzdroge Methadon. Seitdem geht es ihm besser. Das Knie wird regelmäßig verbunden, die Abszesse bilden sich langsam zurück.

Etwa 130 Drogenabhängige kommen täglich, hundert von ihnen erhalten Methadon. Die Ambulanz ist jeden Abend geöffnet. Ein Arzt, eine Krankenschwester und ein Rettungsassistent der Malteser kümmern sich um die Patienten. Neunzig Prozent der Süchtigen leiden an Hepatitis, viele haben Abszesse, nicht wenige sind an Tuberkulose und AIDS erkrankt.

Anfängliche Skepsis

Die ersten Pläne für ein „Krisenzentrum“ gab es im Sommer letzten Jahres. Zunächst ging es der Stadt Frankfurt vor allem darum, ein öffentliches Ärgernis zu beseitigen: die Abhängigen, die auf offener Straße spritzten und dealten. Als die Stadt Frankfurt im Herbst dann das erste Mal bei den Maltesern um Hilfe anfragte, zögerte Geschäftsführer Paul Neuhäuser zunächst. „Damals war von Zelten die Rede, die für vier Wo-

chen aufgestellt werden sollten. Darin sollten Sanitäter für eventuelle Notfälle bereitstehen,“ erzählt Neuhäuser. Alles klang wie eine wenig durchdachte Abschiebe-Aktion, wie ein Teil des Frankfurter Wahlkampfes. Doch zunehmend wurde das Projekt konkreter und am 9. November 1992 das „Krisenzentrum Schielestraße“ eröffnet. Ausschlaggebend für die Zustimmung der Malteser war der Wunsch, Menschen zu helfen, die am Rande der Gesellschaft stehen und der Hilfe bedürfen. Die Schwierigkeiten und Gefahren im Umgang mit Rauschgiftsüchtigen kennen die Malteser aus der langjährigen Erfahrung im Rettungsdienst.

Ziel ist die Resozialisierung

Die „Schielestraße“ besteht aus zwei nebeneinanderliegenden Häusern im Frankfurter Osthafen. In einem ist die Ambulanz der Malteser unter-

gebracht, im Nebengebäude befindet sich das „Krisenzentrum Schielestraße“ der Stadt unter der Trägerschaft des Vereins Integrative Drogenhilfe. Dort können sich rund um die Uhr 200 Süchtige aufhalten. In einem Café gibt es zweimal täglich warme Mahlzeiten. In dem Krisenzentrum können die „Junkies“ ihre Wäsche wechseln, waschen und duschen. 76 obdachlose Abhängige können auch dort übernachten.

Doch mit einem Bett und warmen Mahlzeiten allein ist den Süchtigen nicht geholfen. Sie stehen unter enormem Beschaffungsdruck, müssen täglich bis zu zehn Gramm Heroin im Wert bis zu tausend Mark beschaffen. So kam recht bald der Gedanke auf, die Süchtigen mit der Ersatzdroge Methadon zu versorgen und auf diese Weise den Beschaffungsdruck zu lindern. Das Medikament Methadon ist nicht unumstritten. Immer

wieder sagen Kritiker, Methadon habe schädliche Nebenwirkungen. Das bestreiten auch die Ärzte nicht: „Methadon ist ein sehr starkes Rauschmittel. Es löst das Problem der Sucht nicht, sondern nimmt es aus der Öffentlichkeit,“ verteidigt Dr. Gerrit van Santen, einer der Ärzte der Schielestraße, das Methadon-Programm. „Wir haben es mit einer Epidemie zu tun. Eine Gruppe von Süchtigen, die verwahrlost ist und ansteckende Krankheiten hat, stellt eine Gefahr für die Öffentlichkeit dar.“ Ziel des Methadon-Programms ist es, die Süchtigen zu resozialisieren. „Doch zunächst brauchen sie einfach mal Ruhe,“ stellt van Santen fest. Nach und nach werden sie dann fähig, ein Leben zu führen, das sich nicht immer nur um die Beschaffung von Heroin dreht.

Per „Shuttle“ ins Krisenzentrum

Das Krisenzentrum liegt im Frankfurter Osthafen, es ist etwa fünf Kilometer vom Frankfurter Hauptbahnhof entfernt. Süchtige, die kein Geld für die Straßenbahn haben, stellt allein die Anfahrt vor große Schwierigkeiten. Daher entschloß sich der Malteser-Hilfsdienst, einen Pendeldienst einzurichten. Täglich von 14 bis 23 Uhr holen Fahrer der Malteser mit Kleinbussen Drogenabhängige aus den fünf Krisenzentren in der Frankfurter Innenstadt ab und bringen sie in die Schielestraße.

In Zukunft werden die Mitarbeiter der Malteser häufiger die Schielestraße verlassen und in die offene Drogenszene der Frankfurter Innenstadt fahren. Auf diese Art hoffen sie, auch Abhängige zu erreichen, die bisher noch nicht den Weg in die Schielestraße gefunden haben.

Antonia von Alten



Offene Spritzenabszesse gehören zum Alltag der Malteser im Frankfurter Krisenzentrum für Drogenabhängige. (Foto: von Alten)

Goldene Tage in Berlin

Zehnmal Gold für deutsche Mannschaften bei den Feuerwehrwettkämpfen – CTIF stolz auf Rekordbeteiligung

Berlin schrieb Rekorde: An den X. Internationalen Feuerwehrwettkämpfen und den IX. Wettbewerben der Internationalen Jugendfeuerwehr-Familie nahmen mehr Mannschaften teil als jemals zuvor bei diesen CTIF-Wettkämpfen. 198 Gruppen aus 23 Nationen gingen an den Start: Bei den Feuerwehrwettkämpfen 135 Männer- und 15 Frauengruppen, 32 Teams mit 384 Jungen und Mädchen bei den Jugendwettbewerben und schließlich 16 Mannschaften mit 208 Sportlern bei den Feuerwehr-Sportwettkämpfen. CTIF-Vizepräsident Dr. Zeilmayr (Österreich) resümierte nicht ohne Stolz: „Das sind 11,2 Prozent mehr Teilnehmer bei den Feuerwehrwettkämpfen als vor vier Jahren in Warschau, bei den Jugendwettbewerben beträgt die Steigerung sogar 17,8 Prozent.“

Die „Leistungsschau der Feuerwehren“, wie Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen die Feuerwehr-Olympiade im Wilmersdorfer Stadion bezeichnete, lockte während der Wettkampftage eine ungezählte Schar von Berlinern in die Arena. Einige hundert Schlachtenbummler aus ganz Europa feuerten ihre Mannschaften an. Das benachbarte Eisstadion, in eine große Zeltstadt mit Live-Musik, Informationsständen und Jahrmarkt-Charakter verwandelt, wurde zu einer internationalen Begegnungsstätte für Wettkämpfer, Gäste und Offizielle. Die ebenso bunte wie informative Berliner Feuerwehrschaу in der Wettkampfarena am

späten Freitag nachmittag, war – nicht zuletzt dank der professionellen Moderation von „RETTET“-Moderator Christoph Scheule von SAT 1 – einer der Höhepunkte der Veranstaltung.



Gemessen am Medaillenspiegel bei der Siegereverkung, wurde diese Berliner Feuerwehr-Olympiade zu einem Siegeszug für Deutschlands Freiwillige Feuerwehren: Sie errangen insgesamt zehn Goldmedaillen. Auf den 2. Rang der Gesamtwertung folgte Österreich mit acht Goldmedaillen, dicht gefolgt von Italien mit siebenmal Gold. Polen und Belgien errangen je vier Goldmedaillen, Slovenien, Kroatien, Dänemark und die Schweiz je zwei, für Luxemburg gab es einmal Gold.

In beiden Wertungsgruppen „Männer“ der Feuerwehrwettkämpfe belegten deutsche Gruppen den 1. Rang: Die Freiwillige Feuerwehr Bundenthal mit 420,6 Gesamtpunkten (ganz knapp mit 0,1 vor Weeg/Österreich) in der Wertung A – ohne Alterspunkte, in der Wertung B – mit Alterspunkten die Mannschaft II der niedersächsischen Freiwilligen

Feuerwehr Asendorf. Für beide deutsche Frauengruppen reichte es zu einer Silbermedaille; Bienenbüttel (Niedersachsen) kam auf Rang sechs, Wenden-Hillmicke (NRW) auf Rang sieben.

In den Disziplinen der Feuerwehr-Sportwettkämpfe wurde die russische Nationalmannschaft Gesamtsieger in der Wertungsklasse Berufsfeuerwehren, gefolgt von den Mannschaften aus Polen und der Tschechischen Republik. Bei den Freiwilligen Feuerwehren siegte die tschechische Nationalmannschaft, den 2. Rang sicherte sich das Team der Berliner Feuerwehr, die in der Schlußwertung nach Punkten gleichauf mit Oberösterreich lagen.

Als Zuschauer magnet erwies sich bei diesen Sportwettkämpfen wieder einmal das Hakenleiter-Steigen an der dreistöckigen Fassade. Drei deutsche Mannschaften waren daran aktiv beteiligt: Die Berufsfeuerwehr Hannover und die Freiwilligen Feuerwehren Berlin und Beselick-Obertiefenbach (Hessen). Im Wettkampf um Zehntelsekunden stand die bisherige „Welt-Bestzeit“ von 13,6 Sekunden, gehalten von Kameraden aus dem russischen Feuerwehrraader, als magische Zielmarke. Das Ziel wurde verfehlt, aber die Spitzenleistung bleibt auch mit jetzt erreichten, 14,38 Sekunden bei den Russen.

Wie ging's bei den IX. Jugendfeuerwehr-Wettbewerben aus? Die deutschen Mannschaften aus Rodgau und Dannenbüttel landeten auf Rang neun beziehungsweise 13. Sie-

ger in der Wertungsklasse „Jungen und gemischte Gruppen“ wurde die IF Erdmannsdorf (Österreich), gefolgt von Bratislava-Petrzalka (Slowakei) und Summeran (Österreich). Bei den Mädchen erhielt die IF Bratislava-Prievoz auf Rang eins den Wanderpreis der Stadt Lappeenranta, auf Rang zwei und drei folgten Gruppen aus Kroatien und Finnland. Den von der Firma Vetter gestifteten Wanderpokal schließlich erhielt, verbunden mit einer Geldprämie, die IF Erdmannsdorf aus Österreich.

Weltweites Medieninteresse

Das Interesse der Medien an der Feuerwehr-Olympiade in Berlin war international sehr groß. Allein bis zur offiziellen Eröffnungsveranstaltung der X. Internationalen Feuerwehrwettkämpfe am Mittwoch nachmittag hatten sich mehr als 110 Korrespondenten, Reporter und Kamerateams aus ganz Europa im Wilmersdorfer Stadion akkreditieren lassen. Bis zur Schlußveranstaltung mit Siegerehrung am Samstag war die Journalistenzahl auf rund 160 angestiegen. Die Medienarbeit wurde koordiniert und betreut von einem 18köpfigen Pressestab des Deutschen Feuerwehrverbandes und der Berliner Feuerwehr.

Rundfunk und Fernsehen berichteten bundesweit schon vom Trainingsgeschehen live aus dem Stadion. Wie überhaupt zu verzeichnen war, daß

noch nie zuvor (auch nicht beim 26. Deutschen Feuerwehrtag 1990 in Friedrichshafen, als der DFV erstmals mit einem eigenen Pressestab arbeitete) soviel Rundfunk- und Fernsehteams das „Feuerwehr-Geschehen“ begleiteten. Rundfunkstationen quer durch ganz Deutschland, sowohl öffentlich-rechtliche als auch private, gingen mit der Feuerwehr-Olympiade während der ganzen Woche „auf Sendung“. Allein der Sender Freies Berlin war, auch als Zulieferer für andere west- und ostdeutsche Sender, ständig präsent. Bayerischer Rundfunk, WDR und NDR, Deutsche Welle und Deutschlandfunk fehlten nicht. Selbst der Slovenische Rundfunk hatte ein eigenes Reporterteam geschickt.

Ergänzend dazu kam die laufende Fernseh-Berichterstattung gleichsam „auf allen Sendern“. RTL und SAT 1 waren schon von den ersten Trainingsstunden am frühen Montag morgen an live mit der Kamera dabei, allein SAT 1 war während der „Olympia-Woche der Feuerwehren“ zeitweise mit drei Kamerateams im Einsatz. ZDF und ARD (WDR) sowie das SFB-Fernsehen berichteten vom Wettkampfgeschehen, u. a. auch in den Sportschau-Schienen am Wochenende. Aber auch TV-Sender wie Pro 7 und VOX waren im Stadion dabei, ebenso wie ein Kamerateam des italienischen Fernsehens und der Fernsehredaktion des Österreichischen Rundfunks ORF.

Das größte Kontingent der Pressevertreter kam von Tageszeitungen aus Berlin und der Bundesrepublik, aber auch Zeitungen, z. B. aus Dänemark, Frankreich, Österreich und Luxemburg waren mit eigenen Korrespondenten vertreten. Große, überregionale deutsche Zeitungen fehlten nicht, ebensowenig wie die Prawda. Hinzu kamen große nationale Nachrichtenagenturen wie dpa und ADN, aber auch solche aus Portugal, Frankreich, Slovenien und Kroatien. Ein buntes, oft unverständliches Stimmengewirr im DFV-Pressezentrum des Stadions und an den dort

auflaufenden fünf Fernsprechleitungen zeugten von der Internationalität dieser Großveranstaltung.

Gunnar Haurum bleibt CTIF-Präsident

Gunnar Haurum wurde von der CTIF-Generalversammlung im Berliner Hilton-Hotel einstimmig für eine weitere vierjährige Amtszeit als Präsident bestätigt. Der große Beifall der Delegierten zeugte von der Wertschätzung, die der dänische Feuerwehr- und Brandschutzexperte auf internationalem Parkett genießt. DFV-Präsident Hinrich Struve, als CTIF-Vizepräsident einer der engsten Mitstreiter Haurums, gratulierte als erster mit einem Blumenstrauß. In ihren Ämtern bestätigt wurden übrigens von der Generalversammlung auch alle CTIF-Vizepräsidenten sowie der Generalsekretär und der Kassenverwalter.

Neu beim CTIF dabei

Die Tschechische Republik, die Slowakei, Bosnien und Moldawien sind auf Beschluß des Permanenten Rates der CTIF als Ordentliche Mitglieder in dieses internationale Komitee aufgenommen worden. Damit gehören jetzt 41 Staaten dazu. Die Mitgliederzahl dürfte sich, wie in Berlin berichtet wurde, in nächster Zeit noch einmal deutlich erhöhen, da es noch zahlreiche weitere Bewerber gebe. U. a. laufen die Vorarbeiten zur CTIF-Aufnahme von China.

Hohe Auszeichnung für DFV-Präsident Struve

In Würdigung seiner langjährigen besonderen Verdienste um das internationale Feuerwehrwesen wurde der DFV-Präsident Hinrich Struve anläßlich der CTIF-Generalversammlung in Berlin mit der CTIF-Ehrenmedaille ausgezeichnet. Auch die Berliner Feuerwehr erhielt eine solche Medaille als Anerkennung für die örtliche Organisation der



CTIF-Präsident Gunnar Haurum (links) gratuliert DFV-Präsident Hinrich Struve zu der hohen Auszeichnung. (Foto: Berliner Feuerwehr)

Feuerwehr-Olympiade; Landesbranddirektor Albrecht Broemme nahm sie entgegen.

„Abschiedsgala“ für Kurt Frech

Für Kurt Frech aus Böblingen war die Feuerwehr-Olympiade in der deutschen Hauptstadt Höhepunkt und Abschied vom internationalen Parkett zugleich: Der 64jährige Delegationsleiter der deutschen Mannschaften, der gleichzeitig auch Vorsitzender des DFV-Fachreferats „Wettbewerbe“ ist, legt seine Aufgabe in jüngere Hände. Gleichwohl ist bei der quirligen Vitalität eines Kurt Frech, dessen Sohn längst in seine Fußstapfen als Böblinger Feuerwehrchef getreten ist, von „Ruhestand“ nichts zu spüren. Er will erst einmal seine Erlebnisse aus 32jähriger Erfahrung bei internationalen Feuerwehrwettkämpfen zu Papier bringen; schließlich war er seit 1961 in Bad Godesberg und damit von Beginn der CTIF-Wettkämpfe mit dabei, lange Jahre auch im Internationalen Wettkampfkomitee. Und auch die Feuerwehr-Olympiade 1997 in Herning/Dänemark wird an ihm nicht spurlos vorbeigehen: Um beratende Unterstützung bei Vorbereitung und Durchführung gebeten, hat er – natürlich – sofort zugesagt.

-woh-

Exekutiver Rat des CTIF

Präsident:

Dir. Gunnar Haurum, Virum/Dänemark

Generalsekretär:

Lt-Col. Francois Maurer, Colmar/Frankreich

Kassenverwalter:

Oberst Willy Gabl, Glarus/Schweiz

Vizepräsidenten:

Chief Fire officer Rainer Alho, Helsinki/Finnland;
State Fire Marshal Ron Coleman, Sacramento/USA;
Commandant Brian L. Fuller, Gloucester Shire/Großbritannien;

Generalmajor

Dr. Oszkar Jokai, Budapest/Ungarn;

Generalleutnant Anatoly K. Mikeev, Moskau/Rußland;

Präsident

Hinrich Struve, Bonn/Deutschland;

Oberbrandrat

Dr. Alfred Zeilmayr, Wels/Österreich

Jugendfeuerwehr legte 1992 wieder kräftig zu

Mit insgesamt 145 437 Mitgliedern in 9811 Jugendfeuerwehrgruppen hatte die Deutsche Jugendfeuerwehr zum Jahresende 1992 wieder eine Zuwachsrate von 15,47 % gegenüber 1991. Damit wurde der seit Jahren anhaltende Trend mit hohen Zuwachsraten an jungen Feuerwehrleuten fortgesetzt.

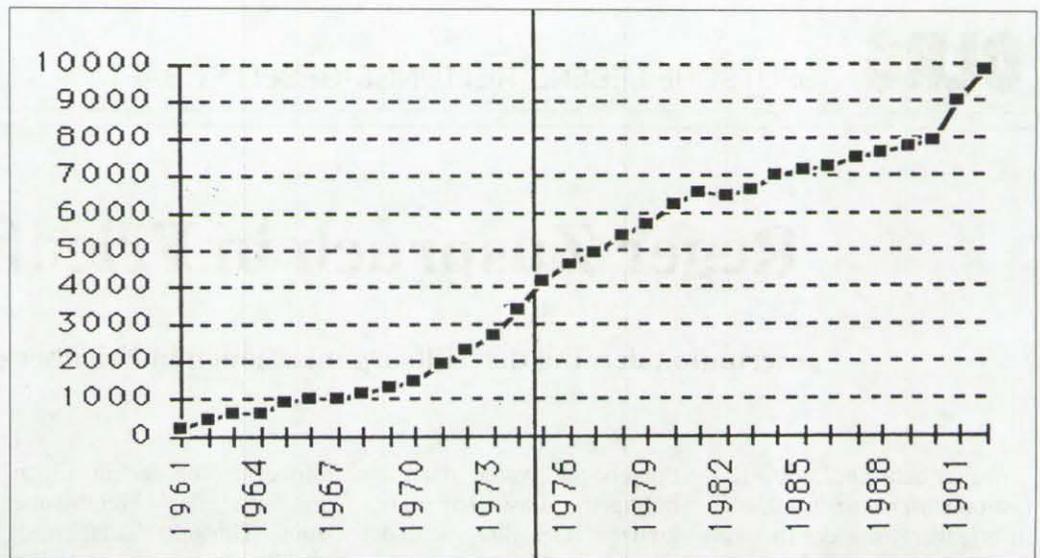
Diese Zahlen gab kürzlich die Deutsche Jugendfeuerwehr nach der Auswertung der Jahresberichte 1992 bekannt. Pressesprecher Barnes erklärte, daß es am ausgefeilten Programm der Jugendfeuerwehr liege, warum so viele neue Kinder und Jugendliche in einer von Egoismus und Ellenbogentaktik geprägten Zeit der Jugendfeuerwehr beitreten. Viele junge Menschen suchten eine Aufgabe, die sie fordert, in der sie sich selbstverwirklichen könnten.

Den Jugendlichen gefällt das gemischte Programm an Jugendarbeit, welches nur zur Hälfte aus Feuerwehrausbildung besteht. Basteln, Umweltschutzaktionen, Zeltlager und viele andere Dinge seien fester Bestandteil der Jugendfeuerwehrphilosophie.

In den neuen Bundesländern war die Zuwachsrate besonders hoch. Hier verzeichnete man sogar eine Rate von 85 %. Demnach haben dort schon 18 300 Mädchen und Jungen (1991: 9895) den Weg zur Jugendfeuerwehr gefunden.

Für die Deutsche Jugendfeuerwehr ist diese positive Entwicklung, neben der Fortsetzung des Feuerwehrwesens, auch ein wichtiger Beitrag für die Gesellschaft, da in den neuen Bundesländern ein geeigneter Hort fehlt, der den früher von staatlicher Seite bemutterten Jugendlichen bei der Bewältigung von Alltagsproblemen hilft.

Barnes erklärte, daß die Jugendfeuerwehr sich klar gegen die Angriffe auf ausländische Mitbürger stelle. Für die Feuerwehr zähle der Mensch und nicht der Paß, so Barnes, zu-



Darstellung der Entwicklung der Jugendfeuerwehr-Mitglieder in Deutschland seit 1961.

mal in 25 % der Jugendfeuerwehren ja ausländische Kinder und Jugendliche Mitglied seien. Das Motto der Deutschen Jugendfeuerwehr sei: „Feuer kennt keine Grenzen – wir auch nicht!“.

Einsatzfotos gesucht

Es gibt überall im Bundesgebiet bei unseren Feuerwehrkameraden hervorragende Einsatzfotos. Aber nicht selten heißt es „Achtung, Aufnahme!“ für ein nachgestelltes Feuerwehrbild, nur weil unbekannt ist, wer ein solches benötigtes Foto hat.

Das soll jetzt anders werden. Die Bundesgeschäftsstelle des DFV will eine umfassende Fotodokumentation aufbauen. Möglich wird das aber nur mit der aktiven Unterstützung des Foto-„Profis“ unter unseren Feuerwehrkameraden vor Ort und in Kooperation mit den Bildjournalisten der Feuerwehrzeitschriften.

Was soll passieren? Schicken Sie bitte der Bundesgeschäftsstelle in Bonn aussagekräftige und veröffentlichungsfähige Feuerwehreinsatzfotos zu. Bei mehreren Aufnahmen lassen Sie sich bitte – auf unsere Kosten – einen sogenannten Kontaktbogen anfertigen, den Sie uns dann zusenden. Auf der Rückseite des Kontaktbogens bzw. des

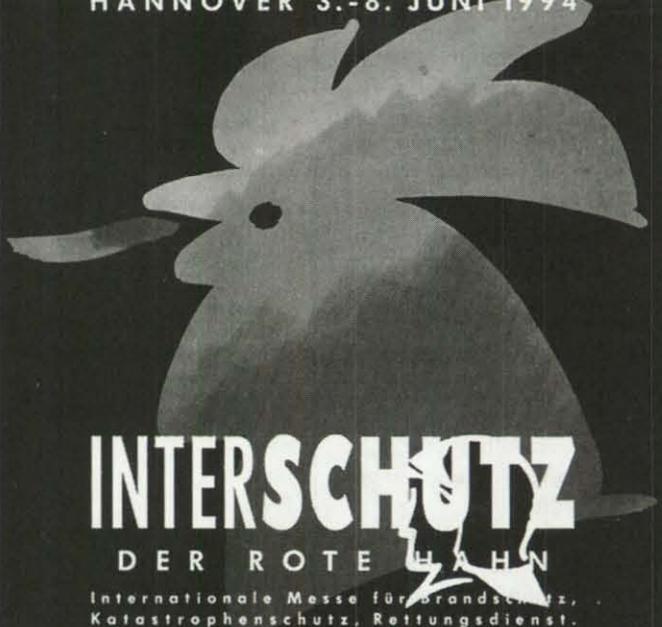
Einzelfotos vermerken Sie bitte:

- Ihren Namen mit Anschrift (Ort, Straße, Telefon), die Feuerwache bzw. die Redaktion;
- Einsatztag, -ort und -bezeichnung;
- das Suchwort oder die Ablagenummer, unter der Sie selbst die Filmnegative abgegeben haben.

In der Bundesgeschäftsstelle richten wir für die Archivierung eine Datenbank ein, in der neben Ihren Angaben Suchworte zu den Bildmotiven gespeichert werden. Anhand dieser Angaben wird es dann

künftig möglich sein, schnell benötigte Bilder für die Öffentlichkeitsarbeit unseres Verbandes zu finden. Wir wissen dann, wer welches Foto besitzt und können es ohne großen Aufwand anfordern. Vorausgesetzt, Sie greifen diese Initiative auf und unterstützen uns. Machen Sie mit? Anschrift: Deutscher Feuerwehrverband, Referat „Öffentlichkeitsarbeit“, Koblenzer Straße 133, 53177 Bonn.

HANNOVER 3.-8. JUNI 1994



INTERSCHUTZ

DER ROTE HAHN

Internationale Messe für Brandschutz,
Katastrophenschutz, Rettungsdienst.

Reger Zuspruch in Friedberg

Internationaler Tag der Hilfsorganisationen in Friedberg (Hessen)

Walter Schwab, DLRG-Katastrophenschutz-Einsatzleiter in Friedberg, war der Initiator des „Internationalen Tages der Hilfsorganisationen“, der sich im Einkaufszentrum auf der Pfingstweide eines regen Besucherzuspruchs erfreuen konnte.

Aus der englischen Stadt Bishop's Stortford, die mit Friedberg verschwistert ist, begrüßte er eine Gruppe der „Royal Life Saving Society“ unter Leitung von Mister Wornend Formend. Die englischen Rettungsschwimmer zeigten sich begeistert über die Ausrüstung und Einsatzstärke der hessischen Hilfsorganisationen.

Die „Royal Life Saving Society“, eine Wasserrettungsorganisation mit ähnlicher Aufgabenstellung wie die DLRG, wurde 1874 in London gegründet. Sie gehört der Dachorganisation „World Life Saving“ (WLS) an, in der die DLRG mit 520 000 Mitgliedern seit 1978 als weltweit größte Wasserrettungsorganisation vertreten ist.

Die beteiligten Hilfsorganisationen DLRG, DRK, FFW, JUH, MHD, BVS und Polizei hatten Info-Stände sowie Fahrzeuge mit komplett technischer Geräteausstattung aufgestellt. Die Organisationen hatten aus diesem Anlaß zu einem Sicherheitswettbewerb aufgerufen, bei dem nach Abschluß der halbtägigen Veranstaltung wertvolle Preise, u. a. ein Stereo-Kofferradio, zu gewinnen waren.

Die Besucher sollten sich dabei über die vielfältigen Aufgaben und Hilfsmöglichkeiten der einzelnen Organisationen informieren. In einem

Fragebogen waren dazu die richtigen Antworten anzukreuzen. Der Sinn war, den Bürger darüber aufzuklären, wie er durch einfache Hilfsmaßnahmen in einem eintretenden Katastrophenfall erste Vorsorge treffen kann.

Die Helfer hatten oftmals Mühe, allen Fragestellern gerecht zu werden. Besonders umringt von den Besuchern waren die Fahrzeuge der Feuerwehr u. a. ein umgebauter

Möbelwagen, der in Eigeninitiative der Wehrmänner zum Umweltschutzfahrzeug zur Beseitigung von Ölfällen im Straßenverkehr und für Gefahrenstoffe bei Chemieunfällen umgebaut wurde – Fahrzeugwert ca. 500 000 Mark.

Ebenso fand der DRK-Kat'S-Fermeldewagen mit kompletter Funkausrüstung (Reichweite ca. 8 km) und das DLRG-Kat'S-Fahrzeug, ein Mercedes GW 30 sowie das ei-

gens aufgestellte Taucherbecken rege Beachtung.

Wer sich mit hervorragender Erbsensuppe an der DRK-Feldküche gestärkt hatte, konnte sich anschließend im DRK-Blutspendebus einer Blutspende unterziehen. Schwab und die Vertreter der Hilfsorganisationen waren an diesem Tag sehr zufrieden. Wurden immerhin in fünf Stunden ca. 3000 Besucher gezählt. Jürgen Kämmerer

Die Besucher warten gespannt auf die nächste Tauchvorführung der DLRG.



Der Katastrophenschutz-Fermeldewagen des DRK fand ebenfalls großes Interesse beim Publikum (Fotos: Kämmerer)



DLRG-Präsentation während der Rheinland-Pfalz- Tage '93

Unter Zuhilfenahme von Gänsefüßchen und den Versalien F – I – T soll angedeutet werden, daß nicht auf das sinnverwandte Wort Bezug genommen wird, sondern der Begriff „Fit im Team“ als Kunstwort gemeint ist. „Fit im Team“, so präsentierten sich die DLRGler während der Wasservorfürhungen auf dem Rheinstrom vor der „Deichmauer Neuwied“ anlässlich der DLRG-Rheinland-Pfalz-Tage '93. Und „FIT“ muß wörtlich genommen werden. Die Kooperation zwischen Bootsführern, Rettungstauchern, Funkern, Rettungsschwimmern usw. klappte vorzüglich und wurde von mehreren zigtausend Zuschauern an der Rheinfront wiederholt mit Beifall bedacht.

Der Oberbürgermeister der Stadt Neuwied, Manfred Scherrer, richtete folgende Briefworte an die DLRG: „... aber gerade die Darbietungen im Rahmen der Wasserveranstaltung auf dem Rhein erfreuen sich eines großen Interesses und haben unzählige Zuschauer begeistert ...“

Und wie sah das Programm aus?

... sehr umfangreich. Diese knappe Antwort auf die fragende Überschrift ist korrekt, sie soll aber eine aufgefächerte Beantwortung erfahren. Die Wasservorfürhungen der DLRG bestanden aus Formationsfahrten mit Motorrettungsbooten der DLRG-Wasserrettungstrupps, die in das rheinland-pfälzische Katastrophenschutz-System fest eingebunden sind. Außerdem wurden Rettungsübungen vorgestellt und Rettungstaucher aus schnell fahrenden Booten abgesetzt.

Die erste Übung war ein Koppelverband aus fünf KatS-Booten. Nach einigen Fahrmanövern verneigte sich der Bootsverband vor den Zuschauern, was diese mit Beifall bedachten. Und wie wurde das

bewerkstelligt? Ganz einfach. Die Fahrgeschwindigkeit wurde kurzfristig (auf Kommando) zurückgenommen, dabei tauchten die Boote mit dem Bug aus der Gleitphase tief ins Wasser, was einer tiefen Nickbewegung, einer Verbeugung gleichkam.

Danach wurden die Boote getrennt und man führte die Formation Kiellinie vor. Schließlich das Manöver Kielinie kreuzen. Diese Übung zeigte den Zuschauern, daß die Bootsführer ein großes Geschick fürs Steuern und Kurs halten haben. Die Boote zeigten eine Querfahrt durch die Kiellinie der vorauslaufenden Einheit. Schließlich die hohe Kunst der Bootsführer, der Begegnungsverkehr auf engem Raum bei hoher Geschwindigkeit. Diese Übung wurde mehrmals vorgeführt und jedesmal gab's Zuschaueraplous für das, was zu sehen war. Kurzfristig nach der Bootsbegegnung war nämlich nichts zu sehen, nur noch hochschlagendes Wasser und jede Menge Gischt. Man kann das Zuschauererlebnis in wenigen Zeilen kaum schildern, man muß es einfach gesehen haben.

Dann die Rettungsübung „Mann über Bord“. Halt, falsch, besser: „Frau über Bord“. Die Rettungsschwimmerin wurde in kürzester Zeit wieder an Bord genommen. Was gut geübt worden ist, funktioniert auch gut. Die DLRG zeigte auf dem schnellströmenden Rheinstrom profihaft ihre Fähigkeiten im Wasserrettungsdienst. Neidlos und ehrlich wurde das der DLRG von Fachleuten der anwesenden Hilfsorganisationen bescheinigt.

Neugierde kam auf, als der Moderator der Wasserveranstaltung ankündigte: „Und jetzt, meine Damen und Herren, darf ich Ihnen ein Lehrbeispiel in Sachen Emanzipation innerhalb der DLRG ankündigen. Vier Damen werden Ihnen jetzt ihre Aufwartung als Rettungstaucherinnen machen ...“ Also, die vier Mädels sprangen aus den schnell fahrenden Motorbooten ins Wasser. Sie überstanden die

brettharte Übung ohne Blessuren, es war ja geübt worden, sie sammelten sich zu einer Reihe und zeigten je eine Tafel mit D-L-R-G, sogar in der richtigen Reihenfolge, zündeten zudem je eine rote Magnesium-Signalfackel und trieben so vor der Zuschauerkulisse in der Rheinströmung.

Nach den Wasservorfürhungen gab es für die DLRG nicht die Entspannung, die man erhoffte. Alle wurden dann in den Wassersicherungsdienst eingeteilt. Es galt die Gesamtheit des Wasservorfürhraumes auf dem Rheinstrom und im Hafenbecken abzusichern. Und auch das schafften sie, die DLRGler aus Rheinland-Pfalz.

Warum Wasservorfürhungen?

Die DLRG wollte während der Rheinland-Pfalz-Tage auf dem Wasser, im Wasser und am Wasser demonstrieren, daß sie ihren selbstgestellten Aufgaben im Wasserrettungsdienst mit großer Professionalität gerecht werden kann. In Neuwied gelang es, die Effektivität der konsequent durchgeführten Ausbildung einem

breiten Publikum werbewirksam darzubieten.

Menschen sollen in Wasser- und Not sichere und schnelle Hilfe erfahren. Die DLRG – als private Hilfsorganisation – eingebunden in den Katastrophenschutz Rheinland-Pfalz, zeigte den anderen Hilfsorganisationen die Fähigkeit der Zusammenarbeit und daß sie ein fachkompetenter – verlässlicher Partner ist.

Viel Mühe haben alle 59 Beteiligten der Wasservorfürhungen investiert. Kameradschaft war der Lohn für die Mühe. Abschließend müssen noch einige Namen genannt werden. Gerd Dutka aus Mainz oblag die Einsatzleitung. Fred Singpiel aus Neuhofen übte die Formationen mit den DLRGlern ein, quasi der Ballettmeister. Manfred Klewe aus Neuwied zog an den Organisationsfäden an Land. Und Helmut Schnare aus Idar-Oberstein hatte die fachgerechte Moderation der Demonstration übernommen.

Ministerpräsident Rudolf Scharping zollte den DLRGlern Lob.

Helmut Schnare

Jubiläumsübung mit neun „Schwererletzten“

Zur bundesweit größten, regelmäßig stattfindenden Einsatzübung trafen sich in der Himmelfahrtwoche zum 20. Mal Rettungszüge des Landesverbandes Westfalen in Koblenz. Bereits Monate vor Übungsbeginn wurde das Ausbildungskonzept durch die verschiedenen Ressortleiter ausgearbeitet und koordiniert. Ziel der jährlichen Übung war auch 1993 in Koblenz nicht nur die Überprüfung des Leistungsstandes im Boots- und Rettungswesen, sondern insbesondere die Einübung von überregionalen Rettungsabläufen, in denen jede der 29 mitwirkenden Einheiten, bestehend aus Boot und Kraftfahrzeug, nicht nur eine für sich gesehen gute Leistung erbringen, sondern diese als Glied einer Rettungskette in

überregionale Einsatzstrukturen einbringen muß.

Während der Ausbildungstage in Koblenz zeigte sich für die über 150 Teilnehmer deshalb schnell, daß der Erfolg durch dieses ganzheitliche Konzept getragen wurde. Die in vier Züge eingeteilten Einheiten erhielten Aufträge, die nur in Zusammenarbeit mit anderen Einsatzzügen und unter Einhaltung zuginterner Absprachen zu bewältigen waren.

Am ersten Tag der insgesamt viertägigen Übung wurde eine Überbrückung größerer Anfahrten auf Rhein und Mosel, zugweise formiert, angeordnet. Während die Bootsführer mit ihren Bootsgästen die Mosel stromaufwärts fuhren und den Anweisungen der Zugführer zur Optimierung der fahrpraktischen Übungen

Folge leisteten, war den Fahrzeugführern Anweisung gegeben worden, rechtzeitig moselaufwärts bereitzustehen und geeignete Slipstellen zu suchen, um nach Aufruf Boot und Besatzung aufzunehmen und nach Bacherach zum Rhein zu bringen. Wie nötig Disziplin und umsichtiges Handeln beim Slippen von 29 Booten ist, braucht an dieser Stelle nicht besonders Erwähnung zu finden.

In der wie an den folgenden Tagen jeweils abendlichen Besprechung der Zugführer mit der Einsatzleitung unter dem Technischen Leiter Gunther Siepmann, kam auch am ersten Abend bereits die lobende Anerkennung genauso zur Sprache wie die Aufarbeitung der Erfahrungen des Tages.

Der zweite Tag begann mit einer Leistungsüberprüfung in drei Teilen: Seemannschaft, KFZ-Fahren und Herz-Lungen-Wiederbelebung. In allen drei Fachbereichen wurden durch die Vergabe von Punkten sowohl die Einzelsieger ermittelt – die Besatzungen der Boote „Westfalen III“ aus dem Bezirk Witten (Seemannschaft), „Graf Bernhard“ aus dem Bezirk Lippstadt (KFZ-Fahren) und „Dortmund I“ (HLW) – als auch mit der Besatzung der „Westfalen I“ aus dem Bezirk Bochum der Gesamtsieger gefunden.

Höhepunkt dieses Tages war die feierliche Übergabe eines Ford-Transit-Testwagens durch den Geschäftsführer eines Düsseldorfer Autohauses, Heinz Hartmann. Hintergrund dieser Aktion ist ein gemeinsames Angebot der beiden Landesverbände Nordrhein und Westfalen, ihren Gliederungen und aber auch Ortsgruppen und Bezirken anderer Landesverbände ein komplett ausgerüstetes und nach DLRG-Standards hergerichtetes Einsatzfahrzeug zu besonders günstigen Konditionen anbieten zu können. Das nunmehr beim Landesverband Westfalen stationierte Testfahrzeug dient dazu, daß kaufinteressierte Ortsgruppen oder Bezirke sich vor Ort von der Leistungsfähigkeit des Fahrzeuges praxisnah überzeugen

können. Detaillierte Informationen halten die beiden Landesverbände bereit. Zur Übergabe der Fahrzeugschlüssel hatte sich auch DLRG-Präsident Dr. Joachim Pröhl extra auf den Weg nach Koblenz begeben. Gleichzeitig konnte er sich auch vom guten Ausbildungsstand der westfälischen Lebensretter überzeugen.

„Ich bin beeindruckt vom hohen Leistungsstand, der Disziplin und der Einsatzbereitschaft der westfälischen Kameradinnen und Kameraden“ gestand er dem als Mitglied der Einsatzleitung an der Übung teilnehmenden LV-Präsidenten Klaus Brings nach Begutachtung der Leistungsprüfungen.

Am späten Abend war dann eine Nachtübung mit Überprüfung der Fahrtüchtigkeit der Bootsbesatzungen bei Nacht angesetzt. Der Auftrag lautete: Umsichtig in den einzelnen Zügen moselaufwärts bis zur Schleuse und zurück fahren. Zufrieden stellte Einsatzleiter Gunther Siepmann später fest: „Auch nachts werden vermißte Personen erfolgreich geborgen“. Vorangegangen war, daß „Betrunkene“ den vorbeifahrenden Booten zugerufen hatten, daß einer ihrer Mitzecher – aufgrund einer Thekenwette – versucht habe, die Mosel zu durchschwimmen und nun verschwunden sei! In der Annahme einer tatsächlichen Notfallsituation reagierten die Zugführer mit ihren Bootsbesatzungen vorbildlich. Der Einsatz von Tauchern, Landgängern, Arzt, Sanitätern, Suchbooten stromabwärts auf beiden Seiten und Sicherungsbooten für die Berufsschiffahrt waren minutenschnell organisiert und zeigten schnell Erfolg. Der von der Einsatzleitung als wett- und trinkfreudige „Betrunkene“ ausgesetzte Taucher konnte kurze Zeit später erfolgreich geborgen werden. „Nebenbei“ galt es auf der Rückfahrt zum Stützpunkt eine erhängte Person (Puppe) zu bergen und mit Unterstützung des Sanitätszuges unter Leitung von LV-Arzt Dr. Wilhelm Niemann zu reanimieren.

Der letzte Tag galt der schwerpunktmäßigen Erpro-

bung der Fähigkeiten auf dem Gebiet der Ersten Hilfe, als ein Massenunfall (Absturz eines Privatflugzeuges mit neuen Schwerverletzten am Ufer der Mosel) simuliert wurde. Zugweise mußte die Lage erkannt und in sengender Hitze alle erforderlichen Maßnahmen durchgeführt werden. In der anschließenden Lagebesprechung erklärten die Mimen ihren Rettern selbst, wie weit die Erstversorgung an ihnen erfolgreich durchgeführt worden war. Manch einer der Teilnehmer nahm sich nach der Behandlung der „gut“ geschminkten Mimen vor, sich noch mehr im Bereich der Ersten Hilfe fortzubilden.

29. Sundschwimmen – Kristin Otto schickte 562 Schwimmer über den Strela-Sund

Großes Aufatmen bei den Organisatoren der DLRG-Ortsgruppe Stralsund und des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern sowie Organisationsleiterin Mai Bartsch am Abend des 3. Juli: Das 29. Sundschwimmen war trotz der Wetterkapriolen im Vorfeld und am Wettkampftag erfolgreich verlaufen.

Bei Wassertemperaturen um 18 Grad und bewegter See nahmen 562 Teilnehmer die Überquerung der Meerenge von der größten deutschen Insel Rügen zum Festland nach Stralsund in Angriff, darunter auch wieder viele Rettungsschwimmer der DLRG-Ortsgruppen von Bayern bis Schleswig-Holstein. Aber auch zahlreiche ausländische Teilnehmer, viele Urlauber und Stralsunder gingen an den Start. Die weiteste Anreise hatte ein US-Bürger auf sich genommen.

Es war schon ein bewegendes Bild, die vielen Mutigen mit den gelben DLRG-Badekappen am Start zu erleben, den eine der erfolgreichsten deutschen Schwimmerinnen, die Leipzigerin Kristin Otto, vollzog. Viele DLRG-Boote begleiteten die Schwimmer über den 2,3 Kilometer breiten

Das Urteil der Teilnehmer beim abendlichen Abschlußgrillen über die Einsatzübung 1993 war einstimmig: „Gut war's! Vielseitige Übungen, interessante Gespräche, phantastische Landschaft und dazu noch: Spaß hat's gemacht!“ Für die Einsatzleitung und den teilnehmenden Landesverbandspräsidenten, Klaus Brings, war diese Beurteilung sicherlich Zeichen dafür, daß die arbeitsteilige Vorbereitung und die koordinierte Durchführung der richtige Weg zum bleibenden Erfolg der Ausbildungsübung auch für die kommenden Jahre sind.

Esther Reisige

Strela-Sund und gaben ihnen ein gutes Gefühl der Sicherheit.

Begeisterung auch bei den Gästen aus dem Präsidium, Präsident Dr. Joachim Pröhl, Ehrenpräsident Hans-Joachim Bartholdt und Bundesgeschäftsführer Ludger Schulte-Hülsmann sowie den Vertretern der einzelnen, vor allem neuen Landesverbände.

Als Erster erreichte der Rostocker André Wilde nach 30:42 Minuten das Festland. Die schnellste Frau, Manuela Olbrich, benötigte 35:51 Minuten und kam in der Gesamtwertung auf Rang drei. 32 Teilnehmer gaben den Wettkampf vorzeitig auf. Der letzte Teilnehmer, ein Sportfreund aus Mannheim erreichte nach 2:11 Stunden das Stralsunder Strandbad.

Der sportliche Höhepunkt klang mit dem Deutschlandtreffen der DLRG im großen Festzelt aus. In der Disco „Nacht der Nächte“ bewiesen die Schwimmer und Helfer, daß sie sich auch auf dem Tanzboden gut bewegen können. Die 30. Auflage des Sundschwimmens findet am 2. Juli 1994 statt.

Ulrich Hintz

Harald Dannapfel, Klaus-Dieter Kühn, ARKAT Niedersachsen

Einheiten und Einrichtungen der Führung als Schlüsselfaktoren für ein integriertes Gefahrenmanagement

Im Rahmen der Aufbau-
maßnahmen für die Er-
weiterung des Katastrophenschutzes in den neuen Bundes-
ländern ist ab 1993 die Auf-
stellung von 80 Einheiten der
Technischen Einsatzleitung
mit insgesamt 800 Führungs-
kräften und Helfern vorgese-
hen (Mecklenburg-Vorpom-
mern: 13 Einheiten; Branden-
burg: 14 Einheiten; Sachsen-
Anhalt: 16 Einheiten; Sach-
sen: 23 Einheiten und Thürin-

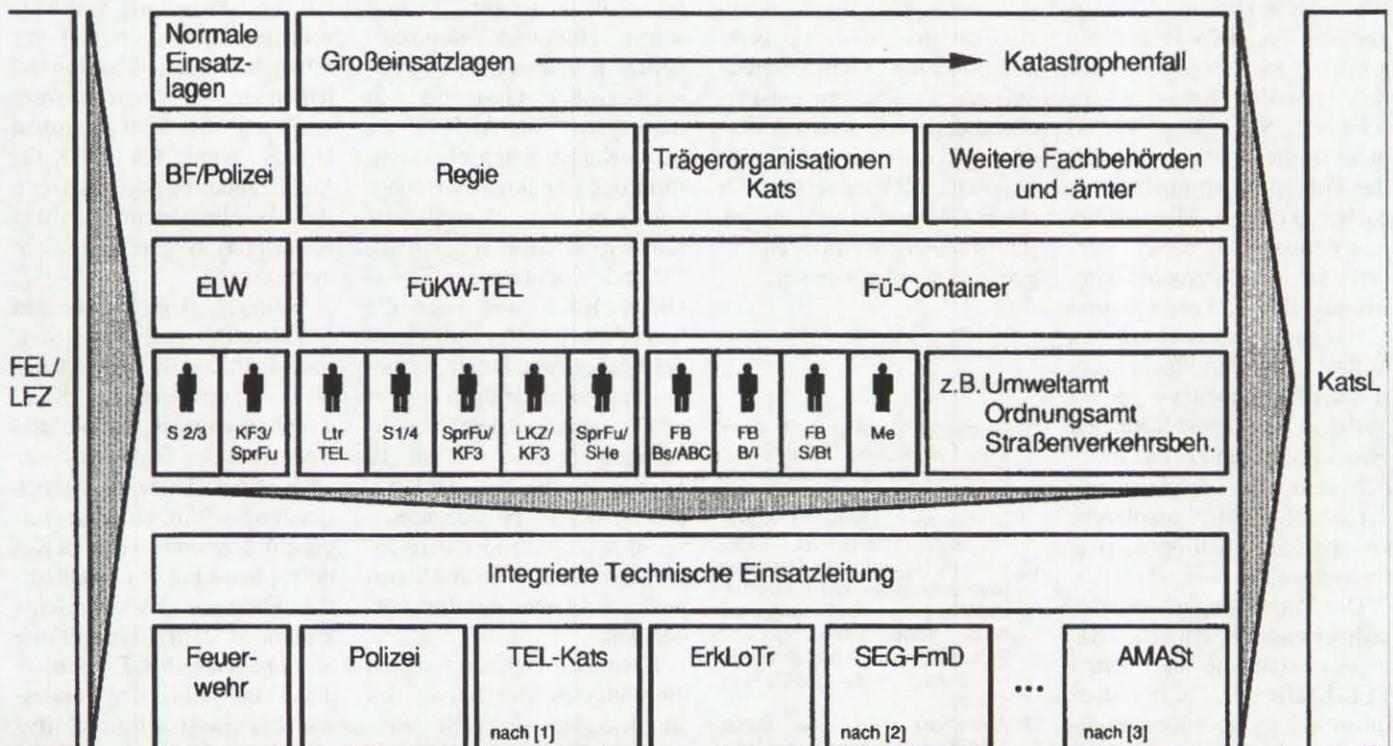
gen: 14 Einheiten). Diese Ein-
heiten der Führung sind in den
Altbundesländern zu 70 Pro-
zent in Regie aufgestellt.

Aufgabe der Technischen
Einsatzleitung (TEL) ist die
fachdienst- und organisations-
übergreifende Integration von
Katastrophenschutz-Einheiten
in einem Schadensgebiet und
deren räumlich und zeitlich
koordinierte technisch-takti-
sche, kommunikative und lo-
gistische Führung. Dem Ge-

danken einer fraktal auf-
wuchsfähigen Führungssyste-
matik folgend, sollte die TEL
auch bei Großeinsatzlagen
unterhalb der Katastrophensch-
welle, die den Einsatz von
Einheiten des Katastrophensch-
utzes erfordern, in der
Schadenslage angemessenen
Komponenten in das örtliche
Gefahrenmanagement mit ein-
gebunden werden. Als Verstär-
kungskomponente einer örtli-
chen Einsatzleitung ist die

TEL damit Bindeglied zwi-
schen den Kräften der allge-
meinen Gefahrenabwehr und
den eingesetzten Einheiten des
Katastrophenschutzes [1].

Schon unterhalb der Kata-
strophenschwelle kann die
TEL auf diese Weise dazu bei-
tragen, Verstärkungspotentia-
le des Katastrophenschutzes
(z. B. Schnelleinsatzgruppen
verschiedener Fachdienste) in
den laufenden Rettungseinsatz
zu integrieren. Dieses Ziel



Integriertes Gefahrenmanagement – Einbindung mobiler Komponenten des Katastrophenschutzes in Führung, Kommunikation und Logistik bei Großeinsatzlagen.

konnte in der Stadt Oldenburg weitgehend erreicht werden. Beim Übergang von einer normalen zu einer Großeinsatzlage ist entscheidend, daß der Einsatzleiter vor Ort (z. B. Beamter des Einsatzleit- bzw. Direktionsdienstes der Berufsfeuerwehr) Nukleus im Rahmen der fraktal aufwachsenden Einsatzleitung ist. Damit ist gewährleistet, daß mit der Bildung einer TEL weder zeitliche Verzögerungen noch etwaige Informationsdefizite das gesamte Führungsgeschehen beeinflussen können.

Die kommunalen Regieeinheiten der Stadt Oldenburg stellen in einem Großschadensfall entsprechend dem Taktikschema des Katastrophenschutzes mit der Sachgebietsleitung Personal und Versorgung und dem Betriebspersonal (Sprechfunker, Lagekartenzeichner, Melder) wesentliche Infrastrukturelemente für die Bildung einer Technischen Einsatzleitung, die wiederum je nach Schadensbild durch Fachberater der die jeweiligen Fachdienste repräsentierenden Organisationen aufwuchsfähig ist.

Hinsichtlich der künftigen Einsatzlogistik und der Kommunikationstechniken wird man von der Ausstattung her jedoch künftig auf zeitgemäße Technologie zurückgreifen müssen. So wird die TEL des Katastrophenschutzes „SEG-fähig“ konzipiert werden müssen, so daß ihr Führungsinstrumentarium nach maximal 30 Minuten am Schadensort eingesetzt werden kann. Lagemeldungen, Einsatzführung, Personal- und Versorgungsübersicht müssen mittels mobiler rechnergestützter Einsatzleitsysteme im Verbund mit übergeordneten Führungsebenen ebenso möglich sein wie beispielsweise der Abruf von Einsatzplänen, Gefahrgutinformationen, Bettennachweisen usw.

Die Vorstellungen von Katastrophenschützern gehen davon aus, daß die alarmierten TEL-Kräfte die notwendige Informations- und Kommunikationstechnik am jeweiligen Einsatzort betriebsbereit vorfinden. Dazu ist ein mobi-

ler Führungsraum (Container) nach Alarmierung des TEL-Personals von hauptamtlichen Präsenzkraften im Rendezvoussystem vor Ort zu transportieren. Im Zusammenwirken mit Schnelleinsatzgruppen des Fernmeldedienstes als dezentral einsetzbare FM-Komponente ließe sich dann an einer Schadensstelle kurzfristig die gesamte Einsatzkommunikation und -logistik als mobile Leitstelle übernehmen sowie weitere Führungskomponenten fernmeldemäßig erschließen [2]. Bei großflächigen Gefahrenlagen ist es gegebenenfalls sinnvoll, der TEL auch einen Erkundungs- und Lotsentrupp als mobile Komponente anzugliedern, um so ein Leit- und Orientierungssystem einrichten und betreiben zu können.

Ebenso kann es notwendig werden, auch bei friedensmäßigen ABC-Lagen mobile Meß- und Auswertungseinheiten (AMAST/Umweltbeobachtungs- und ABC-Meßstellen) modular in die Einsatzleitung vor Ort zu integrieren [3].

All das wird im Sinne des vielfach zitierten „Doppelnutzens“ jedoch nur dann zu einem integrierten Gefahrenmanagement zu entwickeln sein, wenn die jetzt zur Disposition stehenden Führungs-, Kommunikations- und Logistikkomponenten nicht einfach aufgegeben, sondern entsprechend den veränderten Anforderungen restrukturiert in eine wirkliche Neukonzeption für einen Gefahrenschutz als gesamtstaatlichem Anliegen eingebracht werden können.

Literatur

- [1] Dannapfel, H., und K.-D. Kühn: Die Technische Einsatzleitung (TEL) als Integrationsfaktor im Rahmen der Gefahrenabwehr auf kommunaler Ebene. Bevölkerungsschutz (1991), H. 6, S. 61/62
- [2] Hanßen, H., und H.-W. Rittmann: Mobile Einsatzleitstelle. Automatisierte Datenverarbeitung soll Feuer-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst künftig unterstützen. Schutz - Aktuell (1993) H. 3, S. 4/8.
- [3] Winkelhake, K.: Quo Vadis, AMAST? Überlegungen zur Integration der AMAST in die allgemeine Gefahrenabwehr. Bevölkerungsschutz (1993) H. 1, S. 57/58

ARKAT Gastgeber beim 7. Koordinationsgespräch des niedersächsischen Katastrophenschutzes

Das Niedersächsische Innenministerium, bemüht um eine regelmäßige Abstimmung mit allen im Katastrophenschutz des Landes mitwirkenden Funktionsträgern, pflegt seit 1990 den Kontakt zu den Spitzenvertretern der Organisationen, Verbände und Dienststellen in jährlich mindestens zweimaligen Zusammenkünften.

Manfred Gallwitz, Leiter der Ministerialrat im Hannoverischen Innenministerium und Initiator dieses bundesweit wohl einmaligen Forums, konnte zu dem am 11. August 1993 veranstalteten 7. Koordinationsgespräch wiederum die Repräsentanten der Bezirksregierungen, der Katastrophenschutzschule, des Bundesverbandes für den Selbstschutz sowie der Landesverbände von Deutschem Roten Kreuz, Johanniter-Unfallhilfe, Malteser-Hilfsdienst, Arbeiter-Samariter-Bund, Deutscher Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Feuerwehr, Regieeinheiten, Bundeswehr und Polizei begrüßen. Gastgeber war turnusgemäß die ARKAT, die in das Katastrophenschutzzentrum des Landkreises Hannover nach Lehrte, dem Sitz der Landesgeschäftsstelle, einlud.

Landesvorsitzender Klaus-Dieter Kühn war über die wohlmeinende Regie des Landes hocherfreut, konnte er diese Expertenrunde doch fast auf den Tag genau an dem Ort willkommen heißen, wo vor 10 Jahren, am 20. August 1983, die ARKAT Niedersachsen von ihrem Begründer, dem unvergessenen Karl-Heinz Steinbeißer, ins Leben gerufen worden war.

Kern der Beratung waren die jüngsten Beschlüsse des Bundeskabinetts zum Einzelplan 36 (Zivile Verteidigung) des Bundeshaushaltes, der im Titel 04 und 09 (Er-

weiterung des Katastrophenschutzes einschließlich KSB) eine Kürzung der Ausgabenansätze um 40 % (rd. 85 Mio DM) vorsieht.

Die Gesamtausgaben für die zivile Verteidigung (1992: rd. 937 Mio DM) sollen bis 1997 auf rd. 580 Mio DM zurückgeführt werden. Nach den Vorstellungen des Bundesfinanzministers belaufen sich danach die Aufwendungen des Bundes (einschließlich Ausstattung und Ausbildung) nur noch auf rd. 1000,- DM/Helfer und Jahr.

Damit wäre das von Bund und Ländern formulierte Zielkonzept durch die mittelfristige Budgetplanung derzeit in keiner Weise finanziell hinterlegt. Auf Bundesebene suchen mittlerweile immerhin 14 Arbeitsgruppen nach Wegen, um das weiterhin dramatisch abbröckelnde Humankapital im Katastrophenschutz zu erhalten. Ob man jedoch mit der gegenwärtigen Konzentration auf die Erarbeitung von Vorschriften dem nach wie vor fehlenden und motivationserhaltenden Gesamtkonzept wird auf die Spur kommen können, wurde vom ARKAT-Vorsitzenden bezweifelt. Denn die Vorschriften müssen den Konzepten folgen und nicht umgekehrt.

Weitere Beratungsthemen betrafen die rechtliche Stellung und Zuordnung von Soforteinsatzgruppen des Katastrophenschutzes sowie das Bedürfnis der Organisationen nach einer landesbezogenen Leistungswürdigung für Aufgabenträger und Helfer im Katastrophenschutz. Oberstleutnant Fleig vom Wehrbereichskommando II in Hannover trug abschließend über Ergebnisse und Erfahrungen der Bundeswehr-Katastrophenschutzübung „Schützende Wacht“ vor.

Löschkraft aus der Kartusche

Eine bemerkenswerte Brand-schutz-Innovation wird in Kürze auf den Markt gebracht. Es handelt sich um einen neuen Feuerlöscher für die Brandklassen A und B. Besonders hervorzuheben sind die effektiven Eigenschaften beim Löschen von Flüssigkeitsbränden.

Während bisher gleichartige Geräte mit der vorgemischten Light-Water-Füllung AFFF betrieben wurden, befindet sich bei der Neuheit das Schaumkonzentrat in einer kleinen separaten Kartusche. Diese wird mit der Berstfolienseite nach unten in einen mit Wasser gefüllten Feuerlöscher gegeben. Erst im Einsatzfall



wird durch den Betriebsdruck des Löschers das Schaummittel blitzschnell zugemischt. Die Anwender-Vorteile dieser umweltschonenden Brandschutzidee gegenüber der bisherigen Technik liegen klar auf der Hand:

- umweltfreundliche Wartung, da nur Wasser ausgetauscht wird,
- über zehn Jahre Haltbarkeit des Löschmittels,
- vorhandene Schaumlöscher können mit der Kartusche nachgefüllt werden,
- Servicefreundlichkeit durch einfachste Wiederbefüllung des Löschers,
- blitzschnelle Aufbereitung des Löschmittels erst im Einsatz,
- Löschmittel und Löscheinleistung bleiben über Jahre erhalten.

(Gloria, Wadersloh)

Schnelle Wasseranalyse

Das Wasseranalyse-Set ermöglicht leicht durchzuführende Schnelltests, um in Wasserproben Konzentrationen leicht flüchtiger Stoffe nachweisen zu können, wie zum Beispiel von Perchlorethylen, Trichlorethylen, Benzol, Toluol oder Benzin. Mit solchen Tests kann der Grad der Verunreinigung von Gewässern und Abwässern abgeschätzt werden.

In diesem Nachweisverfahren werden die Schadstoffe aufgrund ihrer hohen Flüchtigkeit und ihrer geringen Löslichkeit in Wasser durch einen, durch eine Gaswaschflasche geleiteten, perlenden Luftstrom aus der genommenen Wasserprobe gelöst und in der Gasphase angereichert. Durch Koppelung der Gaswaschflasche mit einem Prüfröhrchen und vorgeschalteter Prüfröhrchenpumpe wird die schadstoffhaltige Probe aus der Gasphase durch das Prüfröhrchen gesaugt und erzeugt dort die der Konzentration entsprechende Verfärbung. Dabei ist die Länge der Verfärbung das Maß für die in der Probe enthaltene Schadstoff-Konzentration. Anhand des auf der Prüfröhrchen-Skala abgelesenen Werts (in ppm) läßt sich - nach stoffspezifischer Meßanweisung, in Abhängigkeit von der Wassertemperatur - die Schadstoffkonzentration im Wasser (in mg/l) errechnen.

Vorteil dieser Untersuchungsmethode ist die schnelle Aussage vor Ort, ob die ermittelte Schadstoffkonzentration unterhalb oder oberhalb des festgelegten Grenzwertes liegt. Daraufhin kann dann entschieden werden, ob weitere Laboruntersuchungen durchzuführen sind.

(Auergesellschaft, Berlin)



Medienpakete zur Unfallverhütung im Feuerwehrdienst

Die Medienpakete werden in Zusammenarbeit mit den Feuerwehr-Unfallkassen produziert. Jedes Medienpaket ist auf die optimale methodisch-didaktische Unterstützung einer Unterrichtseinheit ausgelegt. Die Medienpakete bestehen aus einem Ordner mit eingeklebter Videohülle, einer VHS-Videokassette und einem Lehrheft mit erweiterter Thematik inkl. Overhead-Folieneinsatz.

Videofilm, Lehrheft und Overheadfolien ergänzen sich und können vom Benutzer (z. B. Referenten) in beliebiger Kombination mit weiteren Methoden eingesetzt werden.

Zur Zeit lieferbar sind die Themen:

„Wasserförderung 1, Gefährdung bei der Wasserförderung“

Unfälle bei der Wasserförderung sind häufig. In diesem Medienpaket werden Gefährdungen angesprochen, die vom Druckabgangsstutzen einer Feuerlösch-Kreiselpumpe über Verteiler bis Strahlrohr auftreten können, Gefahren durch mangelnde Trittsicherheit und den Transport von Schläuchen eingeschlossen.

„Atemschutz im Löscheinsatz“

Atemschutzzeinsätze sind - ohne Frage - eine gefährliche Tätigkeit. Durch feuerwehrtaktisch richtiges, d. h. unfallsicheres Vorgehen, lassen sich bei diesen Einsätzen viele Gefährdungen vermeiden. Das Wissen über die wesentlichen Gefährdungen wird mit diesem Medienpaket vermittelt.

„Neue Unfallverhütungsvorschrift Feuerwehren“

Das Medienpaket zur Neufassung der UVV „Feuerwehren“. Behandelt werden nicht alle Paragraphen, sondern nur die, die alle Feuerwehrangehörigen betreffen. Besonders herausgestellt sind die Änderungen zu der alten Fassung und die Verantwortungsbereiche für die Unfallverhütung und damit für die Sicherheit.

(AV-Studio, 24105 Kiel)

Die Rettungs- sanitärprüfung

3. Auflage
Von R. Rossi, B. Gorgaß und
F.-W. Ahnefeld
Springer-Verlag, Berlin

Grundlage der Erstversorgung von Notfallpatienten ist der organisierte Rettungsdienst. Die Bereithaltung entsprechend geeigneter Fahrzeuge und die qualifizierte Ausbildung ihrer Besatzung gewährleistet die bestmögliche außerklinische Ersttherapie in akuten Notfallsituationen. Die Ausbildung zum Rettungssanitär schließt mit einer umfassenden theoretischen, mündlichen und praktischen Prüfung vor einer ärztlich-sanitätsdienstlich besetzten Kommission ab.

Das Buch bietet dem Benutzer die notwendigen Voraussetzungen für eine ausreichende und fundierte Prüfungsvorbereitung. Es hat sich inzwischen bewährt, so daß eine überarbeitete Neuauflage nötig wurde. Hier findet der Lehrende und Lernende ergänzend Möglichkeiten zur Überprüfung des medizinischen und einsatztechnischen Wissens, das vom Rettungssanitär zu fordern ist.

Feuerlöschmittel

5. Auflage
Von Friedrich Kaufhold und
Alfons Rempe
Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart

Die Verfasser haben es sich zur Aufgabe gemacht, dem Brandschutzpraktiker ein umfassendes Bild des heutigen Wissensstandes über die verschiedenen Feuerlöschmittel, ihre Eigenschaften und Wirkungsweise sowie über die Möglichkeiten und Grenzen ihrer praktischen Anwendung zu vermitteln. Der Zielsetzung des Buches entsprechend, sind die Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Praxis besonders berücksichtigt worden, wobei auch die Gefahren und Mißerfolge, die sich bei falscher oder unsachgemäßer Anwendung der Löschmittel ergeben können, deutlich herausgestellt werden.

Die Weltwettermaschine

Satellitentechnik, Wettervorhersage
und Klimaveränderungen
Von William James Burroughs
Birkhäuser Verlag AG, CH-4010 Basel

Wer von uns hat sich noch nicht über einen verregneten Sonntag geärgert, obwohl der Wetterbericht doch strahlenden Sonnenschein vorausgesagt hatte? Wer weiß nicht, wie unsicher insbesondere langfristige Wetterprognosen noch immer sind? Die Einflüsse, die das Wetter weltweit bestimmen, sind in der Tat derart komplex, daß ein Verständnis nur möglich ist, wenn das Wettergeschehen als Ganzes vom Weltraum aus beobachtet werden kann.

Seit etwa 30 Jahren überwachen Wettersatelliten diese gigantische Weltwettermaschine; sie sammeln Daten und liefern damit die Grundlage für Wettervorhersagen wie für Erkenntnisse über globale Klimazusammenhänge. Burroughs erzählt in seinem Buch die Geschichte ihrer Entwicklung, zeigt, wie sie funktionieren, erläutert ihre Instrumente, beschreibt, wie sie welche Daten sammeln und auf die Erde übertragen und wie diese zu interpretieren sind. Zugleich erklärt er die dem Wettergeschehen zugrundeliegende Physik.

Der Band erklärt die technischen und physikalischen Grundlagen der Satellitenmeteorologie in verständlicher Weise; dazu trägt auch die reiche Bebilderung sowie die Erläuterung der wichtigsten Begriffe in einem Glossar bei.

Rettungsdienst in Deutschland

Von Norbert Arnold
Verlagsgesellschaft Stumpf
& Kossendey, Edewecht

Mit dem vorliegenden Buch wird dem Leser die vielfältige Welt des Rettungsdienstes in Deutschland erschlossen. Entsprechend der landschaftlichen Vielfalt in Deutschland hat sich der Rettungsdienst regional unterschiedlich entwickelt. So wird der Leser über den Rettungsdienst an

der Küste und im Gebirge, auf dem Land und in der Großstadt, mit und ohne Notarzdienst, aber auch in der Luft und auf dem Boden informiert.

Die Zahl von über 200 farbigen, oft großformatigen Abbildungen soll den Inhalt unterstützen, denn kein Text kann so aussagekräftig sein, wie ein Foto in entsprechender Situation. Der hohe Informationswert ist darin begründet, daß es sich bei allen Einsatzfotos ausschließlich um realistische Situationen handelt.

Nur mit Hilfe von fachkundig aufgenommenen Einsatzfotos ist es möglich, sich in die Situation hineinzuversetzen. So werden dem Mitarbeiter im Rettungsdienst die Einsatzbilder eine große Hilfe sein, denn Einsatzsituationen wird er in seinem Lehrbuch meist nicht finden.

Brandsicherheit beim Schweißen

Von Fritz Weikert und
Karl-Dieter Röbenack
Verlag Technik GmbH, 10407 Berlin

Arbeiten nach Vorschriften mag in allen Lebensbereichen nicht immer nur Beifall finden, vor allem dann nicht, wenn bürokratischer Ballast ein effektives Arbeiten behindert. Wer jedoch Sicherheitsvorschriften als bürokratischen Ballast ansieht, der „spielt mit dem Feuer“. Für Schweißer und Brennschneider ist das sogar wörtlich zu nehmen. Die Effektivität der Arbeit wäre nicht mehr gegeben, wenn nicht beachtete und unterlassene Sicherheitsmaßnahmen Großbrände mit Verlusten in Millionenhöhe, monatelange Arbeitsunfähigkeit Unfallbetroffener oder noch Schlimmeres nach sich ziehen.

Die aufgeführten Beispiele von Bränden, Explosionen und Unfällen sind aus einer Sammlung von mehr als tausend Fällen ausgewählt worden. Sie wurden aus der Literatur, zu einem großen Teil aber aus Berichten der Betriebe entnommen. Anliegen dieses Buches ist es, die Brand- und Unfallverhütung sowie die fachspezifische Unterweisung der Schweißer, Brennschneider und Mitarbeiter, die mit ähnlichen Verfahren arbeiten, zu unterstützen.

**Beleuchtungsfahrzeug
(THW)**

Der THW-Ortsverband Ludwigsburg verfügt seit einigen Jahren über ein Notstrom- und Beleuchtungsfahrzeug auf der Basis eines ehemaligen Gerätekraftwagens (GKW Magirus-Deutz). Das beim THW einzigartige Fahrzeug ist anstelle eines 60-kVA-Notstromaggregates (Strüver) im Katastrophenschutz integriert (Kfz-Kennzeichen LB-8033). Ausgestattet ist das Ludwigsburger Beleuchtungsfahrzeug unter anderem mit einem hydraulischen Lichtmast (elf Scheinwerfer), einer Leiter (Dach), einer zusätzlichen Auspuffanlage für das Aggregat (Dach), einem zweiten Tank (Chassis) sowie mit Abstützungen für den stationären Betrieb des Fahrzeuges.

Das Modell

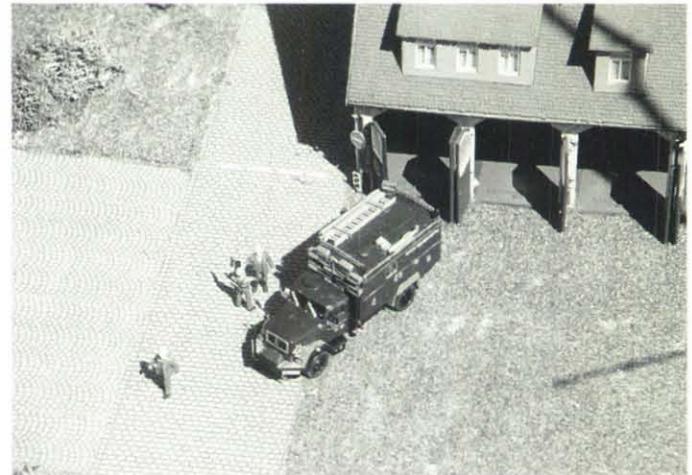
Unter der Bestellnummer 31 307 bietet die Firma Preiser das Ludwigsburger Beleuchtungsfahrzeug als Modell im Maßstab 1:87/HO an. Zugleich steht für denjenigen Bastler, der sich sein Fahrzeug selbst „erbauen“ möchte, der GKW (THW) des gleichen Herstellers zur Verfügung (Nr. 31 306/1306). Während das erstgenannte Modell seinem Vorbild nachempfunden ist, entspricht das GKW-Grundmodell absolut dem Vorbild. Entsprechende Ergänzungen und Detaillierungen sind jedoch erforderlich, um das Fahrzeug aufzuwerten.

Mit Hilfe feiner Riffelplatten (Blech-Imitation) wird zunächst der Ausschnitt für die Hinterräder verkleidet bzw. gestaltet (siehe Vorbildfoto). Auf dem Aufbaudach (mittig links) wird der Aggregat-Auspuff gesetzt, entnommen aus entsprechenden Teilen des Preiser- oder Roco-Zubehörs. Ebenfalls aus Preiser-Teilen des Lichtmastes (in Nr. 31 307 enthalten; ansonsten Nr. 31 193/1193) muß die Elf-Strahler-Anlage des Ludwigsburger Fahrzeuges geschaffen werden (zwei Reihen à vier Strahler, oben drei Strahler). Die Anlage wird an der Aufbaufront befestigt.

Das Vorbild aus Ludwigsburg: THW-Beleuchtungsfahrzeug mit Strüver-Aggregat im Aufbau.



Das Ludwigsburger Beleuchtungsfahrzeug als Modell.



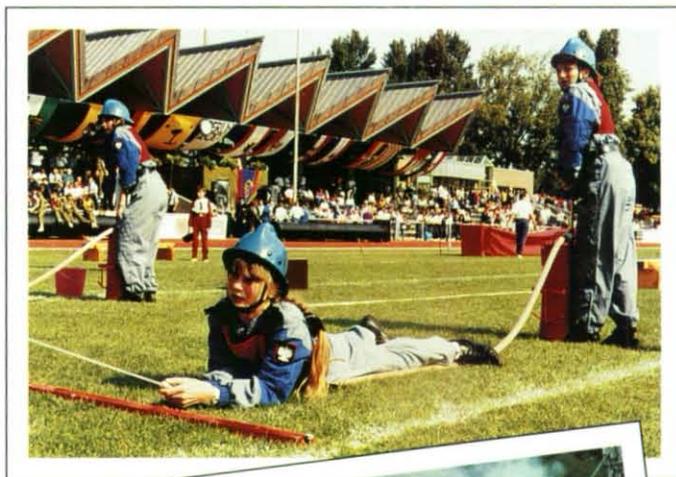
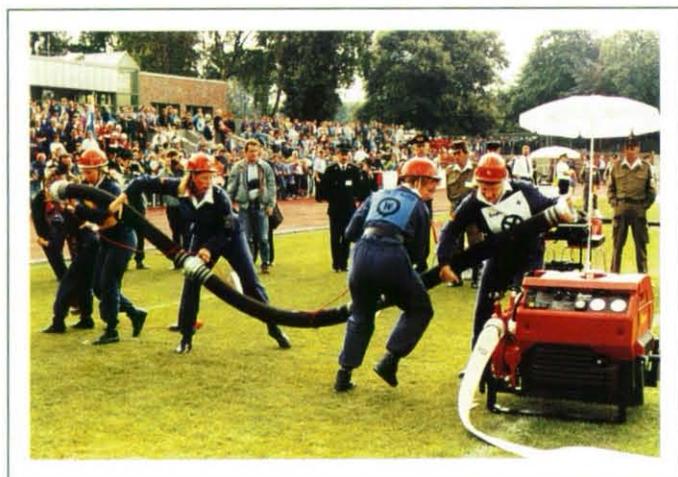
Das Modell erhält weitere Details wie folgt: Zusatzscheinwerfer unter der Frontstoßstange (Zubehör Preiser oder Roco), Abdeckung für Frontseilwinde, Preßlufthörner am Kühler links (Herpa), Steckblaulichter an den Dachecken (Herpa), ausgenommen hinten rechts (stattdessen dort ein weiterer Scheinwerfer), Dachlüfter (vorderes Dacheck), Leiter mit Halterungen (Dach rechts), Markise (aus Zubehör) am Dachrand des Aufbaues (rechts), zusätzlicher Tank (Preiser, Herpa) am Chassis rechts, Abstützungen am Aufbau (vorn, unten), vier Kanister am Aufbau (unten, rechts).

Zur Farbgebung und Beschriftung: Fahrerhaus und Aufbau in THW-Blau (RAL 5002), Chassis, Stoßstangen und Radkappen schwarz, Riffelblechverkleidung hinten sowie auf der vorderen Stoßstange und der vorderen Radabdeckung alufarben. Sämtliche Scheinwerfer, Rückspie-

gelhalterungen, Türgriffe und Zierleisten am Fahrzeug werden silberfarben abgesetzt, ebenso die Dachbegrenzungen, die Scheibenwischer und die Fensterrahmen. Die Rückspiegel selbst erhalten eine mattschwarze Farbgebung. In Gelb abgesetzt werden die Platten der Abstützungen sowie die Scheinwerferhalterungen, in Orange die linksseitig am Aufbau hinten angebrachten Bremskeile. Die übrige Farbdetaillierung erfolgt nach bekanntem Muster.

Die vorbildgerechte Beschriftung für das Beleuchtungsfahrzeug entstammt aus den entsprechenden Angeboten von Müller (Siegen) oder Preiser. Von Hase (Regensburg) stammt der Schriftzug „Strüver Aggregat 60 kVA“ für den Fahrzeugaufbau. Beschriftungs-, Farb- und Ausstattungsdetails können den beiden Vorbildfotos entnommen werden.

Feuer und Flamme für Berlin



Über 2000 Feuerwehrleute aus 23 europäischen Ländern hatten sich vom 11. bis 17. Juli 1993 zum 10. Internationalen Feuerwehrwettkampf und 9. Internationalen Wettbewerb der Jugendfeuerwehren in Berlin zusammengefunden.

Veranstaltungsort für die vom Internationalen Technischen Komitee für Vorbeugenden Brandschutz und Feuerlöschwesen (CTIF) alle vier Jahre durchgeführten „Feuerwehr-Olympiade“ war das Sportstadion Berlin-Wilmersdorf. Hier traten die Wettkampfmannschaften zum Leistungsvergleich in den Wertungsgruppen „traditioneller“ Feuerwehrwettkampf, Feuerwehrsportwettkampf und Jugendfeuerwehr an.

Nach der beeindruckenden Eröffnungsfeier stand für die Frauen- und Männermannschaften sowie die Jugendfeuerwehren drei Tage lang der Kampf um Zeiten, Punkte und Plätze im Mittelpunkt des Interesses. In allen Wettkampfdisziplinen wurden hervorragende Ergebnisse erzielt, die den hohen Leistungsstand der Feuerwehren widerspiegeln.

Unsere Titelbilder und die Fotos auf dieser Seite zeigen einzelne Szenen aus dem Wettkampfprogramm. Lesen Sie hierzu auch die Beiträge im Innern des Heftes.

(Fotos: Sers)

